



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 16. Dezember 2019**,
in der Welser Stadthalle stattgefundenene

38. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.03 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.51 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 37. Sitzung des Gemeinderates vom 11.11.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

An w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

DI. Gunter Haydinger

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer, BSc

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Elke Ruetz

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Mag. Daniela Schindler

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Laurien Scheinecker, BA

Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer

KR. Karl Schönberger

Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Andreas Weidinger

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Peter Sönser

Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Sandra Wohlschlager, GR. Walter Zaubmüller, GR. Markus Hufnagl

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 05.12.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Förderungen im Integrationsbereich
Verf-015-W-35-2019

Bgm. Dr. Rabl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat folgende Anfrage an Vizebürgermeister Gerhard Kroiß gestellt:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Kroiß!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Förderungen im Integrationsbereich wurden in den Jahren 2016 – 2019 beantragt?
2. Wo wurden diese beantragt?
3. In welcher Höhe?
4. Für welches Projekt?
5. Welche Förderungen für welche Projekte laufen derzeit im Bereich Integration?

Vzbgm. Kroiß wird diese Anfrage mündlich in der Gemeinderatsitzung am 04.02.2020 beantworten.

Mitteilungen

Bgm. Dr. Rabl: Der Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Tracking-System für Initiativ- und Dringlichkeitsanträge, DI-Verf-394-2013, soll nunmehr auf der Homepage der Stadt Wels umgesetzt werden.

Dies soll für Initiativ- und Dringlichkeitsanträge, die ab der Sitzung am 04.02.2020 behandelt werden, gelten (eine Rückfassung der Anträge der letzten Jahre erfolgt nicht).

Grundsätzlich wird eine Kopie des Antrages veröffentlicht. Wenn ein Risiko betreffend datenschutzrechtlicher Vorschriften oder betreffend die Verpflichtung zur Einhaltung der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit besteht, werden die Texte von Amts wegen entsprechend geschwärzt oder diese zur Gänze nicht veröffentlicht. Dies gilt insbesondere auch für allfällige Abänderungs- und Zusatzanträge und Beilagen zu den Anträgen.

Dazu wird eine Unterschriftenliste durchgegeben. Die Unterzeichneten bestätigen mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis damit, dass

- als Antragsteller ihre personenbezogenen Daten, die in einem solchen Antrag enthalten sind, auf der Homepage (Website) der Stadt Wels veröffentlicht werden,
- sie Initiativ- und Dringlichkeitsanträge und allfällige Abänderungs- und Zusatzanträge möglichst so formulieren werden, dass datenschutzrechtliche Bestimmungen und Bestimmungen betreffend die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit eingehalten werden, und
- sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind.

Ich halte dazu fest, dass eine solche Umsetzung nur erfolgt, wenn alle Mitglieder des Gemeinderates und Stadträte unterschrieben haben.

Damit sie auch verstehen warum diese Vorgehensweise gewählt wird: Wenn wir ein solches Trackingsystem haben möchten und wenn wir für mehr Transparenz einstehen, dann müssen wir gewisse Einschränkungen wegen dem Datenschutz in Kauf nehmen und es bringt nichts, wenn nur ein Gemeinderat diese Einverständniserklärung unterschreibt und die anderen nicht. Deswegen diese Unterschriftenliste, die wir in diesem Zusammenhang durchgeben.

Im Rahmen dieser Budgetsitzung möchte ich mich sehr herzlich bedanken bei Herrn Leo Mikesch, ein inzwischen tatsächlich „alter“ Kämpfer der KPÖ, der uns regelmäßig Erinnerungen zum Voranschlag, egal welche Jahre es betrifft, einbringt. Diese enthalten immer wieder interessante Details. Ich sehe sie mir jedes Mal durch. Besonders fasziniert hat mich dieses Mal die Forderung der KPÖ „Keine Übernahme von zusätzlichen Aufgaben des Bundes bzw. Landes durch die Stadt, wenn daraus Kosten entstehen“. Das möchte ich besonders hervorheben, weil wir der gleichen Meinung sind.

In diesem Zusammenhang weise ich noch darauf hin und bedanke mich sehr herzlich dafür: Frau Vzbgm. Huber hat ein herausragendes Kochbuch „Wels kocht“ auflegen lassen mit unterschiedlichen Rezepten. Ein ausgezeichnetes Weihnachtsgeschenk, das man entweder zu Hause den Männern schenken kann, damit sie dem Kochen ein bisschen näher kommen oder die Frau damit bekochen können. Beides ist gleichermaßen zulässig.

Weiters habe ich mir erlaubt an sie ein kleines Präsent zu übergeben. Es handelt sich um ein unbeschriebenes Notizbuch der Stadt Wels. Vielleicht können sie es verwenden oder ihren Kindern weitergeben. Ich finde es ist recht gut gelungen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Öffentlichkeitsarbeit, von der die Idee ausging und dieses Notizbuch gestaltete.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Amtsblatt der Stadt Wels; Vergabe Druckauftrag und
Inseratenwerbung an die Landesverlag Druckservice GmbH
ÖA-PRA-110-2019

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.12.2019:

Beiliegende Zuschlagserteilung betreffend die Herstellung des Amtsblattes der Stadt Wels und die Übertragung des Rechtes der Inseratenwerbung für das Jahr 2020 an die Firma Landesverlag Druckservice GmbH, Wels, Boschstraße 29, zu einer Auftragssumme von € 63.535,12, inkl. USt.) werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2020
und Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2021
- Doppelbudget
FD-Fin-100-2019

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.12.2019:

1. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2020 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., festgestellt.
2. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2021 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs.1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., festgestellt.

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Tagesordnungspunkt wird uns wahrscheinlich heute etwas länger beschäftigen, wobei ich davon ausgehe, dass wir mit einem Referat des Finanzreferenten beginnen und uns anschließend der Herr Finanzdirektor einen Überblick geben wird, was sich bei diesem Budget getan hat. Deswegen ein „Jungfernbudget“, weil es erstmals nach den Richtlinien der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) gemacht wurde. Es war die Abwicklung eine unfassbar anstrengende, mühevoll Arbeit für die Finanzabteilung und allen entsprechenden Dienststellen. Wir sind gespannt auf die Ausführungen von Finanzdirektor Dr. Barth. Die Budgetrede wird sich diesem Referat anschließen.

FD Dr. Barth referiert anhand der beiliegenden Power-Point-Präsentation (Anlage 3) über den Voranschlag für die Rechnungsjahre 2020 und 2021.

In diesem Zusammenhang weist er auch auf die Neufassung der haushaltsrechtlichen Vollzugsbestimmungen (Weisung des Gemeinderates an die Verwaltung zum Budgetvollzug) hin und erwähnt im Besonderen die auch im Amtsbericht zum Voranschlag zur Klarstellung für die Verwaltung angeführte folgende Bestimmung:

Kassenkredite/Kassenbestand:

Im Rahmen des täglichen „Cashmanagements“ (unmittelbare laufende Verwaltung des Vermögens gemäß § 51 Abs.3 Z.1 lit. a StW 1992)

- ist die erforderliche Liquidität durch Überziehung des (der) bestehenden Giralkontos (Giralkonti) oder Aufnahme von Barvorlagen herzustellen, sollte trotz Ausnützung der unter Pkt. 7.5 getroffenen Regelung die Zahlungsfähigkeit noch nicht vollständig gegeben sein. Dabei ist auf möglichst kurze Inanspruchnahme zu achten.*
- sind die Kassenbestände wirtschaftlich zu verwalten. Zur Erzielung höherer Zinserträge sind nicht benötigte Gelder entsprechend zu veranlagern (auch als Termin- und Festgeld).*
- sind zur Optimierung des Zinsergebnisses mitumfasst auch Barvorlagen an (Veranlagungen) und von (Kassenkredite) Unternehmungen an denen die Stadt Wels zu mehr als 50 % (direkt oder indirekt) beteiligt ist („Konzern-Clearing“).*

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr herzlich dem Finanzdirektor für diese umfassende Darstellung der VRV neu und der sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sie verzeihen, wenn ich den TOP 2 gemeinsam mit dem TOP 3 behandle. Das handhabten wir in der Vergangenheit immer so und ich möchte von diesem Prinzip nicht abgehen.

Ein Budget ist bekanntlich eine in Zahlen gegossene Politik und Politik ist bekanntlich die Kunst des Machbaren und die Kunst des Kompromisses. Wenn man sich dieses Budget ansieht, ist uns dieser Kompromiss gut gelungen, weil das Budget ein eindeutiges Bild zeigt. Die Stadt Wels stellt sich in diesem Budget zukunftsorientiert, verlässlich und nachhaltig dar. Das Postulat keine neuen Schulden zu machen wurde eingehalten, und zwar bei geplanten Investitionen für die Jahre 2020 und 2021 von mehr als 26 Mio. Euro. Um das zu erreichen haben wir uns schon vor einem Jahr entschlossen - nämlich im Jänner - eine Klausur des Stadtsenats zum Thema Budget abzuhalten, bei dem nicht nur alle Regierungsmitglieder anwesend waren sondern

auch die Abteilungsleiter. FD Dr. Barth hat uns dort das Budgetverfahren näher gebracht. Im Anschluss daran wurde sehr sachlich und auf Augenhöhe diskutiert welche Investitionsprojekte die Stadt Wels tatsächlich in den nächsten Jahren braucht und wie wir uns das tatsächlich auch leisten können. Jeder Referent brachte für seine Bereiche die entsprechenden Vorschläge ein. Wir haben also so früh wie nie mit der Grobplanung des Budgets begonnen, gerade weil dieses Doppelbudget unter einer neuen gesetzlichen Vorgabe zustande kommen musste.

Die Finanzabteilung leistete hervorragende Arbeit mit einem routinierten Finanzdirektor, der diese große Herausforderung annahm. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei allen Mitarbeitern und insbesondere bei Dr. Barth für diese Meisterleistung und diesen besonderen Einsatz bedanken, weil ich weiß was notwendig ist, um diese Neubewertungen, Inventarisierungen, Neugruppierungen umzusetzen und dieses Budget gesetzeskonform vorzulegen. Allein die Anhänge zum Budget haben sich vervielfacht. Als wir voriges Jahr noch gemeinsam mit dem Land debattierten, welche gesetzlichen Maßgaben noch geändert gehören, sodass wir ein Budget erlangen, welches für Städte auch tatsächlich umsetzbar ist, hat uns das Land mit großem Verständnis empfangen. Heute haben wir tatsächlich eine Rechtsgrundlage, die ein für alle Gemeinderäte lesbares, informatives und fast ohne bürokratische Schnörkel auskommendes Budget vorliegen. Lieber Dr. Barth, herzlichen Dank dafür – das wird noch wirken, wenn du in vier Jahren in Pension gehst.

Mit dieser VRV 2015 haben wir auch eine Abkehr von etwas, was uns schon vertraut war, etwas das seit 250 Jahren in ganz Österreich immer zur Anwendung gelangte, nämlich dem System der Kameralistik, das nunmehr mit Einführung des Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögenshaushalts annähernd an die Doppik herangeführt wurde. Das Ziel dieser großartigen Novelle – die Kameralistik wurde nicht nur von mir sondern von sehr vielen Fachexperten immer wieder kritisiert, weil sie kein wirkliches Bild, keinen wirklichen Überblick über die Vermögenslage einer Stadt gibt – war also erstens Transparenz, zweitens Effizienz und drittens die Vergleichbarkeit zu stärken und sicherzustellen.

Dieses Ziel war ursprünglich ein sehr großes, erreicht wurde es aber gerade was die Vergleichbarkeit betrifft, nicht wirklich. Wir haben eine Umsetzung, die in den einzelnen Bundesländern völlig unterschiedlich ist. Wir haben darüber hinaus Spielräume, die das Land den Kommunen eingeräumt hat und diese Gestaltungsspielräume werden von den Städten je nach Bedarf völlig unterschiedlich genutzt. Ein Beispiel: Alleine was die Abzinsung der Pensionsrückstellungen betrifft, kommen wir zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen, ob wir die Vergangenheit bei der Zinsentwicklung miteinbeziehen oder nicht oder ob wir einen Standardzinssatz anwenden.

Wir haben uns in der Stadt Wels dafür entschieden alle Ansätze und Gestaltungsmöglichkeiten so zu wählen, dass ein möglichst getreues Bild von der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Wels wiedergegeben wird, wobei wir immer auch den Aspekt der kaufmännischen Vorsicht mitberücksichtigt haben. Sie können daher versichert sein, Swap-Geschäfte gibt es in der Stadt Wels weiterhin nicht. Fremdwährungskredite ebenfalls nicht. Das Budget wurde so gestaltet, dass wir gut

schlafen können und nicht befürchten müssen einmal mit Überraschungen aufzuwachen.

Auch bei der budgetären Darstellung der haushaltsrelevanten Rahmenbedingungen hielten wir uns weitgehend an das was der Bund uns vorgab. Ich möchte das nur kurz darstellen: Wirtschaftswachstum 1,3 % im Jahr 2020, 1,4 % im Jahr 2021 – eine durchaus vorsichtige Prognose. Die Ertragsanteile wurden vom Bund was die Steigerungsbeträge angeht mit 2,3 % im Jahr 2020 angegeben, mit 3,9 % im Jahr 2021. Hier haben wir uns entschieden diese 3,9 % Steigerung nicht ins Budget zu übernehmen. Der Hintergrund ist aus meiner Sicht ganz einfach – es hat schon unter Türkis/Blau Ansätze gegeben eine große Steuerstrukturreform umzusetzen. Die hätte auch der Stadt Wels entsprechende Beiträge gekostet – wir rechneten 1,5 bis 2 Mio. Euro als unseren Beitrag. Ich glaube, dass auch eine neue Regierung versuchen wird, wenn auch vielleicht mit einem ökologischeren Anstrich, eine Steuerreform durchzusetzen. Es wäre unseriös gewesen, wenn wir den vollen Steigerungsbetrag, was die Steigerung der Bundesertragsanteile betroffen hätte, genommen hätten. Wir haben nicht 3,9 % als Steigerungsbetrag herangezogen, sondern lediglich 2 % und damit eine geringere Steigerungsrate dieser Bundesertragsanteile. Das ist aus meiner Sicht nachhaltig, weil es uns ja nichts bringen würde, wenn die Steuerreform uns dann tatsächlich trifft und wir haben sie nicht budgetiert und somit im Budget eine Unwägbarkeit hätten.

Bei den Steigerungssätzen für die Kommunalsteuer setzten wir auch die Vorgaben des Finanzministeriums um, die von durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 2,8 % im Jahr 2020 bzw. 3,1 % im Jahr 2021 ausgegangen sind. Erfreulich in dem Zusammenhang ist übrigens, dass wir in Wels im Jahr 2019 die prognostizierte Kommunalsteuereinnahme um 0,8 Mio. Euro auf 42,3 % stärker steigern konnten als angenommen. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Löhne in Wels stärker gestiegen sind als im Durchschnitt Österreichs, was sich natürlich aufgrund der Arbeitskräfteknappheit erklären lässt. Es liegt auch an der durchaus aktiven und ausgezeichneten Betriebsansiedlungspolitik in der Stadt Wels, weil Wels als Betriebsstandort nicht nur verkehrsgeographisch und infrastrukturell immer attraktiver wird, sondern auch die Verfahren, die in diesem Zusammenhang anzusprechen sind (Bau- und Gewerbeverfahren) inzwischen in wenigen Wochen abgewickelt werden können. Andere Städte brauchen dazu Jahre – hier leisteten wir Herausragendes! An dieser Stelle daher herzlichen Dank nicht nur an die Mitarbeiter sondern auch an den Wirtschaftsreferenten Peter Lehner, der sehr darauf achtet Wels als attraktiven Standort zu präsentieren.

Mit diesem Budget haben wir einmal mehr ein Rekordvolumen von 232 bzw. 235 Mio. Euro, welches abgearbeitet werden muss. Wenn ich sage abgearbeitet, dann meine ich, dass dieser Apparat – in Wirklichkeit sind es unsere Mitarbeiter – diesen Budgetbeschluss vorgelegt erhalten und dem Arbeitsauftrag nachkommen müssen. Natürlich in Absprache mit den politisch Verantwortlichen, aber trotzdem ein Arbeitsauftrag. Wenn das Volumen laufend steigt, ist es wenig verwunderlich, dass die Aufgaben steigen und in der Folge das Personal und die Personalkosten steigen.

An dieser Stelle erlaube ich mir die Personalkostenentwicklung, die in den letzten Jahren in der Stadt Wels stattgefunden hat, etwas Revue passieren zu lassen. Im Jahr 2015 begannen wir mit der Strukturreform, die wir im Wesentlichen 2016 umsetzten.

Ein Ziel der Strukturreform war die Personalkosten zumindest für einige Jahre möglichst stabil zu halten trotz der Lohnerhöhungen, die es natürlich auch in diesen Jahren gab. Wir hatten durchschnittliche Lohnerhöhungen von 2,4 % pro Jahr in dieser Zeit. Diese 2,4 % sind nur ein Teil der Wahrheit. Der zweite Teil ist, es gibt bekanntlich gesetzliche Vorrückungen für Bedienstete des Hauses. Auch diese haben das Personalbudget entsprechend erhöht. Weiters erweiterten wir das Leistungsspektrum am Magistrat Wels. Sie können sich vielleicht erinnern, es wurden mehrere Dependancen im Bereich der Kinderbetreuung zusätzlich eröffnet. D.h. neben den Lohnerhöhungen, neben den Gehaltssteigerungen aus den Vorrückungen erbrachten wir noch Mehrleistungen. Und dass bei Personalkosten, die seit 2015 bis 2018 de facto stabil geblieben sind – nämlich bei 70 Mio. Euro (70,2 Mio, 70,4 Mio, 70,6 Mio. Euro). Also keine wesentlichen Personalkostensteigerungen 2016, 2017 und 2018. Alleine aus diesen Erhöhungen (Lohnsteigerungen, Vorrückungen) ergeben sich Steigerungsbeträge von 4,2 Mio. Euro. Diese 4,2 Mio. Euro haben wir in Wirklichkeit eingespart durch genau diese Verwaltungs- und Strukturreform. Das war natürlich auch eine Leistungsreform. Weil man sich nicht nur anschauen kann welches Personal eingespart werden kann, sondern auch anschauen muss, welche Leistungen eine Stadt tatsächlich erbringen muss. Deswegen können wir durchaus stolz sein, dass diese Struktur- und Magistratsreform das Personalbudget über einen sehr langen Zeitraum (über 4 Jahre) völlig stabil gehalten hat.

Die jetzt budgetierte Personalkostenerhöhung 2019 auf 2020, wenn man von den Budgetzahlen ausgeht von 2,7 %, entspricht ziemlich genau einerseits den Lohnerhöhungen andererseits den Vorrückungen, weshalb wir hier „je einen Zacken noch oben spüren“. Ich bin jetzt schon der Überzeugung, wir werden auch in den Jahren 2020 und 2021 unser Personalbudget nicht voll ausschöpfen. Das liegt schlichtweg darin, dass wir den vorgesehenen Dienstpostenplan nicht zur Gänze ausschöpfen. Teilweise weil wir nicht wollen, teilweise auch weil wir gar nicht können. Die Personalfluktuation bringt es immer wieder mit sich, Posten – wenn auch nur für einige Monate – bleiben unbesetzt bis wir einen entsprechend geeigneten Bewerber gefunden haben. Andererseits deswegen, weil wir uns bei jeder Nachbesetzung auch organisatorisch genau überlegen, können wir das nicht anders, günstiger lösen oder hier auf eine Nachbesetzung verzichten.

Diese Ergebnisse und Zahlen zeigen jedenfalls, die gemeinsam 2016 begonnene Strukturreform zieht immer deutlicher diesen prognostizierten Erfolg nach sich und ich hoffe, die damaligen Kritiker ergreifen heute die Gelegenheit diesen Erfolg auch zu würdigen.

Bei den Einnahmen ist eigentlich nur eine Position wirklich erwähnenswert - die Lustbarkeitsabgabe. Diese sinkt um 7,5 %. Es ist wahrscheinlich die einzige Einnahme über deren Senkung ich mich freue. Mit dieser Lustbarkeitsabgabe werden eigentlich nur Wettautomaten besteuert. Das zeigt gerade in der Sicherheitspolitik haben wir Erhebliches weitergebracht, was den Kampf gegen das illegale Glückspiel betrifft. Wir wissen, Wettautomaten werden sehr häufig in Verbindung mit Glückspielautomaten aufgestellt. Danke an dieser Stelle unserem Sicherheitsreferenten Vzbgm. Gerhard Kroiß.

Zur Subventionspolitik können wir feststellen, die Subventionen haben sich seit 2015 um 12 % auf 11,5 Mio. Euro erhöht. Dies trotz einer ursprünglichen 10%igen

Subventionskürzung im Zuge der Budgetsanierung. Manche Subventionen erhöhen sich halt überproportional. Wenn ich daran denke, die Ermessenssubventionen im Kindergartenbereich haben sich seit dem Jahr 2016 fast verdoppelt oder die Subventionen im Bereich Soziales, Umweltschutz und Gesundheit seit 2017 stiegen um 40 %, so kann man ganz klar erkennen, Wels ist eine soziale und umweltfreundliche Stadt, die besonderen Wert auf Kinderbetreuung legt, weil dort die Integration stattfindet, die wir jeden Tag brauchen. Wie gesagt ein politisches Manifest, das sich kurz zusammenfassen lässt und sich auch widerspiegelt in den jeweiligen Budgetzahlen.

Sorgen in diesem Zusammenhang machen mir übrigens die Transferzahlungen an das Land, weil diese eine extrem dynamische Entwicklung aufweisen und wir gerade was die Krankenanstaltenbeiträge betrifft, alleine seit 2017 um 4 Mio. Euro mehr bezahlen als 2021. Die Steigerung betrug 20 %. Im Chancengleichheitsgesetz ist es nicht viel anders, hier ergeben die Steigerungsbeträge seit 2017 24 %. Diese Dynamik ist deswegen besonders problematisch, weil es zeigt, wir bezahlen immer mehr an das Land (28 Mio. Euro waren es 2015, 38 Mio. Euro sind es 2021). Also in sechs Jahren eine Erhöhung um 10 Mio. Euro! Hingegen sind die in diesem Zeitraum vom Land erhaltenen Zuwendungen von 17 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro gesunken. D.h. wir zahlen 10 Mio. Euro mehr und bekommen 4 Mio. Euro weniger. Wir müssen daher jedes Jahr insgesamt betrachtet um 25 Mio. Euro mehr an das Land abliefern als wir zurückbekommen. Dazu möchte ich sagen, auch das Land hatte entsprechende Erhöhungen in diesem Bereich, gerade was die medizinische Versorgung anging. Es war unbedingt erforderlich hier Reformen umzusetzen, auch was die Gehaltsforderungen des medizinischen und Pflegepersonals betrifft. D.h. das Land hat sich das Geld nicht in die Tasche gesteckt sondern im Wesentlichen ist damit die gesundheitliche Versorgung des Landes abgesichert worden. Ähnliches ergibt sich auch für das Chancengleichheitsgesetz. Trotzdem wird man mit dem Land nach dem Jahr 2021 über eine Neuaufteilung verhandeln müssen, weil ich meine (auch meine Kollegen in anderen Städten) es ist dies über kurz oder lang für Städte nicht mehr finanzierbar.

Aus meiner Sicht wesentlich für dieses Budget war das Postulat „wir machen keine neuen Schulden“. Ich kann es nicht oft genug wiederholen – keine neuen Schulden. Es ist daher ein nachhaltiges Budget für die Zukunft, weil es zukünftige Generationen nicht belastet und trotzdem Spielräume für Investitionen zulässt. Ich kann mich noch gut erinnern, es war eine der ersten Sitzungen, die ich mit FD Dr. Barth hatte, wo ich ihm dieses strategische Ziel - keine neuen Schulden, alle Investitionen müssen aus dem ordentlichen Haushalt, aus dem Überschuss abgedeckt werden - erläutert habe. An seiner Reaktion erkannte ich, er hielt das für völlig unrealistisch. Trotzdem arbeiteten wir in den letzten Jahren sehr intensiv daran wie wir das machen können und haben es zu guter Letzt auch erreicht.

An dieser Stelle möchte ich mit einem Gerücht aufräumen, welches ich immer wieder höre und es in dieser Art und Weise zu Missverständnissen führt. Ich höre nämlich, die Schuldenreduktion resultiert alleine aus dem Sparkassenanteilverkauf und bedurfte keinen eigenen Anstrengungen. Der Sparkassenanteilverkauf hat uns Einnahmen von 72 Mio. Euro gebracht. Wir alle wissen noch, die Hälfte dieses Betrages, ungefähr 35 Mio. Euro ist in die Schuldenreduktion geflossen. Insgesamt haben wir die Schulden im Zeitraum 2015 bis 2021 um 52 Mio. Euro reduziert. 35 Mio. Euro

Sparkasse, aber 17 Mio. Euro aus eigener Kraft, aus eigenen Überschüssen, aus eigener Anstrengung. 17 Mio. Euro eine doch hohe Zahl. 2015 69 Mio. Euro Schulden, 2021 prognostizierte 16 Mio. Euro Schulden – Differenz 52,19 Mio. Euro Schulden, 35 Mio. Euro Sparkasse und Tilgung durch die Sparkasse, 17 Mio. Euro aus eigener Kraft.

Darüber hinaus haben wir im Zeitraum 2016 – 2021 69 Mio. Euro investiert – in allen möglichen Vorhaben, wie Kindergarten, Straßen, Autobahnauffahrt usw. 20 weitere Millionen Euro stehen bereit für Investitionen. Das bedeutet, dazu fassten wir bereits Beschlüsse und bedeckten diese budgetmäßig. Insgesamt haben wir daher 89 Mio. Euro im Zeitraum 2016 – 2021 investiert. Von diesen 89 Mio. Euro haben wir 36 Mio. Euro von der Sparkasse genommen – völlig richtig. 53 Mio. Euro haben wir aber aus eigener Kraft geschafft, aus eigenen Überschüssen, aus eigener Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Zusammengefasst: 141 Mio. Euro sind in diesem Zeitrahmen in die Schuldentilgung geflossen, 141 Mio. Euro in die Investitionen insgesamt. 72 Mio. Euro von diesen 141 Mio. Euro waren Sparkasse – völlig richtig – das hat uns geholfen. Aber 69 Mio. Euro haben wir in diesem Zeitraum selbst erwirtschaftet, haben wir selbst erspart und werden es im Übrigen auch in Zukunft tun. D.h. also die Hälfte aller Schuldentilgungen, die Hälfte aller Investitionen kommt nicht von der Sparkasse. Das ist durchschnittlich gerechnet ein Überschuss von 11 Mio. Euro, den wir jährlich, seit dem wir das Finanzressort im Rahmen der Koalition führen, gemacht haben. Allein das letzte Jahr zeigte wie dynamisch das ist, weil wir wissen, im letzten Jahr lag der Überschuss bereits bei 16 Mio. Euro und ich hoffe er wird 2019 noch etwas mehr werden. D.h., jedes Argument, welches Mag. Teubl bei seiner Budgetrede 2017 noch brachte - erstens die Strukturreform hat nichts gebracht, zweitens wir investieren auf Pump und in Wirklichkeit verschleudern wir nur das Geld der Sparkasse - ist unzutreffend. Die Einsparungen brachten etwas, wir haben nicht auf Pump investiert, die Pro-Kopf-Verschuldung ging zurück. Das konnten sie inzwischen selbst sehen und wird noch weiter zurückgehen, weil wir diesen erfolgreichen Budgetpfad fortsetzen werden.

Im Übrigen haben auch andere Prüfstellen inzwischen diese erfolgreiche Budgetpolitik erkannt. Das Land hat vor kurzem die Bonitätsstufe der Stadt Wels nach oben gestuft und gab ihr ein „sehr gut“. Wir haben die Bestnote 1 – im Vergleich dazu: Linz und Steyr hat die Note 5. Daran sieht man, wir machten in diesem Zusammenhang unsere Hausaufgaben und sind einen großen Schritt vorangekommen. Das darf ich anhand einer kurzen Zahl erläutern: Linz braucht nach diesem Rechenmodell 487 Jahre um die Schulden, die sie hat, zu tilgen. Wels braucht nach diesem Rechenmodell unter 5 Jahre. Hier kann man schon erkennen wie gesund dieser Haushalt im Vergleich ist und dass die Pro-Kopf-Verschuldung in der Folge von über 1.000 Euro im Jahr 2015 auf jetzt 275 Euro bis im Jahr 2021 sinkt. Das hat eng damit zu tun, dass wir auch weiterhin in der Lage sind Schulden zu tilgen und trotzdem Investitionen in einem riesigen Ausmaß, nämlich in Höhe von 24 Mio. Euro, in den nächsten zwei Jahren zu tätigen.

Fragt man sich, welche Investitionen wir überhaupt tätigen, so gab es auch hier einen Prozess, nämlich den Positionierungsprozess, indem wir festlegten, welche Themenschwerpunkte wir in Zukunft behandeln wollen. Diese Themenschwerpunkte sind natürlich nach wie vor aktuell. Wir haben uns bei der Priorisierung der

Investitionen an diesen Positionierungsprozess und den dort festgelegten Prioritäten orientiert.

Das merkt man, wenn man den Investitionshaushalt liest. Die größte Investition betrifft den Bereich Kinderbetreuung, weil wir hier mit einem Wahlversprechen angetreten sind, nämlich 2021 keine Warteliste mehr zu haben, was die Kinderbetreuung betrifft. Sowohl in den Krabbelstuben als auch in den Kindergärten. Jedes Kindergartenkind sollte einen Platz haben. Wir hoffen, bei einer nicht allzu dynamischen Bevölkerungsentwicklung mit diesen Neuinvestitionen tatsächlich es auch erreichen zu können.

Im Bildungsbereich war uns die Nachmittagsbetreuung ein besonderes Anliegen. Hier gab es durchaus auch einen Gleichklang mit dem Referenten StR. Reindl-Schwaighofer. Wir entschieden uns diese in der Neustadt zu priorisieren. Das dafür vorgesehene Budget liegt bei 1 Mio. Euro. Mit diesem Budget können wir das erreichen – davon bin ich überzeugt. Ich weiß, auch hier gibt es Unwägbarkeiten. Wenn es dann ein bisschen mehr sein wird, werden wir auch das „ein bisschen Mehr“ haben. Allerdings glaube ich nicht, dass es unbedingt notwendig ist. Wie gesagt, die Kostenschätzungen werden es dann im Detail bringen.

Ein wichtiger Meilenstein in diesem Zusammenhang war auch der Ausbau der Regionalität. Diese ist uns deswegen so wichtig, weil es eine sinnvolle Antwort auf die Klimathematik ist. Regionalität bedeutet auch Nahrung aus der Region besser zu vermarkten und zu verkaufen. Hier gab es gemeinsame Anstrengungen mit dem Referenten StR. Peter Lehner die Markthalle mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Mio. Euro zu sanieren, wobei ein Teil dieses Geldes bereits 2019 zur Verfügung stand und jetzt der Rest im Budget aufscheint. Ich hoffe die Behördenverfahren rasch abhandeln zu können und in der Folge auch die Zustimmung der Bewohner zu erhalten, damit dieses Großprojekt (Investition/Sanierung Markthalle) umgesetzt werden kann.

Was die Neuerrichtung des Feuerwehrbootshauses betrifft im Bereich des ZBG's, so werden hier zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Nämlich auf der einen Seite die Sanierung des Feuerwehrgebäudes in der Pernau, welches in einem richtig erbärmlichen Zustand ist, und gleichzeitig die Möglichkeit das Bootshaus an der Traun zu verlegen. Das wiederum ist Voraussetzung um die Traunuferattraktivierung, die wir uns ja alle vorgenommen haben, umsetzen zu können. Dafür ist es erforderlich eine Nachnutzung für dieses Bootshaus zu überlegen. Es gab dazu ohnehin bereits Meldungen – am liebsten wäre uns eine gastronomische Nutzung. Wir müssen also schauen wie wir das gewährleisten können. Behördlich sollte nichts dagegen sprechen. Der Neubau des Feuerwehrbootshauses und der Feuerwehr stärkt den Standort Pernau. Es ist eines von vielen Vorhaben weil wir meinen, die Pernau wurde in der Vergangenheit bei Investitionen benachteiligt. Der jetzige Investitionsschwerpunkt, was den Kindergartenbereich als auch den Feuerwehrbereich betrifft, ist sehr stark in der Pernau angesiedelt.

Für den Bereich Infrastruktur, Straßen, Brücken, Lärmschutz stehen in den nächsten Jahren 3 Mio. Euro zur Verfügung. Für Radwege sind es 2020/2021 1 Mio. Euro, die wir insgesamt abgesichert haben. Wir meinen, dieser Betrag ermöglicht eine sichere und umweltfreundliche Mobilität. An dieser Stelle ein Dank an StR. Klaus Hoflehner,

der sich besonders stark machte für diesen Bereich. Allerdings auch für andere Infrastrukturen. Gerade der Straßenbaubereich erhielt ein ausreichendes Budget.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war der Bereich der Parkanlagen. Hier gibt es die klare politische Positionierung, Parkanlagen sollen Kommunikationsraum und Aufenthaltsraum sein. Es ist aus meiner Sicht auch die beste Klimaschutzmaßnahme, die eine Stadt tatsächlich machen kann. Den Klimanotstand auszurufen ist jedenfalls nicht geeignet in diesem Zusammenhang etwas zu bewegen. Wir sollten uns lieber auf die Ausdehnung und Pflege unserer eigenen Grünanlagen fokussieren. Ich danke daher an dieser Stelle für den Ideenreichtum der Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger, die das im Bereich der Innenstadt erledigte, und Vzbgm. Silvia Huber, die die Parkanlagen in den äußeren Bereichen betreut. Hier sollen einige neue Parkanlagen dazukommen. Es sollen bestehende attraktiviert und saniert werden, sodass wir sagen können, wir haben für die Kommunikation einen erheblichen Beitrag geleistet. Wenn ich mir überlege wie wenig Geld vor 2015 in die Parkanlagen investiert wurde und wie groß dieser finanzielle Schwerpunkt jetzt ist, dann muss ich sagen, so viel wie in den letzten vier Jahren wurde in Parkanlagen nie investiert. Auch das ist übrigens ein politischer Schwerpunkt, zudem wir uns im Rahmen der Koalition gemeinsam bekannt haben.

Nachdem die Referenten ohnehin noch auf ihre jeweiligen Investitionen eingehen, erspare ich mir hier weitere Ausführungen. Ich glaube aber, gerade die Attraktivierung der Kinderbetreuung ist ein wahrer Meilenstein. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Referentin StR. Margarete Josseck-Herd, die das federführend betreut.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben sie mir noch einige Anmerkungen zu den Budgetreden aus dem Jahr 2017. Damals hieß es noch, dass wir das Postulat keine neuen Schulden nicht schaffen werden. Wir werden 2019 Schulden in Höhe von 44 Mio. Euro angehäuft haben. Tatsache ist, 2019 stehen wir bei 21,79 Mio. Euro Schulden. Ich kann daher behaupten, Herr Mag. Teubl hat sich in diesem Zusammenhang geirrt. Die Pro-Kopf-Verschuldung ging zurück. Ähnliches gilt für den Kollegen GR. Ganzert. Auch dieser malte 2017 ein Horrorszenario an die Wand. Ich erwarte mir heute nichts anderes. Es wird wieder nicht eintreffen lieber Stefan, wie es auch 2017 nicht eingetreten ist! Aber das ist dir ohnehin klar, weil eine Budgetrede einen ganz anderen Zweck hat, nämlich einmal das Budget in jede Richtung auf Herz und Niere zu überprüfen und in der Folge zu kritisieren.

Trotzdem freut mich die Zustimmung der SPÖ-Fraktion zu diesem Budget. Ganz so schlecht kann es also – egal was kommen mag – nicht sein. Sondern es wird schon das eine oder andere Gute dabei sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich ihnen dieses Budget heute präsentieren zu können und es sollte auch sie freuen, weil wir ein gemeinsames Ziel erreicht haben – nämlich die Investitionen aus den Überschüssen abzudecken und damit die Zukunft dieser Stadt sicherzustellen und Stabilität zu schaffen. Wir schafften etwas, wovon andere Städte nur träumen können – ich kenne keine Stadt, die ihre gesamten Investitionen aus dem Budgetüberschuss finanzieren kann. Festhalten möchte ich, wir haben das gemeinsam geschafft! Wir haben im Ergebnis mit diesem Budget den gesuchten politischen Kompromiss gefunden und die Kunst des Machbaren perfektioniert. Mein Dank gilt daher einerseits den Referenten in ihrem jeweiligen

Referat, andererseits auch den Gemeinderäten. Ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor diesen Dank an alle Mitarbeiter weiterzugeben, die wirklich sich den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beim Budgetvollzug unterworfen haben.

Nachdem sich schon im Vorfeld die Zustimmung der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Fraktion abzeichnete, bedanke ich mich für dieses Vertrauen und die Mitarbeit und ersuche nun um eine sachliche Diskussion.

Vzbgm. Kroiß: Danke dem Herrn Bürgermeister für den ausführlichen Bericht. Wir kommen nun zu den Fraktionserklärungen.

GR. Mag. Teubl: Der Herr Bürgermeister sprach soeben über die Auswirkungen des Verkaufs der Anteile der Allgemeinen Sparkasse. Daran möchte ich anschließen, denn natürlich ist unumstritten: Die vom Bürgermeister soeben präsentierten Ergebnisse wären nicht möglich gewesen ohne diese 72 Mio. Euro, die der Verkauf der Anteile an der Allgemeinen Sparkasse in unser Stadtbudget hereingespült hat. Damit war es nicht nur möglich den Schuldenstand der Stadt zu reduzieren, sondern es war auch möglich in den vergangenen Jahren so manche Investition zu finanzieren, die sonst einfach nicht möglich gewesen wäre.

Ein doppelter Glücksfall also für den für die Finanzen zuständigen Bürgermeister. Denn so konnte er sich einerseits als Budgetsanierer präsentieren – das hat er ja auch mit Recht gemacht – und andererseits durch schon lange überfällige Investitionen im Stadtbild sichtbare Spuren hinterlassen, was von der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen wurde und ihm sicherlich für die nächste Wahl nicht schaden wird. Aber man muss doch feststellen, dass viele Vorhaben der letzten Zeit einfach nur deshalb finanzierbar waren, weil man immer wieder auf die Rücklagen zurückgegriffen hat, die vom Verkauf der Sparkassenanteile übrig geblieben waren. Inzwischen – nach drei Jahren eigentlich schon erstaunlich – ist von diesen 72 Mio. Euro nichts mehr übrig. Es herrscht Ebbe im Rücklagentopf und wir haben immer noch 22 Mio. Euro Schulden. D.h. es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt alles gut gegangen, aber es wird nun spannend wie es in den nächsten Jahren weiter gehen wird. Woher soll das Geld kommen? Etwas durch Sparen im System, von dem so gerne gesprochen wird? Ich glaube, das ist eine Fehlannonce, denn die Personalkosten bleiben gleich – sie steigen eigentlich sogar, wenn man sich das genau anschaut. Und die viel gepriesene Magistratsreform hat den Apparat in Wirklichkeit nicht verschlankt sondern sogar zusätzliche Ausgaben verursacht, weil etliche gut verdienende Mitarbeiter zwar von ihren Dienstposten entfernt worden sind, aber weiter nach ihrer bisherigen Besoldungsstufe bezahlt werden müssen. D.h. wir haben hier „weiße Elefanten“ geschaffen, die einen Mehraufwand verursachen. Abgesehen davon, dass im Zusammenhang mit diesen Neubesetzungen ja auch hohe Kosten für Gutachten und Gerichtsverfahren angefallen sind. Von Sparen im System kann also hier nicht die Rede sein.

Gespart wird und wurde eher im Kultur- und Sozialbereich. Angefangen bei den Kindergärten über die Streetworker bis zur Altenpflege und der Integration. Da zum Teil in Bereichen, wo es wirklich weh tut. Denn wenn eine Anweisung lautet, man soll bei den Windeln für die alten Menschen sparen, dann ist das einfach nicht mehr tragbar.

Andererseits wurde doch ganz schön Geld ausgegeben auch für Anliegen, die man – ich sage es einmal vorsichtig – durchaus in Frage stellen kann. Es wurden z.B. Unsummen für den Umbau des Bürgermeisterbüros in eine luxuriöse Chefetage aufgewendet. Und es wurden Millionen Euro für die Autobahnanschlussstelle Wimpasing oder Wirtschaftspark, wie man sie jetzt großspurig nennt, in den letzten Jahren aufgewendet und selbst im Budget 2020 wird für diese Anschlussstelle bzw. die damit verbundenen Begleitmaßnahmen noch immer mehr ausgegeben als für den gesamten Radverkehr in unserer Stadt. Apropos Radverkehr: Der Herr Bürgermeister sprach einmal davon, dass 600.000 Euro für den Radverkehr aufgewendet werden sollen. Ich suchte lange im Budget, fand sie jedoch nicht. Vielleicht kann man einmal klären wieviel Geld es wirklich ist. Diese Gelder sind meist ja irgendwo versteckt in Straßenbaumaßnahmen, wo man nicht so ganz genau sagen kann wieviel davon die Fahrbahn für den Autoverkehr kostet und wieviel für den Radverkehr aufgewendet wurde.

Das vorliegende Doppelbudget für 2020/2021 verspricht jedenfalls einiges. Die Schulden sollen sich weiterhin verringern, wie der Herr Finanzdirektor ausführte, und das obwohl die Ausgaben sowohl für das Personal als auch für Subventionen steigen und Investitionen in der Höhe von 25 Mio. Euro getätigt werden können. Ich frage mich wie das gehen soll? Haben wir es hier mit einer Voodoo-Finanzpolitik zu tun? Nein – keineswegs! Sieht man sich das Budget genauer an, dann stellt man fest, dass die Begründung wo anders zu suchen ist. Es sind nämlich einfach sehr optimistische Annahmen bezüglich der Entwicklung der Einnahmen getroffen worden. So wird eine Steigerung der Bundesertragsanteile von 81 auf 89 Mio. Euro angenommen und eine solche bei der Kommunalsteuer von 41 auf 46 Mio. Euro. Ob diese Entwicklung tatsächlich so eintritt, ist aber doch sehr fraglich, denn wir wissen, dass inzwischen eine Konjunkturabschwächung sich abzeichnet und wir sowohl bei den Bundesertragsanteilen als auch bei den eigenen Einnahmen wohl eher einen Rückgang zu erwarten haben.

Nicht zuletzt deshalb sind und waren wir GRÜNE immer gegen Doppelbudgets. Denn Doppelbudgets erlauben weder die aktuelle wirtschaftliche Lage aktuell zu berücksichtigen noch auf kurzfristig auftretende Erfordernisse in den verschiedensten Bereichen adäquat reagieren zu können. Für die längerfristige Finanzplanung, die selbstverständlich notwendig und wichtig ist, gibt es ohnehin das Instrument der Mittelfristigen Finanzplanung, also jenes Konvolut, welches wir im nächsten Tagesordnungspunkt bzw. jetzt zusammen mit dem Budget diskutieren und beschließen werden. Dort haben wir ja die Prognose für die nächsten fünf Jahre. Also besteht aus unserer Sicht keine Notwendigkeit für ein Doppelbudget.

Nun meine Damen und Herren zu den geplanten Investitionen. Angesichts der angespannten Finanzlage wird man sich natürlich gut überlegen müssen, wo man investiert und wo nicht, welche Investitionen Priorität haben. Da kann man je nach der politischen Ausrichtung der Fraktionen natürlich trefflich darüber streiten, wo die Prioritäten anzusiedeln sind. Bei vielen der geplanten Vorhaben, die in diesem Budget vorgesehen sind, werden wir uns wohl alle einig sein. Bei einigen aber gar nicht. So ist die Notwendigkeit der Sanierung der Markthalle wahrscheinlich unbestritten und ebenso die Investitionen in die Freiwillige Feuerwehr. Aber in anderen Bereichen hätten wir GRÜNE und vielleicht auch andere Fraktionen in diesem Raum doch eine andere Prioritätensetzung. So hält beispielsweise die Blau/Schwarze-Rathauskoalition

es offenbar nach wie vor nicht für notwendig eine neue Schule in Wels-West zu errichten und das obwohl die Noitzmühle der Stadtteil mit den meisten Kindern und Jugendlichen ist und diese Schule dort dringend gebraucht werden würde.

Auch mit anderen Ansätzen im Sozialbereich sind wir nicht zufrieden, liegen diese doch vielfach unter der Geringfügigkeitsgrenze wie ich sagen würde. Wie man den großen Herausforderungen begegnen will, die sich im Pflegebereich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auftun, das steht meines Erachtens überhaupt in den Sternen. Schließlich ist auch der Integrationsbereich seit dem Amtsantritt von Bürgermeister Dr. Rabl chronisch unterdotiert. Kollegin MMag. Rumersdorfer wird auf viele dieser Bereiche noch näher eingehen.

Ich möchte mich nun beschränken auf unseren Hauptkritikpunkt, nämlich der mangelnde Berücksichtigung des brandaktuellen Themas Klimaschutz. Wir GRÜNE brachten im heurigen Jahr insgesamt 11 Anträge mit zum Teil sehr konkreten Klimaschutzmaßnahmen in diesem Gremium ein. Wir glaubten so rechtzeitig - nicht so rechtzeitig, dass dies noch vor der Nationalratswahl passiert -, dass diese wirkungsvollen Maßnahmen noch in das vorliegende Budget hätten aufgenommen werden können. Wie wir wissen ist das nicht geschehen. Die Rathausmehrheit hat diese Anträge teilweise gleich abgelehnt, zum größten Teil aber in diverse Ausschüsse verwiesen, was wie wir wissen einem Begräbnis erster Klasse gleich kommt.

Inzwischen sind diese Anträge in den Ausschüssen auch auf der Tagesordnung gestanden und sie wurden vielfach ohne jede ernsthafte Diskussion einfach als erledigt eingestuft mit der Begründung, sie seien auf der Tagesordnung gewesen und sind damit „als im Ausschuss beraten“ anzusehen. Unseres Erachtens ist diese Vorgangsweise ein Zynismus sondergleichen, denn behandelt und bearbeitet kann ein Antrag doch nur dann sein, wenn er auch in der Sache entschieden wurde. Dies ist eine Vorgangsweise, die unseres Erachtens so nicht stehen bleiben kann und die wir mit einer Aufsichtsbeschwerde bei der Gemeindeaufsicht entsprechend einklagen werden. In der Sache nämlich wurde kein einziger unserer Anträge angenommen. Stattdessen ergehen sich FPÖ und ÖVP in einer Klimaschutzankündigungspolitik, mit der sie sich als Kämpfer gegen den Klimawandel darstellen wollen. Kämpfer gegen einen Klimawandel, den sie bis vor kurzem teilweise sogar noch gelehnet haben.

Sucht man im vorliegenden Budget danach welche Maßnahmen zum Klimaschutz tatsächlich darin zu finden sind, dann sieht man sich eigentlich an die Worte der Klimaschutzaktivisten Greta Thunberg erinnert, die kürzlich auf der Madrider Klimakonferenz sagte: „Sie handeln nicht, sondern sie lassen es mit geschickter PR so aussehen als würden sie handeln.“ Was Thunberg an die Mächtigen der Welt gerichtet hat, gilt unseres Erachtens für die Welser Stadtregierung ganz genauso. Ein wohl klingender Dringlichkeitsantrag auf der einen Seite, eine selbstbeweihräuchernde Presseaussendung auf der anderen Seite – aber keine Spur von wirklich einschneidenden Maßnahmen. Von einer ernsthaften Klimaschutzpolitik kann auch auf der Grundlage dieses Budgets tatsächlich keine Rede sein.

Das und viele andere Kritikpunkte veranlassen uns dazu, dass wir als GRÜNE-Fraktion diesen Voranschlägen die Zustimmung verweigern werden. Wir wollen es nicht so halten wie die SPÖ-Fraktion, dass wir zwar Kritik äußern aber dann doch

zustimmen. Eine Vorgangsweise, die uns offen gestanden auch nicht ganz verständlich ist.

Bgm. Dr. Rabl: Eine Richtigstellung zur Wortmeldung von GR. Mag. Teubl: Auf Seite 16 der Broschüre ist genau ersichtlich, dass keineswegs Ebbe im Rücklagentopf herrscht. Hätten sie das gelesen, hätten sie das gewusst. Die Rücklagen entwickeln sich prächtig, dort liegen Millionen Euro. Vielleicht schauen sie sich das noch einmal an und können dann erkennen, dass ihre Feststellung schlichtweg falsch ist. Sie war daher zu korrigieren.

GR. Wiesinger: Anfangs möchte ich mich bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion und bei den Mitarbeitern des Magistrates sehr herzlich bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird wohl einen Grund haben, dass der Budgetgemeinderat und Weihnachten zusammenfallen. Weihnachten ist ein Fest der Traditionen. So gibt es auch beim Budgetgemeinderat Traditionen: Der Bürgermeister und Finanzreferent hält seine lange Rede, der Finanzdirektor präsentiert den Voranschlag und der Gemeinderat beginnt um 13.00 Uhr. Tradition hatte es in den letzten Jahren auch, dass sich die SPÖ-Fraktion in der Ausschuss-Sitzung der Stimme enthält, um dann zu überlegen, ob sie dem Budget bei der GR-Sitzung nicht doch noch zustimmen wird.

Persönlich halte ich viel von Traditionen. Würde ich der Tradition treu bleiben, würde ich anschließend das Budget massiv verteidigen und positiv herausstreichen. Zu Beginn möchte ich jedoch einmal die Frage stellen: Was ist ein Budget? Lt. Wikipedia ist das Budget in vielen Fachgebieten eine bilanzähnliche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben oder Kosten und Erträge, sonstige Werte oder die für einen bestimmten Zweck einem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stehende Geldmittel.

Wir Politiker sind dafür gewählt worden um zu regieren, zu verwalten und zu gestalten. Leider bürgerte sich in letzter Zeit in den Gemeinderatsitzungen ein in einer Sprache zu sprechen, die die wenigsten Welsler verstehen. Heute fielen Wörter wie VRV, investive Gebarung oder Maastrichtkriterien. Wir brauchen uns nicht wundern, wenn in der Bevölkerung niemand diesen Beschluss versteht.

Also was ist ein Budget? Um es verständlicher erklären zu können, muss man bewusst einen anderen Weg gehen. Vielleicht ist ein Budget nur ein Versuch in die Zukunft zu blicken? Oder vielleicht gar eine Wunschvorstellung? Die Verwaltung, die Politik überlegt wieviel Geld sie einnehmen und ausgeben wird. Man merkt schnell – wir reden hier vom Konjunktiv. Es sind alles Planungen – Planungen haben in sich, dass sie nicht konkret sind. Das Finanzministerium teilt jährlich die Entwicklung der Bundesertragsanteile mit. Das sind nur Planungen, weil man nicht weiß, wie sich die großen Steuern, wie Lohnsteuer, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer usw., entwickeln. Somit können das nur Prognosen sein.

Ähnlich verhält es sich bei den Ausgaben. Die Stadt plant Investitionen. Dies kann dazu führen, dass Projekte im Budget enthalten sind, aber in dieser Form nicht realisiert werden, wie z.B. die Autobahnabfahrt Wimpassing. Diese wurde vier Jahre lang budgetiert, realisiert wurde sie aber erst vor einigen Wochen. Auch der Bücherbus

war drei Jahre im Budget vorgesehen. Jetzt ist es soweit – die Bürger können sich hoffentlich Ende Februar 2020 über diesen freuen.

Das Budget könnte man auch mit einer Tageszeitung vergleichen. Was heute enthalten ist, kann morgen schon nicht mehr stimmen. Die Broschüre zum Budget hat ca. 1.100 Seiten und wir wissen nicht, ob die enthaltenen Zahlen überhaupt stimmen. Ebenso beschließen wir heute bei weiteren Tagesordnungspunkten Kreditoperationen, 70 Beschlüsse über Abänderungen des vergangenen Budgets! Präzisieren möchte ich noch, wir sprechen nicht über das gesamte Budget, welches nicht stimmt, wir reden von Investitionen. Ich gehe schon davon aus, dass die Kosten für das Kopierpapier, allgemeine Verbrauchsgüter oder Personal sehr genau planbar sind. Bei Investitionen ist jedoch die Planung sehr schwierig.

Ein Budget ist weit mehr als nur ein Konvolut aus Zahlen. Es ist ein vorgegebener Rahmen oder eine vorgegebene Richtung. So machte sich die Koalition zum Ziel keine neuen Schulden zu machen. Das ist Verantwortung dem Steuerzahler und vor allem unserer nachfolgenden Generation gegenüber. Auch wenn viele glauben das Geld kommt vom Staat, der Strom von der Steckdose oder das Wasser vom Wasserhahn, so ist es leider nicht! Geld muss erwirtschaftet werden. Mein Dank gilt den Arbeiternehmern, die mit ihrer Arbeit zum Ergebnis des Kommunalsteueraufkommens beitragen.

In den nächsten Jahren wird die Kinderbetreuung ausgebaut – über 7 Mio. Euro werden in diesen Bereich und in die Schulen investiert. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine heute Vormittag erschienene Studie der Arbeiterkammer hinweisen. Es geht um den Kinderbetreuungsatlas. Dieser stellte der Stadt Wels die Bestnote 1a+ aus. Das in dem seitens der SPÖ oft kritisierten Bereich der Unter-3-Jährigen. Die Arbeit der Kindergartenreferentin Margarete Josseck-Herdt aber auch das Baureferenten Peter Lehner trägt Früchte. Auch Vzbgm. Huber hat zu diesem Projekt beigetragen.

Ein Budget ist eine grundsätzliche Willenserklärung mit gewissen Unsicherheiten. Die Stadt Wels setzt klare Prioritäten. Die Welser Koalition gab sich das Motto: „Was richtig und wichtig ist für alle nachkommenden Generationen“. Dies beinhaltet vor allem keine neuen Schulden und vor allem den Schuldenabbau. Wir investieren in Sicherheit und Lebensqualität. Heute bringen wir ein Budget zur Abstimmung, welches mit Hausverstand und Vernunft erstellt wurde. Es geht um Verlässlichkeit. Ein Beispiel: Die Subventionen für Vereine werden nicht gekürzt, sie bleiben auf dem Niveau 2019. Das gibt Vereinen eine gewisse Planungssicherheit und zeigt von Verlässlichkeit. Nicht zu Unrecht hat die Direktion für Inneres und Kommunales der Stadt Wels im Bereich der Investitionen die Bestnote 1 gegeben.

Investitionen in die Kindergärten, Schulen, das Amtsgebäude Greif, die Markthalle mit 1,3 Mio. Euro, aber auch über 3 Mio. Euro in den Straßenbau und Lärmschutz, über 1,5 Mio. Euro in die Bereiche Parkanlagen und Kindergartenplätze, über 1 Mio. Euro in die öffentliche Beleuchtung aber auch über 1,4 Mio. Euro in den Fuhrpark der Stadt Wels.

Eine kleine kritische Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeister: Unter der neuen Zeit von LH Dr. Stelzer reduzieren sich die Beiträge zum

Krankenanstaltengesetz massiv. Früher gab es Steigerungen von über 10 % jährlich, jetzt liegen sie im Bereich von 2,5 bis 5 %. Der Krankenanstaltenbeitrag ist für die Absicherung des Gesundheitssystems vorgesehen. Auf unsere Gesundheitseinrichtungen sind wir alle stolz. Der größte Arbeitgeber in der Stadt Wels ist das Klinikum. Es hat einen gewissen Komfort für die Welser Bürger eine solche Einrichtung Vorort zu haben.

Die Stadt Wels profitiert natürlich vom unterschiedlichen Finanzausgleich. Wir bekommen mehr Transferzahlungen, mehr Bundesertragsanteile als kleine Gemeinden. Diese haben ja auch andere Aufgaben zu erfüllen. Jedes Argument kann gedreht und gewendet werden wie man will und überall kann ein Grund für eine Ablehnung oder Zustimmung eines Budgets gefunden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um dieses Budget 2020/2021 abzulehnen, muss man mutig sein – es grenzt für mich schon an Haarspalterei. Eines darf ein verantwortungsvoller Politiker nie vergessen: Wir sind hier um für die nächsten Generationen zu arbeiten und vor allem keinen Schuldenberg zu hinterlassen.

J.F. Kennedy sagte einmal treffend: „Es ist das Schicksal jeder Generation in einer Welt unter Bedingungen leben zu müssen, die sie nicht geschaffen hat.“ So hoffe ich, dass wir unseren nachfolgenden Generationen eine Welt hinterlassen, in der sie glücklich leben können.

GR. Ganzert: Zu Beginn einen großen Dank der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an die Mitarbeiter der Finanzdirektion, allen voran Herrn FD Dr. Barth, Herrn Lanz und Herrn Mag. Barth. Wir können uns diese Arbeit in den letzten Monaten auf die VRV zu reagieren gar nicht vorstellen. Alle Mittelbewirtschafter in den Dienststellen haben sehr viel Zeit dafür investiert. Herzlichen Dank seitens der SPÖ-Fraktion dafür.

Ebenfalls geht mein traditioneller Dank an Herrn Leo Mikesch der KPÖ. In den eingebrachten Erinnerungen sind immer wieder tolle Vorschläge enthalten, beispielsweise die Einführung eines Aktivpasses nach dem Vorbild der Stadt Linz. Solche Anträge stellen wir als SPÖ-Fraktion an den Gemeinderat, viele Dinge finden wir gut und wollen wir auf den Weg bringen. Es scheitert jedoch immer an der Mehrheitskoalition.

Wie ich hörte, liest sich auch der Herr Bürgermeister diese Erinnerungen durch. Ja, es ist Tradition geworden uns im Finanzausschuss bezüglich Voranschlag der Stimme zu enthalten. Das aus einem guten Grund. Die Präsentation des Herrn FD Dr. Barth im Finanzausschuss fand am 02.12.2019 statt. Vor einer Woche bekamen wir die umfangreiche Broschüre des Voranschlags. Wir nahmen uns die Zeit dieses Konvolut genau durchzusehen und zu bewerten.

Vom Herrn Bürgermeister wurde das Postulat „keine neuen Schulden“ lautstark verkündet. Dieses Ziel möchte er umsetzen. Dabei wirft er mit sehr vielen Zahlen um sich. Er wirft mit Informationen herum, aber sagt z.B. nicht, dass ein großer Teil der 69 Mio. Euro der Schuldendienst ist. Wenn ich Schulden tilge, habe ich natürlich einen geringeren Schuldendienst. Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ist es mir möglich Investitionen zu machen oder diese Mittel anderweitig einzusetzen.

Wir könnten jetzt allgemein einsteigen in eine Diskussion der aktuellen Zinspolitik. Wir leben in einer Zeit wo – zumindest in Deutschland – Privatpersonen bereits dafür zahlen müssen wenn sie Geld bei der Bank haben, Schulden aufgenommen werden können, für die man weniger an den Geldgeber zurückbezahlt. Man könnte auch darüber sprechen was uns dieses Postulat „wir wollen keine neuen Schulden“ aus volkswirtschaftlichen Sicht bringt. Gerade diese a-typische Zinspolitik macht es ein bisschen schwieriger für uns es zu bewerten.

Der Herr Bürgermeister möchte ganz einfach ein zentrales Wahlversprechen einhalten. Er sagte, von mir und vom Kollegen Mag. Teubl gab es das letzte Mal ein Horrorszenario. Der Punkt ist, dem Bürgermeister gelingt es ganz einfach diese Dinge wieder weiterzuschieben. Wir sagten das letzte Mal, wenn der Herr Bürgermeister seine Aufgabe macht und die Investitionen tätigt, die diese Stadt braucht - Beispiel Schule Wels-West -, dann kann er diesen Schuldenstand nicht halten. Ich hoffte eigentlich, er würde auf diese Dinge reagieren und wir wären in diesem Punkt schon weiter. Aber auch jetzt versucht er wichtige Projekte, die wir bis 2021 und darüber hinaus brauchen, hinauszuschieben. Deswegen ist es zwar ein näheres Ziel, wenn man sich heute anschaut wo die Pro-Kopf-Verschuldung 2025 im Endeffekt stehen soll. Wenn wir allerdings wissen wir haben heute immer noch Schüler, die in Kellerklassen unterrichtet werden, wir haben eine Infrastruktur vor allem im Schulbereich, wo wir nicht dort stehen wo wir eigentlich sein wollen. Wenn wir eine ordentliche Infrastruktur den Leuten zur Verfügung stellen, so wie wir sie unserem Qualitätsanspruch gemäß auch haben möchten, dann kommen wir zu anderen Zahlen und dann wird auch die Budgetpolitik eine andere sein.

Was wir hier sehen ist kein Zukunftsbudget, es beinhaltet keine Impulse für die nächsten Jahre. Es ist eigentlich eine gewisse Leidenschaftslosigkeit. In vielen Bereichen haben wir die reinen Mindestanforderungen. Ich denke z.B. an den Bereich des Kindergartens. Hier ist es dem Bürgermeister gelungen in den vergangenen Jahren von zwei Pädagoginnen und einer Helferin in der Gruppe herunterzufahren auf das gesetzliche Mindestmaß, auf eine Pädagogin und auf eine Helferin. Es ist ihm gelungen mit den neuen Abgangsverträgen das Ganze auch in den privaten Trägern durchzusetzen.

Dies gilt natürlich auch im Pflegebereich. Die SPÖ-Fraktion versucht mit eigenen Initiativanträgen, mit Resolutionen an das Land Oberösterreich, an die zuständige Sozialreferentin Impulse zu setzen. Diesen Anträgen wird nicht einmal zugestimmt, sie werden einem Ausschuss zugewiesen. Ich bin mir nicht sicher, ob diese schon einem Ergebnis zugeführt worden sind.

Es geht hier grundsätzlich um ein Kennzahlenbudget. Dem Bürgermeister ist es wichtig seine Geschichte, die er versucht seit 2015 zu erzählen, im Budget weiterhin in Kennzahlen festzulegen, um dann zu sagen: Ja, was habe ich gemacht. Wir haben ein bisschen Brot und Spiele, wie ich hoffe der neue Stadtplatz gefällt dir, ich hoffe du hast in der Zeitung einmal gelesen, dass ich so viel tue, so viel ankündige und die Schulden habe ich auch noch reduziert.

Wo fehlt es überall? Was braucht es? Die Kinderbetreuung wurde bereits angesprochen, diese wird auch gerne plakatiert. Dafür wird viel Geld in die Hand genommen. Es ist ein schönes Ziel, wenn es uns gelingen soll die Wartelisten endlich

zu reduzieren, wenn nicht ganz zu streichen. Allerdings möchte ich es nochmals unterstreichen, ich bin froh diesen Budgetansatz enthalten zu haben, weil es natürlich die SPÖ war, die im Endeffekt in Kooperation mit ÖVP und FPÖ das Projekt Kaiserschützenpark zu Fall brachte und dafür ein neuer Standort gefunden werden konnte. Uns geht es wie gesagt nicht nur um die Hülle, wie schaut der Kindergarten von außen aus, wie ist die Aufteilung. Es geht uns ganz stark um die Qualität. Eine Forderung, die die SPÖ schon seit vielen Jahren hat und bisher immer noch nicht umgesetzt wurde, sind die Betreuungsplätze ab dem 12. Monat. Es gibt keine städtische Einrichtung, die auch für Kinder ab dem 12. Monat, wenn es von den Eltern gewünscht wird, eine Betreuungsmöglichkeit anbietet.

Auch in den Schulen ist es unser Ziel und unser Wunsch ganztägige Schulformen und eine ganztägige Betreuung in allen Stadtteilen anzubieten. Ich bin sehr froh, es ist ein großer Erfolg unseres Referenten StR. Johann Reindl-Schwaighofer in der NMS Neustadt, Mozartschule, jetzt endlich nach jahrelangem Verhandeln auf eine ganztägige Schulform umzurüsten.

Das Thema Wels-West sprechen wir bei jeder Budgetdebatte an. Es wurde immer gesagt, es ist ja so schade, dass es diesmal wieder nicht geht usw. Es war auch letztes Mal einer der Hauptgründe warum die SPÖ-Fraktion sagte, wir können dem Budget nicht zustimmen, weil der Bürgermeister mit diesen Zahlen einfach die Augen verschließt vor der Zukunft und vor der Notwendigkeit, die es braucht auch im Namen unserer Kinder.

Immerhin ist es gelungen in der Mittelfristigen Finanzplanung eine Studie und eine Planung, einen gewissen Pfad am Weg dorthin erstellen zu können. Ein weiterer Punkt, der von der SPÖ immer wieder prominent gefordert wird, ist die sogenannte Zentralküche. Sie wissen, in der Elementarpädagogik aber auch in den Alten- und Pflegeheimen wird das Essen von Mitarbeitern der Stadt Wels selbst gekocht. Für die Nachmittagsbetreuung haben wir einen externen Dienstleister, der das Essen zum Teil im Norden Deutschlands vorkocht und dann gekühlt zu uns nach Wels bringt. Ein klarer Vorschlag: Mit einer Zentralküche könnten wir das endgültig lösen. Mit einer größeren Küchenkapazität kann nicht nur das Mittagessen für die Kinder in Kindergärten und Krabbelstuben sondern auch für alle Schüler in den städtischen Schulen gekocht werden.

Wenn wir uns den sozialen Standard in der Stadt Wels anschauen, schaue ich recht gerne auf unsere Vizebürgermeisterin Silvia Huber. Wir waren eine Musterstadt. Eine innovative, soziale Stadt, die viele Projekte vom Land zuerst bekam, wo man sagte, es ist eine Expertise in dieser Stadt, dort wollen wir das neue Konzept auch ausleben. Hier denke ich beispielsweise an die Demenz-WG. Wir waren die ersten, die dieses Modell umsetzten. Es ist dir, liebe Silvia, dann auch gelungen eine zweite Demenz-WG zu eröffnen. Wir alle wissen wie es um die Altersstruktur in unserer Stadt steht und ich hoffe, dass die entsprechenden Personen momentan darum kämpfen eine dritte Demenz-WG zu bekommen.

Stark steigend sind generell die Zahlen in der Pflege. Das Land Oberösterreich gibt es uns vor, es macht Sinn und ist logisch – mobil vor stationär. D.h. die Stadt Wels kauft immer wieder Leistungsstunden zu. Leistungsstunden bei verschiedenen externen aber auch internen Trägern. In den nachfolgenden TOP werden einerseits die

Leistungsvereinbarungen für die kommenden Jahre abgeschlossen, aber auch die Leistungsstunden für das heurige Jahr erhöht. Es stößt uns sauer auf bei den Zahlen im Budget auf dem Niveau von 2018 zu stehen.

Selbiges gilt für den Bereich Streetwork. Wir sprachen das letzte Mal im Budget darüber, dass das Land Oberösterreich eine Kürzung vornahm und wir aufgrund dieser Kürzung als Stadt Wels weniger Geld in die Hand nehmen. Aus Gesprächen mit Mitarbeitern von Streetwork ergibt sich, Streetwork in den Stadtteilen musste eingestellt werden, man kann sich den bisherigen Aufgabengebieten nicht mehr zuwenden. Es ist einfach eine Frage des Bekenntnisses - gehe ich als Stadt Wels her, nehme Geld dafür in die Hand und mache eine Leistung, auch wenn sie nicht mehr in demselben Ausmaß oder selbst wenn sie überhaupt nicht mehr vom Land Oberösterreich gefördert werden würde?

Das machen wir auch in ganz anderen Bereichen. Wir nehmen Geld für die Ordnungswache in die Hand, weil wir sagen: Ok, da sehen wir Bedarf, es ist uns wichtig, das möchten wir. Beim Thema Streetwork ist es einfach aus unserer Sicht eine Grundsatzfrage. Es wird immer argumentiert mit „es wird nur bei uns gestrichen, in der Stadt Linz nicht, es ist so unfair, das liegt an der Sozialreferentin“. Naja, es liegt einmal an der Mehrheit im Land Oberösterreich (ÖVP mit der FPÖ), die einen Sparkurs auch im dortigen Sozialbereich verordnet hat. Man sagt dann aber oft nicht dazu, es werden ganz andere Projekte und Maßnahmen finanziert, z.B. im niederschweligen Drogenbereich. Hier muss man eine offene ehrliche Diskussion führen. Die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Streetwork wurde reduziert. Wir haben heute weniger Streetworker auf der Straße.

Thema Umweltschutz und Klimamaßnahmen: Es ist abenteuerlich wie der Herr Bürgermeister versucht das Thema zu „umschiffen“. Da revitalisieren und investieren wir in einen Wochenmarkt - das wird dann als Regionalität verkauft. Es stimmt schon, es werden dort regionale Produkte verkauft – aber jetzt ist dies anscheinend schon eine Klimaschutzmaßnahme?! Ich weiß nicht was daran klimaschonend ist eine Markthalle umzubauen.

Das gilt genauso für die Parkanlagen. Wir freuen uns darüber so viel Geld wie nie zuvor in die Investierung unseres Grünraumes stecken zu können. Sowohl in der Innenstadt als auch im gesamten Stadtgebiet. Die meisten Flächen sind jetzt schon Grünflächen. Andere Städte reden über Förderungen, über Modelle, wie man wirklich auf diese Klimakrise reagieren kann. Der Bürgermeister versucht mit Nebengranaten - wir investieren in einen Markt und in Parks, diese werden revitalisiert und erneuert – diese als echte Maßnahmen zum Klimaschutz darzustellen.

Das sehen wir auch an der Verkehrsplanung. Unser StR. Klaus Hoflehner wird noch darauf eingehen. Ein Mobilitäts- und Verkehrskonzept mit 30.000 Euro zu budgetieren? Hier wird sich jeder ausrechnen können, ob dies möglich ist. Vor allem wenn man alleine die Kosten für den Bereich „Einbahnöffnung der Eisenhowerstraße“ im Kopf hat.

Es wird immer so gelobt - die Subventionen bleiben gleich. Im Bereich Kultur kann ich das überhaupt nicht sehen. Erinnern darf ich an das Kinderschutzzentrum Tandem. 2015 bekannten wir uns in der letzten Gemeinderatsitzung der vergangenen

Funktionsperiode alle dazu. Bürgermeister Dr. Rabl war damals noch Vizebürgermeister und stimmte ebenfalls zu die Förderung von 45.000 Euro auf 54.000 Euro zu erhöhen. Als der Herr Bürgermeister Finanzreferent wurde schrieb er das Budget. Er blieb bei diesen 45.000 Euro. Es gelingt ihm immer wieder finanzielle Mittel zu finden und etwas nachzuschießen, aber man muss dem Verein trotzdem eine gewisse Sicherheit bei der personellen Planung usw. geben.

Dasselbe trifft das Freiwilligenzentrum. In der Sitzung, in der wir die Erhöhung des Kinderschutzzentrums Tandem beschlossen, beschlossen wir auch die Erhöhung für das Freiwilligenzentrum. Der einzige Unterschied: Die Erhöhung wurde budgetiert, 30.000 Euro nimmt die Stadt Wels jedes Jahr in die Hand, um das Freiwilligenzentrum und die wichtige Arbeit mit Freiwilligen unserer Stadt zu fördern. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei den Kollegen der ÖVP bedanken. Im vergangenen Jahr versuchte man immer wieder mit Kreditanträgen und Kreditoperationen eine eigene Freiwilligenagentur in der Stadt Wels aufzubauen. Mit eigenen Personalressourcen, mit eigenen Sachaufwendungen etc. Es gelang uns sowohl die entsprechenden Personalaufnahmen als auch die notwendigen Sachmittel zu verhindern. Es gibt bereits einen Ort in der Stadt, wo positive und erfolgreiche Freiwilligenarbeit geleistet wird. Das ist das Freiwilligenzentrum.

Sieht man im Budget nach, findet man trotzdem 48.000 Euro für die sog. Freiwilligenagentur bei der Stadt Wels. Eine klassische Doppelgleisigkeit. Noch teurer als im eigenen Haus könnte man diese wertvolle Arbeit der Freiwilligenkoordination gar nicht machen. Es ist für uns unverständlich. Das Freiwilligenzentrum würde sich über eine Verdoppelung seiner eigenen finanziellen Mittel freuen.

Es gibt beispielsweise Dinge, die gänzlich fehlen. Ich sehe oft Plakate, auf denen steht: „Leistbares Wohnen - wir machen es möglich“. Für uns ist das mehr als nur eine Gebäudeeinheit oder eine Straße, wofür ein Projekt entsteht, wo es dann ein paar Einheiten dafür gibt. Es fehlt einfach an Mut in der Stadt endlich wirkliches Geld in die Hand zu nehmen. Und es fehlen Dinge - das hat der Bürgermeister auch ein wenig zugegeben - in der Budgetierung selbst. Wenn wir heute fast schon davon ausgehen müssen, dass in der NMS Mozartstraße es zu mehreren hunderttausend Euro-Überschreitungen kommt, dann lässt er sich nicht davon abbringen und schreibt trotzdem diese Million Euro hinein.

Ich lese in der Zeitung immer wieder, es geht um einen möglich Aufstieg in die 2. Fußballbundesliga. Es wird schon fix davon ausgegangen. Es wird mit so viel Energie darüber diskutiert und Vereine werden mit sehr vielen Sachen bemüht. Wenn das scheinbar schon so absehbar ist, so sehen wir für diese notwendige Umrüstung keinen einzigen Euro.

Angesprochen habe ich bereits die Mobilien Dienste. Es gibt die Zusage, wenn wir das Stundenausmaß brauchen, nehmen wir gerne das Geld dafür in die Hand. Nehmen wir es doch gleich in die Hand, wenn wir schon hochrechnen können wo wir einmal stehen werden. Dann sind das für uns Mittel einer Budgetkosmetik, die einfach wieder diesem Postulat „keine neuen Schulden“ dienen. Es wird das Budget bewusst so hingebogen, bewusst so geschrieben, bewusst so interpretiert und ausgelegt, dass man nur das feststellen kann. Kollege Markus Wiesinger hat ja vorhin bereits errechnet, 70 Anträge sind es, die wir wiederum in Kreditoperationen entsprechend beschließen werden. Ich

bin gespannt, ob sich der Herr Bürgermeister in zwei Jahren wieder trauen wird zu sagen „das sind Horrorszenarien - irgendwann werden sie eintreten“. Die Frage ist nur wie lange man das Ganze schiebt, wie lange er uns das alles zumutet und wie lange man Generationen von Kindern, z.B. in der Noitzmühle, diese Form der stadtteil- und wohnortbezogenen Schule nicht ermöglicht.

Heute hörten wir einiges über Investitionen, die im Budget verankert sind. Als SPÖ-Fraktion gibt es für unsere Zustimmung einen Grund. Die Überschrift in den OÖ Nachrichten letzter Woche ist durchaus sehr verkürzt. Wenn hier steht „SPÖ kritisiert und stimmt zu“, dann ist das natürlich nur die halbe Wahrheit. Der SPÖ ist es ein großes Anliegen die von mir gebrachten Dinge auch im Budget wiederzufinden. Das versuchen wir. Wir sagen warum geht bei Streetwork nichts weiter? Warum sind die Zahlen der Mobilen Betreuung so? Warum fehlt es in all diesen Punkten? Es gelingt leider nicht mit dem Herrn Bürgermeister – da mag ich ihn auch verstehen – in den Ressorts von anderen Referenten mit zu verhandeln. Er beschränkt sich ganz klar auf die einzelnen Ressorts. Ich bin dennoch froh, es gibt Ressorts, die nicht in der Verantwortung der SPÖ liegen, wo aber SPÖ-Projekte umgesetzt werden.

Kollege Kittenbaumer wird noch über das neue Feuerwehrbootshaus sprechen. Wir wollen die Sanierung der Feuerwehr im Standort Pernau, wir wollen ein neues Bootshaus, möglichst am Gelände des Zentralen Betriebsgebäudes, und eine Nachnutzung für das alte Bootshaus am Traunufer als Traunuferattraktivierung. Wie es mit unseren Vorschlägen so oft geht: Man lest sich den Vorschlag durch und denkt dieser ist gut, dennoch traut man sich nicht diesem zuzustimmen, weil man uns das nicht gönnt. Der Antrag wird einem Ausschuss zugewiesen, man wartet ein Jahr und dann wird dieser groß verkündet. Man hofft jeder hat vergessen, dass es die SPÖ war, die diesen Vorschlag machte. Dann wird er umgesetzt und man stellt sich hin und sagt, so ein tolles Projekt.

Vorhin erwähnte ich bereits den Bereich der Ganztageschule. Es ist uns eine große Freude, diese wird in der Mozartschule umgesetzt. Ansonsten - so glaube ich - ist Silvia Huber zufrieden, weil sie in den Parkanlagen viele Dinge verwirklichen kann. Hoffentlich gibt es für all diese Maßnahmen die notwendigen Mitarbeiter. Es bringt nichts, wenn die Budgettöpfe voll sind, aber die brauchenden Hände nicht da sind und wir dadurch wieder freie Budgetmittel haben. Der Bürgermeister freut sich, wir haben dann einen Überschuss, den er durch seine großartige Arbeit erwirtschaftete. – Nur ein Beispiel, wie man auf so etwas kommt.

In diesem Sinne seien sie versichert, die SPÖ macht sich die heutige Zustimmung nicht leicht. Die SPÖ wird Dinge, die sie versucht hat in diesem Budget abzubilden, in den kommenden zwei Jahren mit eigenen Anträgen, Initiativen immer aufzeigen. Wir werden natürlich alle Beschlüsse in den kommenden Jahren auf Punkt und Beistrich kontrollieren, weil es auch um einen sachlichen Budgetvollzug geht.

An dieser Stelle darf ich mich sehr herzlich bedanken und freue mich, dass nach dem Fraktionsvorsitzenden Ralph Schäfer auch meine Kollegen aus dem Stadtsenat und aus der Fraktion sich mit einer gehaltenen Expertise zum Budget noch zu Wort melden werden.

GR. Schäfer, BSc: „Bestnote 1 für die Bonität der Stadt Wels“ – so lautete vor kurzem eine Schlagzeile in den Medien, denn Wels wurde als einzige Statutarstadt in Oberösterreich mit der Bestnote 1 ausgezeichnet. Das ist vor allem auf die hervorragende Budgetpolitik unseres Finanzreferenten und Bürgermeisters Dr. Andreas Rabl zurückzuführen. Die Städte Linz und Steyr wurden jeweils mit der schlechtesten Note 5 bewertet.

Mit der Zustimmung zum vorliegenden Doppelbudget 2020/2021 haben sie die Möglichkeit mit uns gemeinsam den Erfolgskurs in der Stadt Wels fortzuführen. Bevor wir zu einem Beschluss kommen, blicken wir kurz in die operative Gebarung des vorliegenden Budgets: 232 Mio. Euro Einnahmen stehen 222 Mio. Euro Ausgaben gegenüber. Das ist ein Überschuss von rund 9,69 Mio. Euro im Jahr 2020. Im Jahr 2021 wird es einen Überschuss von rund 8,24 Mio. Euro geben. Betrachtet man nun die Einnahmenseite näher, sieht man sofort, dass die Bundesertragsanteile mit 42 % der Gesamteinnahmen das größte Volumen einnehmen. Diese Ertragsanteile sind, wie wir alle wissen, nicht von uns beeinflussbar. Die eigenen Abgaben und Steuern machen 31 % der Gesamteinnahmen aus. Hier sieht man vor allem die positive Entwicklung der Kommunalsteuer. Diese zeigt die hervorragende Standortpolitik der Welser Stadtregierung. Nur wenn die Stadt Wels ein TOP-Wirtschaftsstandort ist, dann können neue Unternehmen in Wels ansiedeln und dann werden bereits bestehende Unternehmen in Wels expandieren.

Ausgabenseitig sind die Personalausgaben, die Pensionen, die Sachaufwendungen und die Transfers an Träger öffentlichen Rechts die größeren Posten. Letztere können wir wiederum nicht beeinflussen, sie nehmen aber trotzdem rund 20 % der Ausgaben ein. Hervorzuheben gilt es bei den Ausgaben, dass es dem Finanzreferenten gelungen ist, die Personalkosten beinahe gleich zu halten. Warum muss man das hervorheben? Es gibt jährliche Gehaltssteigerungen, Vorrückungen von Mitarbeitern und weil die Mitarbeiterzahlen in der Stadt Wels gestiegen sind. Das wohlgerne im Kindergarten- und im Krabbelstubenbereich. Möglich wurde diese Kostenbremse durch die Magistratsreform. Diese wurde bereits 2015 eingeleitet, also kurz nach Amtsantritt des Bürgermeisters. Die Früchte dieser umfassenden Organisationsreform werden nun langsam, aber Gott sei Dank nachhaltig sichtbar.

Nun noch ein paar ausgewählte Kennzahlen dieser ausgezeichneten freiheitlichen Finanzpolitik: Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde bereits angesprochen. In den Jahren 2015 bis 2019 ist diese auf unglaubliche 75 % gesunken. Es gab natürlich Einwände wie den Verkauf der Sparkassenanteile – ja, aber bis zum Jahr 2020 werden diese erneut um minus 13 % sinken. Wie wir alle wissen haben wir keine Sparkassenanteile mehr.

Eine weitere wichtige Kennzahl ist der Verschuldungsgrad – dieser befindet sich auf einem historischen Tiefstand von unglaublichen 5 %. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat nichts mit einer Bilanzkosmetik zu tun, wie bereits angesprochen, denn Kennzahlen unterliegen seit Jahren der gleichen Berechnung.

Einiges an Kritik wurde bereits geäußert, sei es nun hier im Saal oder in Form von Presseaussendungen. Diese kann und werde ich so nicht stehen lassen. Die SPÖ-Fraktion kritisiert auf der einen Seite die Kleinkinderbetreuung in Wels. Schaut man nun in das vorliegende Budget, dann werden mehr als 6,8 Mio. Euro in Krabbelstuben,

Kindergärten und Horte investiert. Das ist mit Abstand der größte Investitionsposten. Damit werden Gott sei Dank die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte der SPÖ-Regierung endlich behoben. Dank der Freiheitlichen Kindergartenreferentin, Frau StR. Margarete Josseck-Herdt, wird es auch in Zukunft für jedes Kind einen Betreuungsplatz geben.

Das Thema Nachmittagsbetreuung wurde ebenfalls stark kritisiert. Die SPÖ kritisiert zu wenige Plätze - auch hier hätte man bereits vor 2015 tätig werden können. Getan wurde scheinbar nichts. Im vorliegenden Budget wird diesem Umstand Rechnung getragen, wir bauen die Ganztagesbetreuung in der NMS Neustadt aus. Somit ist auch die Neustadt der letzte Stadtteil mit einer ausreichenden Nachmittagsbetreuung.

GR. Wiesinger sprach es bereits an – heute wurde eine Studie von der Arbeiterkammer veröffentlicht – der Kinderbetreuungsatlas. Dieser zeichnete uns mit 1a+ aus. Daher die Bitte an die SPÖ unseren Dank an die Arbeiterkammer weiterzuleiten.

Wie es scheint ist das Thema Integration der SPÖ-Fraktion seit Neuestem auch ein Anliegen. Denn kritisiert wird, dass die Stadtregierung zu wenig für die Integration tun würde. Dass aber alleine in den Kindergärten über 1 Mio. Euro in die Integration investiert wird, wird leider übersehen. Auch hier gilt unser Dank der Kindergartenreferentin für dieses tolle Engagement.

Neben dieser grundlegendsten und bedeutendsten Integrationsmaßnahme – sie setzt immerhin bei den Jüngsten unserer Gesellschaft an – werden zahlreiche weitere Maßnahmen weit über alle Ressorts gesetzt. Hier gilt der Dank dem Freiheitlichen Integrationsreferenten Vzbgm. Gerhard Kroiß, der später seine Maßnahmen noch genauer erörtern wird.

Fast schon gebetsmühlenartig wird auch der Umwelt- und der Klimaschutz auf und ab bespielt und kritisiert wir würden hier zu wenig tun. Die Grünoffensive, dotiert mit 1,4 Mio. Euro, die plastikfreie Stadt, das Kraftwerk Traunleithen der eww ag, mit der wir jährlich 85.000 Tonnen CO₂ einsparen, der Ausbau des Radverkehrs und die Grünflächenrichtlinie werden dabei leider oft übersehen. Ich unterstelle sogar, sie werden bewusst ignoriert.

Ein letztes brandheißes Thema: der Verkehr. Die Kritik der SPÖ-Fraktion in einer Presseaussendung habe ich fast schon unterhaltsam gefunden, denn sie fordert hier mehr Budget für den Verkehrsreferenten. Blickt man in das Budget 2019 sieht man, es wurden 6,2 Mio. Euro dotiert. Der Verbrauch zum 10.12.2019 belief sich auf 5,3 Mio. Euro. D.h. der Verkehrsreferent hätte sogar noch knapp eine Million Euro zur Verfügung, die er diese oder nächste Woche noch ausgeben kann.

Zur letzten Kritik von GR. Mag. Teubl und meinem Vorredner GR. Ganzert – die Schule Wels-West. Hier darf ich noch einmal das Arbeitspapier der Stadt Wels in Erinnerung rufen, dass unsere Schülerzahlen rückläufig sind bis maximal stagnierend. D.h. es rechtfertigt kein Interesse für ein Millionen-Euro-Projekt.

Zur Frage des GR. Mag. Teubl, wie sieht es in den nächsten Jahren aus, nach 2020/2021: Dazu gibt es das Instrument der Mittelfristigen Finanzplanung. Wenn sie in

die Broschüre blicken, sehen sie auf Seite 20 den Nettofinanzierungssaldo. FD. Dr. Barth sprach es bereits an, das ist die für uns wichtige Kennzahl. Diese ist ab 2023 immer noch stark steigend bis sie lt. Plan für 2025 bei 9,83 Mio. Euro Überschuss liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das vorliegende Budget ist nicht nur aufgrund der laufenden Gebarung ein absolutes Zukunftsbudget. Die Summe der investiven Einzelvorhaben beträgt 2021 und 2022 fast 25 Mio. Euro und umfasst Investitionen in Schulen, Kindergärten, Horte, Straßen, Beleuchtungen, Wege, das neue Amtsgebäude, die Markthalle, Parkanlagen, Spielplätze uvm.

Warum ist dieses Budget ein Zukunftsbudget? Dem Finanzreferenten und Bürgermeister Dr. Andreas Rabl in Abstimmung mit dem Finanzdirektor ist es gelungen dieses hohe Volumen an Investitionen ohne neue Schulden umzusetzen. Die Eigenfinanzierungsquote wird 2020 bei 98,98 % liegen und im Jahr 2021 bei 100 %.

Meine Damen und Herren - so sieht eine nachhaltige Finanzpolitik aus, so sieht eine generationengerechte Finanzpolitik aus, so sieht eine Freiheitliche Finanzpolitik in Wels aus.

StR. Josseck-Herdt: Heute Nachmittag sind schon einige Vorwürfe in meine Richtung gemacht worden. Das muss ich natürlich zurechtrücken und berichtigen.

Vorerst möchte ich dem Finanzreferenten der Stadt Wels, dem Bürgermeister Dr. Andreas Rabl herzlich danken. Danken dafür, dass er mit seiner umsichtigen Finanzpolitik die Möglichkeit für große Investitionen in die Zukunft schafft, und zwar für Investitionen im Bereich Kindergarten ohne Schulden der nächsten Generation zu hinterlassen. Mit den von ihm zur Verfügung gestellten mehr als 6,6 Mio. Euro werden wir den Stadtteil Pernau flächendeckend mit Kinderbetreuungsplätzen ausstatten - Kindergarten- und auch Krabbelstubenplätzen. Auf dem heuer erworbenen Grundstück, das ca. 1,5 Mio. Euro kostete, wird der Kindergarten Negrellistraße für sechs Kindergartengruppen und zwei Krabbelstubengruppen errichtet mit der Option, dass eine Erweiterung um zwei zusätzliche Gruppen technisch möglich ist. Für mich eine wichtige Tatsache, weil wir vermeiden müssen – wie es in der Vergangenheit leider geschah -, dass Kindergärten gebaut werden und keine Möglichkeit besteht diese zu erweitern. Der Baubeschluss wird in der Gemeinderatsitzung im Februar nächsten Jahres erfolgen, der Baubeginn wird im Frühling sein, die Fertigstellung wird im Frühling 2021 sein. Die Kosten incl. Einrichtung betragen ca. 3,6 Mio. Euro.

Der bestehende Kindergarten in der Lessingstraße ist seit vielen Jahren in einem sehr schlechten baulichen Zustand, sodass eine Renovierung keinen Sinn mehr macht. Die Räumlichkeiten entsprechen nicht den Vorgaben des Landes. Die Gruppengrößen sind zu klein bemessen und können nicht ausgeschöpft werden. Wir setzen das Personal ein, aber wir haben keinen Platz für Kinder, die eigentlich in einer Gruppe untergebracht werden können.

Ich bin sehr froh, dass wir diese Neuerrichtung des Kindergartens schaffen, ohne dass die Kinder vorübergehend in Containern untergebracht werden müssen. Auf dem Areal des alten Kindergartens werden vier oder sogar fünf Kindergartengruppen – die Prüfung läuft gerade – und zwei Krabbelstubengruppen gebaut. Der Zeitplan dieses Baues sieht vor, dass der Abbruch des alten Kindergartens unmittelbar nach dem

Umzug der Kinder in den neuen erfolgen soll. Der Bau kann anschließend sofort gestartet werden, weil die Planung und all das Notwendige parallel laufen werden. Die Kosten betragen rund 3 Mio. Euro incl. Einrichtung. Die Fertigstellung dieses Kindergartens soll bis zum Start des Kindergartenjahres 2022/2023 möglich sein. Ich gebe zu, es ist sehr ambitioniert, aber mit unseren sehr engagierten Mitarbeitern ist es möglich. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle involvierten Mitarbeiter.

Mit diesen beiden Kinderbetreuungseinrichtungen wird der Bedarf im Stadtteil Pernau voll abgedeckt sein, wobei auch der zu erwartende Bedarf durch die rege Bautätigkeit schon berücksichtigt ist.

Nun zur Nachmittagsbetreuung im Kindergarten – auch ein sehr wichtiges Thema: Anfang 2018 wurden vom Land Oberösterreich Förderungen im Bereich der Kinderbetreuung gekürzt. Begleitend wurde mit Februar die Beitragspflicht ab 13.00 Uhr verordnet. Fast alle Gemeinden Oberösterreichs haben die Anpassung der Tarifordnung umgesetzt, auch sozialdemokratisch regierte Städte, wie z.B. Ansfelden, Traun, Steyr und Marchtrenk. Ich danke unserem Bürgermeister dafür, dass wir in Wels zusätzlich den Sozialtarif eingeführt haben. Alle, die aufgrund der beruflichen Situation die Kinder nicht um 13.00 Uhr abholen können, dürfen täglich eine halbe Stunde bzw. wöchentlich zweieinhalb Stunden Betreuung gratis in Anspruch nehmen. Auch bei den privaten Betrieben – diese Kosten werden von uns natürlich auch übernommen und belaufen sich auf 100.000 Euro im Jahr.

In Wels ist nun folgender Trend zu beobachten: Immer mehr Kinder, die früher um 12.00 Uhr abgeholt wurden, bleiben bis 13.00 Uhr im Kindergarten. Wenn die Mütter berufstätig sind, wird der Sozialtarif (eine halbe Stunde täglich oder zweieinhalb Stunden wöchentlich) verstärkt in Anspruch genommen. Zurzeit sind 75 Kinder davon betroffen. Diese zweieinhalb Stunden pro Woche kommen vielen Eltern so entgegen, dass sie keine Nachmittagsbetreuung benötigen, wenn es mit dem Arbeitgeber vereinbart wurde. Auch im Jahr 2020 wird die Stadt diese Möglichkeit den Eltern zur Verfügung stellen. Die Nachmittagsbetreuung an fünf Tagen ist tatsächlich zurück gegangen, aber mit den Varianten 3-Tage-Betreuung und 2-Tage-Betreuung sowie dem zweieinhalb Stunden Sozialtarif ist nur mehr eine Differenz von 34 Kindern in der Nachmittagsbetreuung zu früher festzustellen. Die Eltern haben einfach die Möglichkeit den Umfang der Betreuung am Nachmittag frei zu wählen. Das wird auch genutzt.

Entscheidend für mich ist aber die Tatsache, dass das Angebot der städtischen Kindergärten nicht gekürzt wurde, wie z.B. in anderen Gemeinden, in denen keine Nachmittagsbetreuung mehr zustande kommt, weil die Nachfrage zurückging. Unsere Öffnungszeiten sind lt. der schon viel zitierten AK-Untersuchung die familienfreundlichsten in ganz Oberösterreich. Wir sind viel besser als Linz.

In dem Zusammenhang lege ich die Wortspende des neuen SPÖ-Stadtparteienobmannes, wir hätten die Öffnungszeiten eingeschränkt, unter reinem Populismus ab.

Auch die Qualität der Angebote in der Kinderbetreuung hat in keiner Weise gelitten. Der Englischunterricht für Schulanfänger findet nach wie vor statt, jetzt mit drei Pädagoginnen (eine zusätzlich). Alle Aktivitäten, wie Waldtage, Bauernhoftage,

Schwimmen, Ausflüge, Teilnahme an der Kindergartenolympiade etc. werden durchgeführt. Unsere engagierten Mitarbeiterinnen lassen sich auch immer neue Angebote einfallen. Vielen Dank.

Eine Elternbefragung läuft derzeit. Wir werden sie vom Ergebnis informieren. Aber ich kann ihnen sagen, wir haben um keine Person weniger Personal als früher.

In der Sprachförderung, für die wir 46 Sprachförderer eingesetzt haben, geht viel weiter. Wenn sich die Eltern auch einbringen würden, so wie wir uns das vorstellen, wäre das Ergebnis noch besser. Leider muss man aber davon ausgehen, dass viele Eltern der Ansicht sind, in der Volksschule ist noch immer Zeit genug die deutsche Sprache zu erlernen. Das ist natürlich falsch. Ein Beispiel vom fehlenden Interesse der Eltern möchte ich ihnen nicht vorenthalten: Anfang 2018 wurden im Rahmen der Kinderbetreuung fünf niederschwellige Workshops gerade für diese Elterngruppe angeboten mit dem Titel „Schweigen ist Silber, Reden ist Gold“. Bedauerlicherweise wurde dieses großartige Angebot zum Thema Sprache und Kommunikation nicht angenommen, obwohl die Eltern persönlich eingeladen wurden.

Damit wir wissen, ob wir mit unserer frühkindlichen Sprachförderung auf dem richtigen Weg sind und was in diesem Bereich noch zu verbessern ist, wird die Sprachförderung von der Pädagogischen Hochschule Linz evaluiert. Zweimal 13.000 Euro sind dafür vorläufig im Budget vorgesehen.

Auch für die Verpflegung in den Kindergärten, Krabbelstuben und Horten ist gesorgt. Damit die rund 1.200 Portionen täglich weiterhin produziert werden können, ist im Budget für die nächsten fünf Jahre ein Gesamtbetrag von 200.000 Euro für neue Geräte und die Einrichtung in der Küche vorgesehen.

Wertvolle und ungemein wichtige Partner der Stadt sind unsere privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Verträge für die Abgangsdeckung der Privaten wurden im Jahr 2018 evaluiert und in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern neu abgeschlossen. Die neu geregelte Vorgehensweise garantiert Planungssicherheit für die Betriebe, ist transparent, gerecht und ermöglicht eine bessere Vergleichbarkeit. 3,8 bzw. 4,01 Mio. Euro sind veranschlagt. In diesem Zusammenhang möchte ich mich für die Zusammenarbeit mit den privaten Betreibern bedanken. Vom Bürgermeister wurden mir auch für Investitionen der privaten Betreiber jedes Jahr 30.000 Euro bewilligt.

Im zweiten großen Feld meines Referates – der Seniorenbetreuung – sind die Weichen im baulichen Bereich vorläufig gestellt. Große Sorgen muss man sich wie in ganz Österreich um das Pflegepersonal machen. Die Qualität der Seniorenbetreuung wird in erster Linie natürlich vom gut ausgebildeten Pflegepersonal garantiert. Daher sind qualifizierte, engagierte Mitarbeiter unbedingt erforderlich. Es wird aber immer schwerer diese zu gewinnen. Die bereits angesprochene Forderung der SPÖ-Fraktion, dass das Land einen neuen Pflegeschlüssel in den Pflegeheimen beschließen wolle, klingt nicht schlecht, geht aber nach hinten los und würde bedeuten, dass die Betten in den Heimen leer stehen müssen. Deshalb wurde dieser Antrag in den Ausschuss verwiesen, damit wir dort noch einmal über die Sinnhaftigkeit reden können.

Viele Gemeinden haben im Pflegebereich zu wenig Personal. Es ist in vielen Orten schon der Fall, dass selbst in neuen Häusern Stockwerke nicht mehr belegt werden können, weil einfach das Personal fehlt. Wir haben Gott sei Dank zurzeit noch genügend Mitarbeiter, um alle Betten belegen zu können. Personal ist natürlich nie genug und könnte immer mehr sein. Selbstverständlich! Aber jeder sollte sich einmal persönlich davon überzeugen wie unsere engagierten Mitarbeiter auch außerhalb der eigentlichen Pflege die Bewohner betreuen. Eine laufend durchgeführte Angehörigenbefragung bescheinigt uns große Zufriedenheit.

Eine wichtige Maßnahme in unseren Häusern ist z.B. die Aufnahme von Physiotherapeuten. Diese arbeiten sehr effizient und mobilisieren unsere Bewohner sehr erfolgreich. Viel erfolgreicher als die vom Krankenhaus geschickten Physiotherapeuten, denn die sind sofort wieder weg und können die Mobilisierung der Patienten, wenn sie sich gerade nicht wohl fühlen, nicht durchführen. Ein zweites Mal kommen sie nicht. Die gelungene Mobilisierung ist auch eine Entlastung für unsere Mitarbeiter. Das ist nicht zu übersehen.

Herr GR. Mag. Teubl, es stimmt natürlich nicht, dass es eine Dienstanweisung für die Einsparung von Hygieneartikeln gibt. So etwas hörte ich noch nie. Ich habe mich natürlich sofort aus erster Hand informieren lassen. Es gibt keine Dienstanweisung – aber: Auch die Kosten von Hygieneartikel werden wie alle Sachausgaben natürlich durch unser Controlling überprüft. Wenn Abweichungen bestehen, wird die Ursache eruiert. Sie können davon ausgehen, jeder Bewohner bekommt die Hygieneartikel (Windeln wie sie sagen), die er braucht. Es geht bei der Kontrolle nicht um die Anzahl der Artikel, sondern ob das richtige Produkt verwendet wird. Hier gibt es viele verschiedene Möglichkeiten, die auch eine Verbesserung für den Bewohner bedeuten.

Es ist unbestritten, gerade in der Pflege muss von Seiten des Bundes und Landes viel gemacht werden. Die Ausbildung von Pflegekräften ist zu reformieren und unbedingt zu forcieren. Ohne Pflegeoffensive wird es nicht gehen.

Das Thema dritte Demenz-WG besprach ich bereits mit dem Herrn Bürgermeister. Es ist sehr schwierig eine geeignete Immobilie zu finden, aber auch diese werden wir sicher noch einrichten können.

Nun zum Thema Generationentreffs: Wenn ich daran denke, welche Gerüchte unmittelbar nach dem Amtsantritt von Bürgermeister Dr. Rabl gestreut wurden: Die Tagesheimstätten – wie sie damals noch genannt wurden – würden zugesperrt oder zumindest reduziert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Ich bin sehr froh, dass dem Bürgermeister genauso wie mir die Senioren sehr am Herzen liegen. Das Risiko der Vereinsamung ist gerade in dieser Altersgruppe sehr groß. Wir wollen, dass auch betagte Mitbürger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und die Generationentreffs sind eine geeignete Maßnahme, um der Einsamkeit ein Schnippchen zu schlagen. Deshalb gestalteten wir die Räumlichkeiten dieser Treffs neu, wir investierten und in der Zukunft werden die Generationentreffs attraktiviert. Z.B. wurden im Vorjahr im Generationentreff Knorrstraße bauliche Veränderungen vorgenommen – der Fußboden wurde erneuert und eine neue Küche eingerichtet usw. Heuer wurde die Akustikdecke im Generationentreff Vogelweide eingebaut. Gerade für die Senioren stellt das eine große Verbesserung dar, weil eine Unterhaltung jetzt viel

leichter ist. Im kommenden Jahr sind der Generationentreffs Lichtenegg und Noitzmühle dran.

Die angebotenen Veranstaltungen in den Generationentreffs werden auch im nächsten Jahr viel Zuspruch bei den Senioren finden. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeiter in diesem Bereich für ihren Einsatz und ihre Kreativität herzlich bedanken. Die Veranstaltungen sind zum dritten Mal in einem Jahresprogramm zusammengefasst worden. Eine übersichtliche, ansprechende Broschüre ist heute mit dem Amtsblatt an alle Haushalte der Stadt Wels verteilt worden.

Abschließend möchte ich noch ein weiteres Projekt erwähnen. Im Generationenhaus, welches auf dem Areal des alten Leopold-Spitzer-Heimes errichtet wird, werden die Einbauküchen in den Seniorenwohnungen von der Stadt Wels finanziert. 150.000 Euro sind dafür vorgesehen. Ich bedanke mich auch hier sehr herzlich bei Herrn Bürgermeister, denn für uns war klar, die Senioren würden überfordert sein, wenn sie sich um den Einbau von Küchen bemühen müssen. Für mich ist die Kostenübernahme der Küchen eine sehr gute Lösung. Danke vielmals Herr Bürgermeister!

GR. Dr. Csar verlässt die Gemeinderatsitzung um 15.30 Uhr.

Vzbgm. Huber: Nach dem Rundumschlag von GR. Schäfer gegen die SPÖ-Fraktion und der Huldigung von Bgm. Dr. Andreas Rabl darf ich mit einem großen Dankeschön an die Finanzabteilung beginnen. Dir, lieber FD Dr. Hermann Barth, ein großes Dankeschön für dieses Budget. Es ist dein letztes Budget und ich kann dir jetzt schon sagen, ich weiß nicht wer den Finanzdirektor ersetzen kann. Diesen wird es nicht geben, so perfekt hast du immer deine Arbeit gemacht.

Wir hörten bereits die Eckdaten des Budgets – Top-Kennzahlen, eine niedrige Pro-Kopf-Verschuldung. Bgm. Dr. Rabl meinte, das eine oder andere Gute wird schon dabei sein, das stimmt auch, aber nicht alles ist Gold was glänzt.

Aus meinem Bereich ist wirklich begrüßenswert: Wir investieren so viel Geld wie noch nie in Parkanlagen und das freut mich für die Welser Bevölkerung, denn attraktiver Grünraum ist Lebensqualität. In Summe sind es rund 1,5 Millionen Euro. Endlich wird der Park Laahen umgesetzt ebenso wie der Park in der Fichtenstraße – zwei Großprojekte! Doch zieht man auf Sicht die Personalressourcen nicht nach, sind eine zeitnahe Umsetzung und Pflege nicht möglich! Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn wunderschöne Parks nicht entsprechend gepflegt werden können.

Im Umweltbereich gibt es wieder 25.000 Euro. Ich verstehe wirklich nicht, dass bei dieser kleinen Summe angesichts des Budgetvolumens der Stadt Wels es wieder notwendig war auf politischer Ebene darum zu feilschen.

Umweltförderungen gibt es nicht mehr. Ich gebe zu, wir stimmten damals zu, dass alle Förderungen abgesetzt werden, doch mit der Prämisse diese neu zu überdenken und entsprechend zu adaptieren. Einen Vorstoß meinerseits gab es im Ausschuss April 2017. Doch dieser ist leider gescheitert – die neuen Richtlinien für Umweltförderungen wurden im Ausschuss vom Tisch gefegt. Mit 25.000 Euro braucht man vermutlich jetzt eine

Umweltförderung nicht neu aufsetzen. Für 25 Personen würden das je 1.000 Euro ergeben.

Jetzt wird Bürgermeister Dr. Rabl gleich wieder sagen, liebe Silvia 25.000 Euro an frei verfügbaren Mitteln im Umweltbereich ist für die Referentin einzigartig. Ja, damit kann man sicher etliche tolle Aktionen setzen, wie Initiativen für eine plastikfreie Stadt, bienenfreundliche Bewusstseinsbildung usw.

Wenn ich mir aber die Wirtschaftsförderungen ansehe, dann frisst mich schon ein bisschen der Neid. Bei den Umweltförderungen, die ein wichtiger Impuls sein können für die regionale Wirtschaft, wird halt gerne das Killerargument „Mitnahmeeffekt“ verwendet. Wegen der bisserl Förderung wird sich doch keiner von der Anschaffung einer Solaranlage oder Wärmepumpe abhalten lassen. Entweder er investiert oder nicht. Das gilt anscheinend bei den Wirtschaftsförderungen nicht ganz so.

Noch dazu sagtest du Herr Bürgermeister beim Stammtisch in der Pernau: „Eigentlich braucht es keine Förderungen. Entweder ein Unternehmen investiert oder nicht. Ausschlaggebend sind die raschen Behördenverfahren.“ Das teile ich auch. Vielleicht gibt es im Wirtschaftsressort ein bisschen mehr, weil es in der Hand des Koalitionspartners liegt. Und da muss man sich halt entgegenkommen.

Koalitionstreue verstehe ich, aber grantig machte es mich, als vierzehn Tage vor der Pensionierung von Peter Ströher noch immer seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger nicht feststand. Weil es angeblich noch Wünsche seitens des Koalitionspartners in dieser Frage gab. Auf Wünsche der Referentin, die eigentlich eine Klimaleitstelle mit entsprechenden Personal- und Finanzressourcen wollte, geht man da nicht ein.

Ich verstehe es auch nicht, wenn du bei der Vollversammlung im Hause Magistrat sagst, Wissenstransfer ist unheimlich wichtig. Und dann lässt man sich bei einer Nachbesetzung von Peter Ströher, der seit 1982 in diesem Bereich tätig war, so lange Zeit. Aber Gott sei Dank seit 15. November 2019 habe ich eine neue Klimaschutzbeauftragte, Frau Ing. Birgit Wendt wird diese Rolle einnehmen. Ich glaube zwar noch immer, dass der Bedeutung des Klimawandels und der damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen zu wenig Bedeutung zugebilligt wird. Ich hoffe, dass der neuen Klimabeauftragten zumindest der Stellenwert eingeräumt wird, der in dieser Position notwendig ist. Schließlich ist es wichtig bei allen politischen Entscheidungen das Thema Klimaveränderung miteinfließen zu lassen und hier braucht es jemanden, der dies beharrlich verfolgt und auch die Möglichkeit zum Einschreiten hat.

Ein Dank an den Magistratsdirektor Dr. Franzmayr, der mir vergangene Woche die ersten Entwürfe der Evaluierung des Energieberichts zeigte. Indem er dies zur Chefsache machte und mit DI. Ingo Fellingner einen Verantwortlichen fand, der diesen abarbeitet, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir ein gutes Papier bekommen werden, mit dem wir über den Stand informiert werden und mit dem wir weiterarbeiten können. Ein großes Dankeschön!

Froh bin ich, dass wir die Internationale Klimabündniskonferenz 2020 in Wels fixieren konnten und dafür auch Geld in die Hand nehmen. Rund 20.000 Euro plus 8.000 Euro an Infrastrukturkosten. Budgetiert ist dieses Geld zwar nur zu einem Viertel in meinem Ressort - der Rest bei Bürgermeister Dr. Rabl. Es geht ja um die Sache!

Ich glaube, meinen Kollegen aus dem Stadtsenat geht es ähnlich wie mir. Für Geld für gewisse zusätzliche Aktivitäten, wie Schubertiade, Jeunesse, könnte dann mittels Kreditüberschreitung beim Bürgermeister angesucht werden. Der Herr Bürgermeister will halt gerne gefragt und gebeten werden.

Endlich gibt es auch mehr Geld für die Baumstadt Wels – 10.000 Euro in meinem Ressort. Mir ist es wichtig die Bäume in unserer Stadt klima-fit zu machen. Daher werde ich alles daran setzen dieses Projekt 2020 mit meiner Abteilung anzugehen. Die Eckpunkte des Projektes zur Erinnerung: Klärung der Frage, wie sich das Klima in Wels bis zum Jahr 2100 entwickeln wird, wie sich diese Veränderung auf die Baumstandorte auswirken wird, welche Bauweisen für Baumbeete nachhaltig sind, (Beispiel Schwammstadtprojekte), welche Substrate regional zur Verfügung stehen und welche Baumarten in Zukunft an welchen Standorten geeignet sind.

Im Frauenbereich müssen wir wieder mit 12.000 Euro Jahresbudget auskommen. Auch hier musste ich die Hälfte nachverhandeln. Eigentlich unfassbar, wenn man nur daran denkt, wir haben eine Frauenbeauftragte beschäftigt, die vielleicht nur 6.000 Euro Budget hat. Noch dazu wo du, Herr Bürgermeister, im Juli–Amtsblatt 2016 ein Plädoyer für Frauenförderung gehalten hast.

Sehr bedauere ich, dass es mir nicht gelungen ist dich vom Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zu überzeugen. Noch dazu, wo wir das Projekt erst nach Zusicherung der bis 60 % in Aussicht gestellten Fördermöglichkeiten über Fonds Gesundes Österreich, Frauenministerium und Bundesministerium für Soziales, gestartet hätten.

In Wien–Margareten läuft dieses Projekt seit Anfang des Jahres. Es geht um eine Bewusstseinskampagne, die zu mehr Zivilcourage bei häuslicher Gewalt abzielt. Ziel ist, Nachbarn und Nachbarinnen zu ermutigen sich einzumischen – etwa durch paradoxe Intervention. Leider gibt es für dieses Projekt kein Geld. Das verstehe ich einfach nicht. Bei der Fotoaktion „Meine Beziehung ist nicht immer konfliktfrei, aber sicher gewaltfrei“ warst du Herr Bürgermeister und Vzbgm. Gerhard Kroiss auch dabei. Daher denke ich mir, dass ihr das Thema als wichtig erachtet und, wie ich euch kenne, geht es euch doch nicht nur um ein Foto. Daher könnt ihr mit einer Initiative meinerseits im nächsten Jahr rechnen.

Im Gesundheitsbereich sind 10.000 Euro vorgesehen. Damit lassen sich die sehr gut angenommen Veranstaltungen, wie Aidstag, Lungenfunktionstag, Präventionspreis, Suchtkabarett, Wels bewegt usw. gerade noch durchführen. Ein bisschen mehr Geld in diesem Bereich hätte ich mir schon gewünscht. Noch dazu wenn ich sehe, dass die Generationenreferentin Margarete Josseck-Herdt für einen Gesundheitstag für Senioren 12.000 Euro erhält. An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Frauenbeauftragten Claudia Glössl und Gesundheitsbeauftragten Silvia Huemer-Doppler bedanken, die eigentlich mit wenig Geld tolle Arbeit für die Welser leisten.

Ein Dank an dieser Stelle an das Team des Gesundheitsdienstes, das sich gewissenhaft um die Gesundheit der Welser kümmert. Vielleicht ein Detail am Rande: In Wels gibt es noch immer suchterkrankte Menschen und herumliegende Spritzen - wie vor der Wahl 2015. Auch wenn die Medien nicht mehr so viel darüber berichten. Eine Zahl an dieser Stelle: Bei den Substitutionspatienten überschritten wir erstmals die 300 Personen–

Marke. Wir haben derzeit 307 Welser im Substitutionsprogramm. Vielleicht könnte sich auch die Suchtkommission unter der Federführung von Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger wieder einmal zusammenfinden. Ich glaube, es gab schon die letzten zwei Jahre keinen Termin mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es genügt nicht immer nur das Schöne in Wels aufzugreifen und zu verkaufen. Es braucht auch das Erkennen der anstehenden Herausforderungen, wie den Klimawandel, die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund und die damit verbundenen Aufgaben, die Zunahme der suchterkrankten Menschen, den Anstieg der älteren Bevölkerung in Wels und der für mich damit verbundene erforderliche Ausbau der Mobilen Dienste oder das Errichten einer dritten Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte in Wels. Schön, wenn die Idee bereits auf den Weg gebracht wurde. Das Verschweigen oder Schieben dieser Themen bringt uns nicht weiter – daher mein Appell sich mit diesen Themen wieder verstärkt auseinanderzusetzen und unsere Initiativen in diese Richtungen in den nächsten zwei Jahren zu unterstützen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die diesjährige Budgetdebatte ist ähnlich wie in den vergangenen Jahren. Wir bekommen ein Budget vorgelegt, welches eigentlich ambitionslos ist und versucht in eine Bahn zu gleiten, die keinerlei Verbesserungen der Qualität in den wesentlichen Lebensbereichen in der Stadt Wels ermöglichen wird. Was meine ich damit? Z.B. wurde bereits vom Fraktionsvorsitzenden angesprochen die Ganztagesbetreuung in der Mozartschule. Diese Schule wird umgebaut für eine Ganztagesbetreuung und zeigt uns genau, wie die Verhandlungen in der Stadt zu wichtigen Themen funktionieren.

Nach langem Hin und Her kamen wir an einem Montag zum Ergebnis, dass die Ganztagesbetreuung in der Mozartschule sein soll. Zwei Tage später nahm die FPÖ-Referentin StR. Josseck-Herdt bei einer Schulveranstaltung teil und verkündete die Wohltat des Bürgermeisters im Bereich der Ganztageschule. Nur damit man ein Gefühl über den Ablauf solcher Entscheidungen bekommt. Zuerst findet in der Politik „das dicke Brett bohren“ statt (und das Brett war sehr dick um diese Schule umzusetzen) und dann verkündet sofort eine FPÖ-Referentin im Auftrag des Herrn Bürgermeisters den Umbau der Schule, weil es wichtig ist. Das hörten wir heute auch. Das ist eine Erklärung dafür, warum wir auf der einen Seite sehr ein durchwachsenes Budget vor uns liegen sehen, aber auf der anderen Seite gibt es schon Projekte, die uns in den wesentlichen Zukunftsfragen ein Stück weiter bringen.

Die ganztägige Schulbetreuung ist mindestens so wichtig wie ein Vollausbau der Elementarpädagogik. Wenn es darum geht Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft herzustellen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, dann ist eine der Kennzahlen im Bereich der Ganztageschulen eine Betreuungsquote von 40 %. Wenn der FPÖ-Fraktionsobmann sagt, dass wir jetzt in der Neustadt eine Bedarfsabdeckung haben, dann würde ich ihm vorschlagen, er sollte einmal mit den Schuldirektorinnen, mit den Eltern aus diesem Schulsprengel reden, dann wird er etwas anderes hören. Seine auf Papier geschriebenen Worte haben mit der Lebensrealität der Familien nichts zu tun. Ein Vollausbau und ein bedarfsgerechter Ausbau der Ganztageschule wird erst dann zielführend sein, wenn wir es schaffen in jedem Stadtteil und in jedem Schultyp ein Angebot zu haben. Wir sind noch weit davon entfernt.

Ziehe ich die Mozartschule als positives Beispiel heran, dann gibt es auch eine Schattenseite. Wir haben noch immer Stadtteile, in denen es in den Volksschulen kein Angebot für Ganztageschulen gibt. Das hat die Auswirkung, dass die Volksschulen mit Ganztagesangebot fürchterlichen Druck von Eltern wegen der Aufnahme ihrer Kinder haben. Sie wissen, dass Kinder, die in diesem Sprengel wohnen, das Recht haben einen Ganztagesbetreuungsplatz zu bekommen. Reden sie mit den Verantwortlichen der Mauth-Schule über die Ganztagesschulangebote. Reden sie einmal mit den Verantwortlichen der Schule in der Innenstadt mit Ganztagesbetreuung, wieviel Eltern sie abweisen müssen, wieviel Ratlosigkeit sie bei den Eltern hinterlassen, wenn sie die Kinder nicht annehmen können.

Es ist ein Erfolg die NMS Mozartstraße jetzt umbauen zu können. Es ist aber auch Teil dieser zukunftsvergessenen Politik (welche die FPÖ gemeinsam mit der ÖVP macht) und die Koalition nicht begreift, dass die Zukunft der Stadt insgesamt nicht ein Fleckerlteppich von Investitionen ist, sondern wir zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft brauchen. Das sind Schulen und Kindergärten, weil es darum geht den Wachstum der Bevölkerung entsprechend mit diesen Einrichtungen abzudecken.

Wir diskutieren über einen Stadtteil ohne Volksschule (Wels-West). Ebenso über eine Volksschule in der Vogelweide mit Kellerklassen. Der Umbau wird immer wieder hinausgezögert. In den VS 10 und 11 Lichtenegg wird keine Ganztagesbetreuung angeboten, d.h. es gibt einen großen städtischen Bereich für Eltern mit Kindern ohne Anspruch auf einen Ganztagesplatz. Wenn ich gleichzeitig weiß, dass die Frauenerwerbsquote hoch ist, dass viele Frauen arbeiten gehen wollen, dann ist es eine vertane Chance in diesem Bereich nicht mehr auszubauen. Die Schule Wels-West wäre das Angebot gewesen dort ein Ganztagesangebot zu haben, welches uns ermöglicht in diesen Stadtteil, in diesen Sprengeln das Angebot vorzufinden.

Eine Studie soll Klarheit darüber bringen, ob es sinnvoll ist Schulen neu zu bauen, umzubauen, zu adaptieren oder vielleicht die Sprengelteilung zu verändern. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber den letzten Jahren. In den Schulen mit Ganztagesangebot gab es die § 15a-Vereinbarung Bund/Länder für unterstützende Projekte. Diese Projekte wurden von der Türkis-Blauen-Regierung eingestellt. Die § 15a-Vereinbarung gibt es nicht mehr. Deswegen fehlt nun in den Schulen eine ganz wesentliche Unterstützung. Mein Vorschlag war, dass zumindest in einigen Schwerpunktschulen nun die Projekte von der Stadt finanziert werden. Aber dafür war der Bürgermeister nicht zugänglich, obwohl ich der Meinung bin, es ist wieder ein Beispiel für das Nichtangehen wichtiger Dinge.

Der Schulbereich hat andererseits einen ständigen Sanierungsbedarf. Im Gegensatz zu den Budgets 2015 und den vorigen Jahren sind die gesamten Schulerhaltsbeiträge mehr als halbiert worden. Sie wurden von der Abteilung angemeldet, aber nicht im Budget niedergeschrieben. Die Finanzierung der Mozartschule um 1,6 Mio. Euro hörten sie bereits.

Im Kulturbereich hatten wir unterschiedliche Diskussionspunkte, z.B. ging es um den Tag der Welser Kultur, um den Stadtschreiber. Das Budget dafür wurde mit dem Bürgermeister vereinbart. Wir einigten uns zur Stärkung der Stadtbibliothek nicht nur

den Bücherbus in Betrieb zu nehmen sondern insgesamt bibliothekspädagogische Programme aufzulegen, die finanziert werden, um einen leichteren Zugang zur Elementarpädagogik und Schulen in der Bibliothek zu schaffen. Dieser Ansatz wird auch im Bereich der Archive schlagend werden. Wir wollen das Stadtarchiv stärker öffnen für Jugendliche, für Schüler, um diese vielen, im Archiv vorhandenen Dinge der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

2022 wird es sich zum 800sten Mal jähren, dass die Stadt Wels genannt wurde - Erstnennung der Stadt Wels im Mittelalter. Dazu wird es eine Publikation geben. Im Budget wird dies abgebildet – es geht nie um große Summen, aber es geht um Symbole.

Meiner Ansicht nach ist wichtig zu wissen, dass eine Investition für das Burgmuseum und das Archäologische Museum ansteht. Diese ist leider geschoben worden, es war nicht möglich Verständnis dafür zu finden. Ein Museum kann so lange „totgespart“ werden, bis jedes Argument dieses nicht zu brauchen stichhaltig ist. Hoffentlich ändert sich in Zukunft diese Meinung darüber.

Erwähnen möchte ich die Kulturzeitung „Vielfalt“. Viele wissen, diese Kulturzeitung wurde früher dem Amtsblatt beigelegt. Jetzt erscheint die Zeitung „Vielfalt“ für die Bezirke Wels und Wels-Land und ist das umfassendste gemeindeübergreifende Projekt der letzten Jahre.

Ganz besonders freut mich die Absicherung der Volkshochschulen. Wir schafften jedoch keine Absicherung der Programm- und Angebotsqualität durch ausreichende Investition. Es ist notwendig im Bereich der Vortragenden auch ein erwachsenenbildungsfähiges Personal zu haben.

Wenn wir als Stadt Wels im Bereich Schulen zukunftsfähig sein wollen, muss es uns gelingen am Weg in das Berufsleben kein einziges Kind, keinen einzigen Jugendlichen zu verlieren. Daran erinnern darf ich, dass 25 % der 15-16Jährigen lt. der letzten Pisa-Studie nicht sinnerfassend lesen können. Wir brauchen viel Anstrengung in den pädagogischen Einrichtungen, in Schulen, Kindergärten. Wir sollten gemeinsam ein Interesse haben diese Bereiche zu stärken.

Die Zentralküche wurde bereits angesprochen. Es ist fast schon ein wenig abenteuerlich wenn ich mir anhören muss, dass die Erneuerung der Markthalle durch die Regionalität auf einmal zu einer Klimamaßnahme wird. Das Gleiche aber anscheinend für eine große Zentralküche nicht gilt. Bei Einrichtung einer Zentralküche haben wir die Chance selbst auf Qualität zu achten und Mängel hintanzuhalten.

In der Unterlage der Pressekonferenz der Koalition las ich, dass zum Thema Integration noch nie so viel gemacht wurde. Wenn ich möchte könnte ich ein paar Millionen Euro aus anderen Bereichen dazuzählen. Dass Kindergärten zur Integration gezählt werden, ist meiner Ansicht nach abenteuerlich. Es betrifft hier Kinder bis zu einem Alter von 6 Jahren. Was ist mit den anderen, die zielgerichtete Maßnahmen im Integrationsbereich brauchen? Ein Beispiel möchte ich anführen, wie damit umgegangen wird: In der Unterlage steht „Vollausbau der Angebote in den Schulen zur Lernbetreuung“. Frau StR. Josseck-Herdt wird es bestätigen – wir hatten vor zwei Wochen gemeinsam einen Termin mit den Schuldirektorinnen, bei dem wir uns

anhörten, wie mit diesem Angebot umgegangen wird. Man könnte sagen es sind Einführungsschwierigkeiten, qualitativ sehr unterschiedlich von den Trägern her, aber das Wichtigste war, alle Direktorinnen sagten, sie haben viel zu wenig Angebot. Sie bräuchten viel mehr Gruppen, um die Lernbetreuung wirkungsvoll zu gestalten. Von einem Vollausbau zu reden und dieses Feedback einfach zu ignorieren, halte ich in diesem Zusammenhang für abenteuerlich. Wie es darum ging die niederschwelligen Lernwerkstätten in den Quartieren weiterzuführen, wurde auf die Verlegung in die Schulen verwiesen. Das ist aber ein ganz anderer Arbeitsansatz und dann wird er noch nicht umfassend umgesetzt.

Lobend in diesem Papier erwähnt wird noch ein zweites Beispiel, und zwar die Blockflötenspatzen. Alle erfreuten sich der Blockflötenspatzen, jeder sagte diese sind super. Sie erhielten sogar den Integrationspreis des Landes Oberösterreich. Dennoch ist in diesem Papier enthalten „wurde durch die Kooperation mit der Musikschule in eine neue Qualität geführt“. Mit dieser Kooperation wurde sie musikalisch in eine neue Qualität geführt, aber nicht im Sinne des Integrationszweckes. Es war ein niederschwelliger Zugang mit Elternarbeit, in dem es nicht nur um das Flötenspielen ging sondern auch darum bildungsferne Schichten direkt zu erreichen. Das wird dann nicht mehr sein, weil diese neue Qualität in der Musikschule sich rein auf die musikalische Ausrichtung orientiert und nicht an der Integration der Familien und Kinder.

Für uns war es keine leichte Diskussion über das Budget zu entscheiden. Persönlich war ich der Meinung, dass die umzusetzenden Projekte eine Zustimmung rechtfertigen. Wir werden sicherlich in den gesamten Themenfeldern die nächsten zwei Jahre mit Initiativanträgen arbeiten, um eventuell der Vernunft Nachdruck zu verleihen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Das vorliegende Doppelbudget definiert den wirtschaftlichen Rahmen für die Gestaltung der Stadt. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt und ihrer Lebensqualität muss ein Budgetentwurf zum einen langfristige Ziele im Auge haben und zum anderen mittelfristig den Rahmen schaffen, in dem sich alle Welsener wiederfinden. Der Vater des Deutschen Wirtschaftsbundes Ludwig Erhard hat seinen Anspruch an die Finanz- und Wirtschaftspolitik einmal sehr treffend zusammengefasst: „Unser Tun gilt nicht der Stunde, dem Tag oder dem Jahr, wir haben die Pflicht in Generationen zu denken.“

Die Reformen der letzten Jahre dienen natürlich nicht dem Selbstzweck sondern haben uns die notwendigen Spielräume für Zukunftsprojekte geschaffen. Für diesen Weitblick und die Standhaftigkeit diese Reformen auch durchzuziehen – ich weiß, das war für ihn nicht immer leicht – möchte ich unserem Bürgermeister Dr. Andreas Rabl und auch all jenen, die ihn dabei unterstützten, sehr herzlich danken. Berechenbar und verlässlich den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen schafft Vertrauen. Vertrauen ist die wohl wichtigste Ressource der Politik, um eine positive Entwicklung weiter auszubauen und zu verfolgen. Diese Ziele sollten wir stets vor Augen haben.

Die Erstellung jedes Budgets ist eine große Herausforderung. Finanzpolitik ist bekanntlich nicht nur ein spannendes Thema sondern auch ein schwieriger Bereich. Doch so herausfordernd wie jetzt war sie selten, stellen wir doch mit diesem Budget von der Kameralistik auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung

(VRV) um. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei all jenen bedanken, die unsere Ideen, Vorstellungen und Wünsche in Zahlen gefasst und dieses Rechenwerk erstellt haben. Bedanken möchte ich mich auch bei allen Welserinnen und Welsern, allen Betrieben und allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, denn wir haben ihr Geld zur Verfügung, mit dem vertrauensvoll dieses Budget erstellt wurde und mit dem wir arbeiten können. Wir Politiker sind dazu aufgefordert mit diesem Geld sorgsam umzugehen und sachpolitische Entscheidungen zu treffen. Jeder zahlt in diesen Topf ein und muss sich auch jeder in den verschiedenen Budgets wiederfinden. Die Bedürfnisse der Bewohner dieser Stadt sind so unterschiedlich und doch müssen alle das Gefühl haben, dass man ihren Vorstellungen nachgekommen ist.

Mit vielen sehr vorausschauenden Maßnahmen ist es uns gelungen – hier gilt mein besonderer Dank unserem Finanzreferenten -, dass die Stadt Wels im Jahr 2021 die Investitionen aus der laufenden Geschäftstätigkeit bereits verdienen kann. Geplant war dies erst ab dem nächsten Doppelbudget.

Der Finanzierungshaushalt spiegelt Einzahlungen und Auszahlungen wieder. Im Jahr 2020 beträgt die Summe der Einzahlungen 237 Mio. Euro, dagegen stehen Auszahlungen von 242 Mio. Euro. Das ergibt ein Minus von nicht ganz 5 Mio. Euro. Im Jahr 2021 verringert sich dieses auf 1,9 Mio. Euro. Wie können wir dann stolz auf das vorliegende Budget sein, wenn es doch ein Minus mit sich bringt? In den Auszahlungen sind Abfertigungen und Pensionsrückstellungen berücksichtigt, die bis jetzt in der Kameralistik nicht relevant waren. Allein aus der operativen Gebarung ergibt sich daher ein Überschuss von 9,7 Mio. Euro und 8,2 Mio. Euro. Die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung und der daraus resultierende niedrige Schuldenstand sowie die positive Entwicklung des Schuldendienstes und die sinkende Entwicklung des Verschuldungsgrades sind Parameter für die nachhaltige Finanzpolitik der Stadt und gewährleisten die finanzielle Stabilität für Wels.

In der sozialen Wohlfahrt und Wohnbauförderung stehen Einzahlungen von 19 Mio. Euro Auszahlungen von 55,6 Mio. Euro gegenüber. Im Bereich des Chancengleichheitsgesetzes rechnen wir mit einer Steigerung von 5,2 %. Es wurde auch in den letzten Jahren entgegen aller Behauptungen nicht eingespart. Im Jahr 2017 betrug der Abgang 30 Mio. Euro und 2018 32 Mio. Euro. Selbst die so oft und immer wieder gern zitierten Streetworker sind nicht aufwandsneutral sondern kosten der Stadt 199.000 Euro. Gekürzt wurde von der Landesrätin Gerstorfer. Wenn es der SPÖ so wichtig ist, warum lässt sie dann jegliche Zusammenarbeit missen und legt ein gutes Wort für Streetwork ein? Die Stadt Wels hat durch die Kürzungen somit jetzt das gleiche Verhältnis der Streetworker pro Jugendliche wie die Stadt Linz.

Die Spielsuchtberatung zahlt die Stadt Wels zur Gänze selbst, da das Land jegliche Förderung gestrichen hat und auch jedes Förderansuchen ablehnt. Im Bereich der Alkoholberatung hat das Land auch einen Teil der Förderung gestrichen und die anteilige Refundierung der Personalkosten für die Koordinatoren im Bereich der Chancengleichheit wurde eingestellt. Damit springt die Stadt in vielen Bereichen ein, wo uns das Land gekürzt hat. Zu behaupten die Stadt ziehe sich nur auf gesetzliche Mindeststandards zurück und gehe die sozialen Herausforderungen nicht an, entspricht weder der Wahrheit noch lasse ich mir von der SPÖ die soziale Infrastruktur unserer Stadt schlechtreden.

Die niederschwellige Kontaktpunktstelle für Drogen-Streetwork konnten wir in diesem Jahr ausbauen und für das Jahr 2020 ist eine zusätzliche Personaleinheit geplant, damit wir das Sozialpädagogische Tageswohnen ausbauen können. Eines möchte ich hier noch richtigstellen: Erst im Jahr 2019 ist es uns gelungen eine hohe Förderung für NIKADO vom Land zu bekommen.

Vielleicht noch kurz zu der Wortmeldung von Vzbgm. Silvia Huber: Die Sitzung des Suchtbeirates, der ich beiwohne, ist jedes Jahr in Linz und findet am 07. Jänner 2020 statt. Ich bin zwei- bis dreimal in dieser Angelegenheit in Linz.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat aufgrund der letzten Bedarfserhebung in den Schulen eruiert, dass vier Personaleinheiten ausreichend sind für die Schulsozialarbeit. Derzeit sieht der Dienstpostenplan drei Personaleinheiten vor und für die Jahre 2020 und 2021 sind vier geplant. Aufgrund einer Kündigung und einer Schwangerschaft sind wir wieder auf der Suche nach Sozialarbeiter für die Schulsozialarbeit.

Die vom Land geforderte Sprengleiteilung bei den Mobilien Diensten hat unsere Mitarbeiter im vergangenen Jahr vor große Herausforderungen gestellt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Frau Watzinger für ihre wirklich großartige Arbeit bedanken. Wie ich bereits im Ausschuss berichtete, können wir das Jahr 2019 nicht als Regeljahr heranziehen, da wir durch die Umstellung natürlich mehr Stunden benötigt haben. Wir zogen daher das Jahr 2018 für die Planung heran. Eine Steigerung der Stunden ist geplant dort wo Notwendigkeit besteht.

Außerdem herrscht doch wohl politischer Konsens, sollte eine Aufstockung notwendig sein, wird diese auch gewährt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Fraktion des Gemeinderates gegen die Aufstockung der Stunden bei den Mobilien Diensten stimmen wird.

Die Stadt Wels ist sich ihrer sozialen Verantwortung sehr wohl bewusst. Die Subventionen an die Vereine wurden aus den Vorjahren übernommen. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bedanken bei all jenen, die in sozialen Vereinen und Institutionen sich um Personen kümmern, die ihre Hilfe benötigen. Herzlichen Dank!

Die geplanten Investitionen im Bereich der Innenstadt betreffen hauptsächlich die Parkanlagen, die in diesem Doppelbudget ihren Niederschlag finden. Um mit der Planung für den Kaiser-Josef-Platz beginnen zu können, wurden auch hier im Budget 100.000 Euro vorgesehen. Unter Bürgermeister Dr. Koits sind natürlich auch Parkanlagen saniert worden. Das Budget betrug damals – ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, es war mein Bereich – 100.000 Euro. 2020 investieren wir über 1 Mio. Euro in Parkanlagen. Früher waren anscheinend der SPÖ die Parks nicht so wichtig.

Der Friedhof ist mit 13,6 ha die wohl größte Parkfläche in ganz Wels. In den letzten Jahren wurde sehr viel investiert in neue Wasserstellen, Sanierung der Treppen und Tore, Wand- und Pult-Urnengräber. 2020 werden wir den neu sanierten Urnengang fertigstellen, da das Thema der Feuerbestattung stetig am Wachsen ist.

Wie in jedem Budget findet nicht jeder Wunsch und jede Vorstellung ihren Platz. Doch bei all den Wünschen sollte man dabei nicht die Machbarkeit und die Realisierung der

Projekte aus den Augen verlieren. Der griechische Schriftsteller Plutarch hat zu Recht gesagt: „Ein Haushalt ist der beste worin man nichts Überflüssiges hat aber auch nichts Notwendiges entbehrt.“ Daran sollten wir uns orientieren. Wir entbehren nichts Notwendiges, sondern setzen in wichtigen Bereichen Schwerpunkte. Nachhaltiges Denken und Handeln sind die prägenden Elemente mit denen dieses Doppelbudget geschrieben wurde. Dieses Budget ist eine stabile Basis für die Zukunft. Eine in Zahlen gegossene Politik, auf die sich die Welserinnen und Welser verlassen können.

StR. Hoflehner: Als Verkehrsreferent bin ich mir sicher, dass im vorliegenden Budget 2020/2021 einiges an Potential stecken kann. Ich bin damit zufrieden. Andererseits gibt es einige Dinge, die mir zum Teil wirklich Sorge bereiten bzw. glaube ich, dass wir einen Verbesserungs- oder Änderungsbedarf haben. Ich werde mit meinen Worten versuchen in acht Punkten diese Erklärung näher zu erläutern:

Punkt 1) Es wurde im heurigen Jahr sehr oft aus unterschiedlichen Bereichen davon gesprochen, u.a. auch aus dem Bereich der Wirtschaftskammer etc., dass es in der Stadt Wels wieder einmal Zeit ist ein Gesamtverkehrskonzept zu erstellen. Gleichzeitig gibt es das Angebot des Landes Oberösterreich für Wels und für die umliegenden Gemeinden im Rahmen des Stadtregionalen Forums einen Generalverkehrsplan zu erstellen. Das sind grundsätzlich ähnliche Dinge, aber trotzdem zwei verschiedene Paar Schuhe. Das Generalverkehrskonzept Wels - Wels-Umland ist natürlich ein größerer Raster. Ich halte ihn trotzdem für sehr wesentlich, weil ich glaube, dass ein guter Teil der Dynamik, der im Mobilitätsbereich inzwischen besteht, zum Teil dem Klimawandel, zum Teil der raschen sich verändernden Formen in der Mobilität geschuldet ist. Es existiert eine wirklich tolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wels als Kernstadt und den umliegenden Gemeinden in Mobilitätsfragen. Hier haben wir eine Chance, die wir jedenfalls nutzen sollten. Wie gesagt, es ist größerer Raster. Ich werde heute mehrere Male darauf zurückkommen.

Wir gaben den Kollegen des Landes Oberösterreich, die uns dieses Konzept vorstellten mit, dass wir in der Stadt Wels eigentlich schon ein bisschen weiter sind mit den Umlandgemeinden und schickten ihnen einen Katalog unserer Wünsche und Vorstellungen. Darauf erhielten wir eine Antwort, wir werden noch weiter diskutieren.

Für die Stadt Wels hat im Auftrag des Herrn Magistratsdirektors Kollege DI. Dr. Doblhammer eine Art historische Auflistung der Verkehrskonzepte seit dem Jahr 1960 erstellt. Vorläufig wurde noch nichts abgeschlossen. Von 1964 bis zum Jahr 2018 gab es neun größere Konzeptionen und fünf Detailkonzeptionen. Die letzten größeren Konzeptionen datieren aus den Jahren 2015/2016 – Örtliches Entwicklungskonzept und stadtregionale Strategien, die im Rahmen des Stadtregionalen Forums erstellt wurden. Die beiden von mir genannten Konzepte sind allerdings strategische Anleitungen und keine ins Detail gehenden Maßnahmenkonzepte. Das wirklich aus meiner Sicht letzte umfassende Verkehrskonzept für den gesamten Bereich der Stadt Wels stammt aus den Jahren 1989 und 1990 von Knoflacher/Rinderer. Vielleicht erinnert sich jemand noch daran.

Es wäre wichtig hier aktiv zu werden. Kollege Ganzert sagte es bereits in seiner Wortmeldung, es gibt einen Ansatz im Budget, dotiert mit 30.000 Euro. Das ist so etwas wie ein Erinnerungsposten. Wer in diesem Hause schon öfter etwas mit Budgets zu tun hatte weiß, was ein Erinnerungsposten ist. Wir überlegen was gibt es für

Grundlagen, auf welchen Dingen können wir aufbauen. Als Verkehrsreferent glaube ich, dass wir hier aktiv werden sollen und müssen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass über die Jahre hinweg das Thema Öffnung der Eisenhowerstraße in beide Richtungen ein „heißes Eisen“ war. Ja oder Nein? Diese Frage wurde heuer seitens des Landes und anschließend seitens der Stadt erledigt mit einem allen bekannten Ergebnis. Wir sollten nicht vergessen, es wurde zu diesem Thema jahrelang gearbeitet.

Punkt 2) ist das Straßenbaubudget. Das Straßenbauprogramm beschließen wir traditioneller Weise am Beginn des Folgejahres. Dazu wurde ich vom Fraktionsobmann der FPÖ angesprochen. Das Straßenbauprogramm ist im Jahr 2019 abgeschlossen worden mit 3,032.600,-- Euro. In der Presseaussendung stand heute, dass wir 2,99 Mio. Euro budgetiert haben. Meine Behauptung war, es hat sich nicht erhöht. Ich weiß nicht was daran falsch wäre. Es soll wohl nicht an den 33.000,-- Euro liegen.

Der Punkt, auf den ich hinaus möchte, ist nicht so sehr, dass wir nicht sehr aktiv sind im Bereich des Straßenbaues, des Tiefbaues, also mehr oder weniger vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember aufgrund der Witterung tätig sind, sondern ich möchte einen anderen Punkt ansprechen. Sorge macht mir, dass wir viele Verkehrsflächen bauen und zu Recht darauf stolz sind, gleichzeitig aber die Aufwendungen für die Straßenerhaltung und Straßensanierung nicht im entsprechenden Ausmaß vorhanden sind. Das sage ich als Verkehrsreferent und berufe mich auf eine Auflistung, die noch Kollege Ing. Zauner-Penninger machte mit Datum 14.12.2016. Er erstellte eine Straßenerhaltungsstudie, von der ich glaube, dass es wieder einmal Wert wäre sich diese anzusehen. In dieser geht es nicht um die häufig befahrenen Straßen. Der Straßenzustandskataster wird uns für die wesentlichen und wichtigen Straßen ein sehr gutes Zeugnis ausstellen. Mir geht es um andere Straßen, wie z.B. den Kamerlweg. Wir müssen uns sehr gut überlegen was wir in Zukunft mit diesen Straßen machen wollen. Ich würde dringend darum ersuchen sich mit dieser Straßenerhaltungsstudie auseinanderzusetzen. Das werden wir im Verkehrsausschuss auch tun.

Zweitens betrifft es die Causa Bodenmarkierungen. Diese sind sehr vergänglich, je nachdem welche Qualität aufgetragen wird. Auch hier gilt, dass der Verkehrsraum (Gehwege, Radwege, Straßen, Flächen etc.) mit entsprechenden Bodenmarkierungen versehen werden soll und muss. Hierfür könnten und sollten wir ein wenig mehr investieren.

Punkt 3) ist der öffentliche Personennahverkehr. Die zwei dazu angeführten Punkte von Leo Mikesch beschäftigen sich mit dem öffentlichen Verkehr bzw. mit der Verwendung der Strafgelder. Der öffentliche Personennahverkehr ist meiner Meinung nach ganz wichtig. Diese Meinung findet sich in einer Politik, die zuvorderst von den ÖBB geführt wird. D.h. wir brauchen dringend, wenn wir Kapazitäten auf der Schiene erhöhen wollen, natürlich die Nebenverkehrslinien. Hier gibt es ein sehr gutes Beispiel - die Almtalbahn. Aber bleiben wir auf der Hauptverkehrsstrecke (der Westbahn). Es wird tatsächlich eine Steigerung nur dann gelingen, wenn zwischen Linz und Wels ein viertes Gleis gelegt wird, welches in Richtung Westen weitergehen kann. Es wurde vor allem der Salzburger Raum schon andiskutiert – das ist kein Geheimnis. Es freut mich, es ist uns gelungen bei der ARGE Almtalbahn auch als Stadt Wels vertreten zu sein.

Das Ergebnis wird kommenden Freitag in Pettenbach vorgestellt. Bedanken möchte ich mich bei StR. Lehner und dem Herrn Bürgermeister, die davon überzeugt werden konnten, dass wir dort zwar keine wirklich hervorragende Rolle spielen können, aber eine Rolle, die letztendlich vom Landesverkehrsreferenten und in der Folge in der Erhaltung und in der Modernisierung der Almtalbahn eine Rolle spielen kann. Dazu bin ich sehr zuversichtlich und es ist für mich ein gutes Beispiel dafür, wie durch ein gemeinsames Zusammenarbeiten trotz großer Widerstände letztendlich eine zukunftsträchtige Perspektive erhalten werden kann.

Betreffend Busse in der Region komme ich zurück auf den Generalverkehrsplan. Es wurde in den Medien eine Untersuchung zitiert, wie die Umlandgemeinden den öffentlichen Personennahverkehr (Busverkehr) bewerten. Dort ist noch Luft nach oben. Wir können in dieser Frage sehr gut mit den Gemeinden kooperieren. Die Problematik liegt darin, dass es unterschiedliche Systematiken gibt, die vereinheitlicht werden müssen. Die Statutarstädte und die Umlandgemeinden haben je ein Bus-System konzipiert, es gibt den Verkehrsverbund, unterschiedliche Tarifsysteme, unterschiedliche Fahrkarten usw. Das gehört harmonisiert und letztendlich sozialen Kriterien unterworfen. Darauf werden wir noch ein bisschen warten müssen.

In der Stadt Wels gibt es nach der Neuausschreibung mit der Wels Linien GmbH einen sehr guten Partner. Einen Partner, der sich entwickeln möchte, der in einer Pressekonferenz mitteilte, dass er den Fahrgastverkehr um 25 % steigern möchte. Es gibt in Wels das sog. Umweltticket. Wenn es ab 1. Jänner 2020 € 260,- kosten wird, kann man sich ausrechnen, wieviel die Stadt Wels monatlich dazu beitragen wird. Fährt man täglich mit diesem Umweltticket, ist das ein wirklich guter Preis. Gemeinsam mit der Wels Linien GmbH haben wir in Wels, was die Qualität angeht oder die Verbesserung der Haltestellen, wirklich sehr viel getan.

Auch das Thema Busdrehzscheibe wurde schon oft diskutiert. Wir beschlossen der Standort für diese Busdrehzscheibe bleibt auf dem Kaiser-Josef-Platz.

Punkt 4) Radverkehr: Im investiven Budget ist es leicht nachzuvollziehen. Es gibt eine eigene Rubrik – Radwege, Brücken, etc. Dort wurden sehr viele Beispiele aufgelistet, mit mindestens fast ebenso vielen Nullen. Das wäre die negative Seite der Medaille. Die positive Seite der Medaille ist, dass wir im letzten Jahr im Zuge des IWB-Projektes einen Gesamtplan entwickelt haben mit 40 Maßnahmen, die zum Lückenschluss im Radverkehr in Wels notwendig sind - nach einer bestimmten Dringlichkeit und Machbarkeit geordnet. Im heurigen Jahr wurden fünf dieser Maßnahmen verwirklicht. Vier aus diesem IWB-Projekt und die Verlängerung des Radweges vom Kreisverkehr Oberfeldstraße/Wallerer Straße zum Florianiweg. Diese Investition macht ungefähr eine halbe Million Euro aus. Auch in den Jahren 2020/2021 wird eine Investition von ca. 500.000 Euro getätigt. Wir haben den festen Willen diese Projekte umzusetzen.

Wir versuchen im Radverkehr 12 Projekte umzusetzen, die dringend und machbar bis 2021 sind. Ob wir alle bis 2022 fertigstellen können, kann ich nicht versprechen, aber wir werden uns bemühen.

Mit dem IWB-Projekt entwickelten wir uns gerade im Bereich des Radverkehrs weiter. Wir beschlossen Radleitlinien, die aus 15 Punkten bestehen. Ebenso wurde mit den

Umlandgemeinden die Oberösterreichische Radmodellregion etabliert. Das dauert noch vier Jahre.

Besonders am Herzen liegt mir das Thema Sicherheit auf den Verkehrswegen. Dazu gibt es aus meiner Sicht eine exemplarisch gute Kooperation zwischen den Referenten Kroiß, Lehner und mir, weil die Zuständigkeiten dafür gebündelt sind. Wir bemühen uns dieses Thema, das ja leider relativ aktuell ist (nicht nur in Wels), gemeinsam mit dem Kollegen Weidinger als Verkehrsreferent der Welser Bundespolizeidirektion dementsprechend anzugehen. Es gibt mehrere Ebenen, z.B. die Ebene der Elektrik (Kollege Lehner), Kollege Kroiß ist Experte in der Sache selbst aufgrund seines Berufes und als Sicherheitsreferent. Bei mir liegen die baulichen Maßnahmen bis hin zur Beschilderung und das Aufbringen von Piktogrammen etc.

Ein Spezialbereich des Verkehrssicherheitsthemas ist die Schulwegsicherung. Im Moment sind wir dabei bei den Pflichtschulen eine Umfeld-Erkundung zu machen, auch wieder mit Experten der Polizei und unseren Experten, um ergänzend zu schauen, was notwendig ist. Die Verkehre verändern sich in diesem Bereich zum Teil stark. Bei der VS 8, VS 9 bzw. VS 6 wurden bereits Maßnahmen gesetzt. Wir möchten das für alle Pflichtschulen rasch und umgehend durchführen. Das ist im Sinne der Welser.

Das Thema Lärm fällt unter den Begriff Schutzgüter. Kollege Mag. Sönser erarbeitete dazu ein Projekt. Die ASFINAG wird im Bereich der Stadtautobahnen massiv Mittel in den Lärmschutz investieren. Auf Dauer wird uns nicht erspart bleiben uns intensiver mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Es ist sehr mutig von uns allen und steht uns als Stadtpolitiker gut an uns mit der „Never Ending Story“ Kaiser-Josef-Platz zur Erreichung einer Lösung zu beschäftigen. Es gab einige Vorarbeiten. Erinnern darf ich an die Arbeit und die Ergebnisse des Bürgerrates, auf die man sehr gut aufbauen kann. Im Budget sind für die Planung bereits Mittel vorgesehen. Ich höre wöchentlich andere Überlegungen – irgendwann einmal müssen wir uns zusammensetzen und versuchen diese vielen Überlegungen zu einem Ergebnis zu bringen.

Danke für die Aufmerksamkeit. Es gibt nicht oft Gelegenheit für einen Verkehrsreferenten sich so auszubreiten. In diesem Budget steckt sehr viel Potential und ich rechne mit der Unterstützung der Fraktionen. Den Mitgliedern des Verkehrsausschusses verlange ich sehr viel ab, aber umgekehrt ist es genauso. Wir diskutieren im Ausschuss sehr viel und sehr lange – so soll es auch sein. Danke für die tolle Mitarbeit. Ein Dank an den Herrn Baudirektor stellvertretend für alle Mitarbeiter, die in meinem Bereich arbeiten, für die Arbeit und für die Vorbereitung. Ich sehe wirklich sehr positiv in das kommende Jahr. Mein Dank gilt auch den Gemeinderatsmitgliedern für die positiven Beschlüsse in meinem Bereich.

StR. Lehner: Nach den Detailausführungen meiner Vorredner ist es Zeit die Flughöhe etwas zu verändern und damit auch die Reisegeschwindigkeit zu verringern. Mir ist wichtig vom Detail wieder auf das große Gesamtbild zu kommen.

Beschließen wir heute dieses Budget, dann ist es wie der Bürgermeister sagte ein Kompromiss, ein Finden der richtigen Prioritäten in den einzelnen Referaten. Jeder

Referent hat unglaublich viele Wünsche, da nehme ich mich nicht aus. Wenn ich denke an die Themen Stadtentwicklung, Straßenbeleuchtung, Marktwesen, da wurden durchaus ambitioniert von mir Mittel angemeldet, genauso wie ich es in den anderen Referaten erlebte. Auch von den Kollegen wurde intensiv angemeldet im Wissen, dass wir in der Stadt sehr viel bewegen möchten, dass wir uns als Koalition darauf verschrieben haben in Wels Dinge zu ermöglichen und etwas weiterzubringen.

Die budgetären Möglichkeiten bringen es aber mit sich, dass man Kompromisse fassen muss - so ist es auch in meinem Referat. Es ist nicht so wie Frau Vizebürgermeister Huber meinte, dass ich unendliche Mittel für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung habe. Nein, auch in diesem Bereich musste ich in den letzten Jahren schon Federn lassen und gibt es entsprechende Einschränkungen. Aber für jeden Referenten ist es wichtig die entscheidenden Prioritäten zu setzen. Der Markt ist auf meiner Prioritätenliste ganz weit oben, ebenso wie das Thema Wirtschaftsförderung. Wenn es uns gelingt in Wels mit 31.12.2019 mit einem Vermietungsgrad von 96,41 % in der Innenstadt wieder abzuschließen und damit österreichweit im Leerstands-Thema und Vermietungsgrad an der Spitze zu liegen, dann ist es eine Frage der Prioritätensetzung. Ich bin froh über die gelungene gemeinsame Prioritätensetzung, wir die uns wichtigen Dinge zwar nicht zu 100 % erreichen aber in der Richtung sehr gut unterwegs sind als Stadtkoalition gemeinsam mit dem Gemeinderat der Stadt Wels. Dieser beschließt die Prioritäten schlussendlich gemeinsam, fast immer einstimmig oder mit großer Mehrheit.

Wichtig ist für mich Dank zu sagen einerseits an die Betriebe, die mittlerweile fast 45 Mio. Euro Kommunalsteuer an diese Stadt abliefern. Aber es sind auch die städtischen Betriebe, die entsprechende Tantiemen und Gewinne abliefern. Das ist die eww ag, die uns entsprechend mit Geld versorgt, aber auch die WBA, die in meinem Bereich liegt und wo jährlich 500.000 Euro Gewinn erwartet werden. Das trotz einer Vorgabe, wenn wir in Wels Betriebe ansiedeln, wir uns pro Hektar auch 60 Mitarbeiter wünschen. D.h. wir agieren hier doppelt am Markt. Einerseits sind wir im Wettbewerb mit anderen Immobilienentwicklern, andererseits haben wir starke und strenge Ziele. Diese geben wir als Stadt vor, um die Beschäftigung in der Stadt voranzutreiben, um Mitarbeiter zu bekommen und damit wieder Kommunalsteuer für die nächsten Jahre zu lukrieren. Das sind die Budgets der Zukunft, die wir brauchen. Es sind nicht die Schulden (über die Verständigung darüber keine Schulden aufzunehmen, bin ich sehr froh) sondern dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld ordentlich und sorgsam haushalten und wirtschaften. Schulden sind das Kapital der nächsten Generation – das wollen wir in Wels nicht. Wir wollen für die Jugendlichen, für die Kinder in Wels bestmögliche Voraussetzungen schaffen. Denke ich an die gemeinsamen Projekte mit StR. Margarete Josseck-Herdt, dann bin ich sehr froh, dass wir auch da die richtigen Prioritäten setzen und uns in der Stadt Wels entsprechend gut weiterentwickeln.

Ich freue mich, wenn die großen Parteien diesem Budget heute zustimmen werden und damit diesen gemeinsamen Weg voranschreiten die nächsten zwei Jahre. Auch das ist wichtig noch einmal zu erwähnen, wir reden ja von einem Zweijahresbudget. D.h. wir nehmen jetzt auch viele Möglichkeiten der verbalen Auseinandersetzung schon weg, denn Vorwahlzeiten sind oft Zeiten der politischen Unvernunft. Wenn es uns gelingt jetzt schon den richtigen Rahmen zu definieren, dass wir die nächsten Jahre auch ordentlich haushalten und ein geordnetes Budget 2021 übergeben, ist das sehr gut und zweckmäßig.

Danke an alle, die einen Steuerbeitrag für dieses Budget leisten und ein Dank an alle, die heute mitstimmen und damit den nächsten zwei Jahren einen geordneten Rahmen geben, den wir natürlich in vielen Punkten dort und da wieder verändern werden, denn genau und speziell bei Investitionen heißt es zu reagieren. Denke ich an meinen Bereich, alleine bei den Holzmasten für die Straßenbeleuchtung wissen wir schon jetzt, dass die Erstellung des Katasters und die Überprüfung dieser Holzmasten ergeben hat, dass wir in den nächsten Jahren zusätzliche Budgetmittel brauchen werden. D.h. wir brauchen in den nächsten Jahren entsprechende Flexibilität und ein demokratisches Verhalten, um die notwendigen Mittel dafür freizugeben und die Stadt aufrecht zu erhalten.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Am Beginn meiner Budgetrede möchte ich eine bewusste Falschmeldung der SPÖ korrigieren. Wenn die SPÖ behauptet, dass Integrationsmaßnahmen massiv reduziert, Integrationsprojekte eingestellt wurden und keine Integrationsarbeit mehr möglich ist, ist das schlichtweg falsch. Liebe Kollegen der SPÖ, die Integrationsarbeit funktioniert besser denn je, weil wir uns auf die Kernthemen, das Erlernen der deutschen Sprache, die Vermittlung von Werten und auf das Zusammenleben konzentrieren. Gerade bei den Integrationsprojekten erfolgte eine qualitative und quantitative Aufwertung. Dazu ein kurzer Faktencheck: Vorwurf der SPÖ Einstellung der Aufgabenbetreuung – falsch! Richtig ist, die Aufgabenbetreuung wurde ausgeweitet. Vorwurf der SPÖ Blockflötenspatzenprojekt wurde eingestellt – falsch! Richtig ist, das Projekt „I-Musikanti“ - elementare Musikerziehung findet in Kooperation mit der Landesmusikschule seine Fortsetzung. Wenn Kollege Reindl-Schwaighofer sagt, dort wird die Integration nicht mehr gelebt, dann stimmt das nicht. Vorwurf der SPÖ – Sprachwerkstatt für Frauen wurde eingestellt – falsch! Richtig ist, die Sprachwerkstatt für Frauen wird nach wie vor im Quartier Gartenstadt angeboten.

Wenn von der SPÖ zusätzlich kritisiert wird, dass in den nächsten beiden Jahren nur 89.000 Euro für Integrationsmaßnahmen vorgesehen sind, dann ist das schlichtweg falsch. Richtig ist, neben den in der Deckungsklasse Integration vorgesehenen 89.000 Euro sind noch zusätzliche 108.000 Euro für sonstige Leistungen im Integrationsbereich vorgesehen. Zusätzlich – insgesamt betrachtet – geben wir sicher mehr als 1 Mio. Euro aus für Integrationsmaßnahmen. Die SPÖ übersieht bewusst, gerade der Integrationsbereich ist ein Schnittstellenbereich. Zusätzlich wird eine Vielzahl von Projekten bereichsübergreifend abgewickelt.

Auszugsweise möchte ich die Sprachförderung in den Kindergärten nennen. Bei dieser Gelegenheit darf ich mich nochmals ganz besonders bei der zuständigen Referentin StR. Margarete Josseck-Herdt für ihr Engagement bedanken. Gerade die Sprachförderung ist ein wichtiger Aspekt in den Kindergärten zum Erlernen der deutschen Sprache und ein wesentlicher Aspekt, damit Kinder in weiterer Folge dem Regelunterricht in der Volksschule folgen können. Auch darf ich die Einzugsbegleitung und die Mediation im Wohnbereich, wo die Regel und Pflichten im Zusammenleben vermitteln werden, anführen.

Erwähnen möchte ich das Fest der Kulturen, bei dem sich eine erfolgreiche Integrationsarbeit zeigt, mit gemeinsamem Tanz, Gesang, Kochen und Feiern. Übersehen wird auch ganz bewusst jener Bereich, wo die Integration am besten funktioniert – nämlich im Sportbereich. Liebe Kollegen der SPÖ, ihre Aussagen zeigen, dass sie einfach bewusst mit falschen Zahlen agieren, nur um die gute Integrationsarbeit madig zu machen. Diese Integrationsarbeit werden wir auch in Zukunft nach dem Motto „Fordern und Fördern“ fortsetzen.

Natürlich müssen wir beim Thema Integration aufpassen, dass sich keine Parallelgesellschaften entwickeln. Wir müssen darauf schauen die Frauen noch mehr zu erreichen, damit auch zu Hause deutsch mit den Kindern gesprochen wird. Wir müssen darauf schauen, dass sie nach unseren Werte- und Rechtsvorstellungen leben. Da ist durchaus auch die Polizei gefordert. D.h. es liegt noch sehr viel Arbeit vor uns, das wissen wir.

Hätten wir die Willkommenspolitik der SPÖ fortgesetzt, wäre der Anstieg des Ausländeranteils noch wesentlich höher. Nur durch die konsequente Verhinderung des Asylverfahrens konnte einer noch stärkeren Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen entgegengewirkt werden. Spannend finde ich in diesem Zusammenhang die Verknüpfung der SPÖ von zu vielen Ausländern auf Kosten der Sicherheit – eine für die SPÖ fast radikale Aussage, die ich so mit Sicherheit nicht erwartet hätte. Anscheinend haben sie die Zeichen der Zeit erkannt.

Sind wir nun beim Thema Sicherheit, liebe Kollegen, dann kann ich sie beruhigen. Uns liegt die Sicherheit der Welscher Bürger sehr am Herzen, weil wir wissen in einer sicheren Stadt fühlt man sich wohl. In der letzten Zeit wurde sehr viel unternommen, um unsere Stadt sicherer zu machen, um das berühmte Sicherheitsgefühl der Welscher Bevölkerung zu steigern.

Persönlich sind für mich drei Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in unserer Stadt maßgeblich: Erstens, es ist uns gemeinsam gelungen eine Polizeischule in Wels zu bekommen. Eine Polizeischule anstelle eines Asylverfahrens, wo im Endausbau 450 Polizisten ausgebildet werden. Die Polizisten werden natürlich auch mit Blaulichtfahrzeugen in Wels unterwegs sein und so das subjektive Sicherheitsgefühl in Wels heben. Zweitens, ein Teil dieser Schüler wird in der Zukunft in der Magazinstraße untergebracht. Diese Polizeischüler werden in unserer Stadt unterwegs sein, was zu einer zusätzlichen Belebung des städtischen Lebens und natürlich auch der Wirtschaft führen wird. Drittens übersiedelten wir die Polizeiinspektion Innere Stadt von der Roseggerstraße auf den Kaiser-Josef-Platz, womit diese mitten im Stadtzentrum präsent etabliert ist. Diese Polizeiinspektion ist wesentlich größer und der Personalstand kann somit aufgestockt werden. Das ist auch dringend notwendig, damit wir mehr Polizisten auf die Straßen bringen.

In diesem Zusammenhang ein großes Dankeschön an alle Polizisten in Wels, die täglich für mehr Sicherheit in unserer Stadt sorgen und oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit stehen. Wir werden uns weiterhin für mehr Polizisten in Wels einsetzen.

Als technische Unterstützung installierten wir bereits vor längerer Zeit zur Aufklärung von Straftaten und zur Prävention in der Innenstadt Videokameras, wodurch die Aufklärungsquote stark gestiegen ist. Die Kameras sind sehr hilfreiche Instrumente,

um gewisse Szenarien zu beobachten. Die Rückmeldung aus der Bevölkerung zeigt uns ja, dass sich die Personen in diesem Bereich auch sicherer fühlen.

Wenn wir schon beim Thema Sicherheit sind, möchte ich die Ordnungswache unbedingt miteinschließen. Diese ist seit 10 Jahren im Einsatz und absolvierte rund 26.000 Einsätze. Durch ihre Präsenz im öffentlichen Bereich sorgt die Ordnungswache für mehr Sicherheit in unserer Stadt. Um auch hier die Polizei weiter zu entlasten, muss die Ordnungswache mehr Kompetenzen erhalten. Wir sind dabei gerade im Bereich des Abfallwirtschaftsgesetzes Kompetenzen zu beantragen, weil die Müllsünder uns durchaus Probleme bereiten.

Ein wesentlicher Beitrag für mehr Sicherheit in unserer Stadt ist aber auch die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Behörden. Wir reagieren gemeinsam sehr rasch, wenn es Probleme im öffentlichen Bereich oder um untragbare Zustände in Lokalen geht. Zu Letzteren reagieren wir mit scharfen Konsequenzen.

Viele dieser Maßnahmen spiegeln sich in der Kriminalitätsstatistik wieder, wo wir 2018 einen historischen Tiefstand verzeichnen konnten. Wir verzeichnen einen Rückgang der Straftaten von 4 %, gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote um 2,8 %. Bezeichnend ist hier ein Vergleich mit der Landeshauptstadt Linz. Linz hat dreimal mehr Einwohner als Wels, aber viermal mehr Straftaten. Wir sind auf einem guten Weg was die Sicherheit betrifft, aber jede Straftat ist eine zu viel. Die Statistik ist eine Sache, das subjektive Sicherheitsgefühl natürlich eine andere. Wir sind verpflichtet in Zukunft alles zu unternehmen, um unsere Stadt noch sicherer zu machen.

Gerade im Bereich der Drogenkriminalistik ist die Polizei gefordert das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen und sich diesen noch stärker anzunehmen. Aber auch die Verkehrsüberwachung ist ein wichtiger Bestandteil der polizeilichen Tätigkeit. Ich möchte dem Kollegen Andreas Weidinger in seiner Funktion als Verkehrsreferent der Polizei Wels für seinen Einsatz, gerade was das Thema der Raserei betrifft, danken. Dieses Thema ist ihm äußerst wichtig. Mittlerweile gibt es von manchen Personen Beschwerden, weil die Polizei zu viel kontrolliert. Wir sind uns alle einig, zu viel kann es nicht sein. Positiver Nebeneffekt ist, ein Teil dieser Strafgebühren (Raser werden durchaus kräftig zur Kassa gebeten) kommt der Stadt Wels zugute. Das ist aber noch lange kein Grund das Geld mit vollen Händen auszugeben. Sparen – wie bereits vom Bürgermeister erwähnt – ist nicht nur das Gebot der Stunde sondern liegt auch im Interesse der Steuerzahler. Es liegt an uns sparsam und wirtschaftlich zugleich zu sein.

Einig sind wir uns darüber bei allem Spargedanken auch investieren zu müssen. Besonders sind in meinem Bereich die Substanzerhaltung und die Sanierung wichtig. Wir müssen abwägen was ist wirtschaftlich besser – teuer sanieren oder neu bauen? Nun sind wir beim Sprungturm im Welldorado, wo eine wirtschaftliche Sanierung nicht mehr vertretbar gewesen wäre. Also haben wir uns heuer noch für diesen Neubau entschieden. Ich möchte mich bei allen Kollegen des Gemeinderates sehr herzlich bedanken, weil sich alle Fraktionen einig waren, dass trotz Spargedanken eine Stadt in einer Größenordnung von Wels mit einem wirklich so schönen Freibad, kein Sprungturm undenkbar wäre. Gerade für viele Kinder und Jugendliche ist der erste Sprung vom 10 m-Turm eine Herausforderung, die man nicht so schnell vergisst.

Nicht nur der Sprungturm hat seine besten Jahre hinter sich, auch große Teile des Welldorado-Innenbereiches müssen saniert werden. Ebenso werden wir in den nächsten Jahren überprüfen müssen welche Großsanierungen in diesem Bereich heranstehen.

Gleiches gilt für die Ersatzbeschaffung im Bereich Feuerwehr. Die Fahrzeuge werden natürlich bestmöglich von den Mitarbeitern gewartet. Wenn es keine Ersatzteile mehr gibt, kann auch das bestgewartete Fahrzeug durch den engagiertesten Mechaniker nicht mehr zum Laufen gebracht werden. Würde man hier sparen, würde man an der Sicherheit der Welser Bevölkerung sparen. So werden natürlich auch hier die notwendigen Budgetmittel zur Verfügung gestellt.

Ein Gebäude, wo eine Sanierung nicht mehr sinnvoll wäre, ist die Feuerwache Pernau. Es entspricht nicht mehr dem heutigen Standard einer Feuerwache. Im engen Zusammenhang steht damit die Verlegung des Bootshauses an der Traun. Die neue Feuerwache Pernau könnte dieses Bootshaus integrieren. Damit wäre der Weg frei für die gastronomische Nachnutzung des bestehenden Bootshauses an der Traun. Dieser Bereich würde dann noch mehr attraktiviert werden.

In diesem Zusammenhang ein großes Dankeschön an den Feuerwehrkommandanten Ing. Franz Humer, der uns mit Rat und Tat zur Seite und von Beginn an bei dem Projekt Feuerwache Pernau Neu hinter uns stand.

Ein weiteres Gebäude, in welches wir investieren müssen, ist die Welser Stadthalle. Neben der Tonanlage und der Bühnentechnik muss u.a. die Gebäudehülle (Dach oder Steinfassade) saniert werden. Hier sind im Budget von Bürgermeister Dr. Andreas Rabl und in meinem entsprechende Mittel vorgesehen. Die Stadthalle ist als Veranstaltungsstätte sehr beliebt (2018 kamen 48.000 Besucher bei 175 Belegtagen). Daher ist hier wirklich jede Investition mehr als gerechtfertigt.

Es freut mich neben diesen Sanierungen und Investitionen auch unser Sportangebot zu erweitern. Wir werden im Bereich der Kunsteisbahn, bei der Wiese im Bereich des Welldorado, eine Pumptrackanlage errichten. Das ist eine speziell geschaffene Mountainbike-Strecke, die derzeit sehr beliebt ist.

Dass Sport eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung ist, wissen wir alle. Sport ist gesund. Genauso wichtig ist gerade bei Kindern und Jugendlichen, die in Vereinen aktiv sind, die soziale Kompetenz und die Integration, die dort am besten funktioniert. Der Spruch „Integration durch Sport“ hat heute mehr denn je seine Bedeutung. In Wels haben wir sehr viele Sportler, viele Spitzensportler mit Migrationshintergrund, die wiederum großes Vorbild für viele andere Sportler sind.

In Wels besteht eine lebendige und aktive Sportvereinslandschaft, in der nahezu alle Sportarten ausgeübt werden können. Einerseits wird Sport ausgeübt, andererseits wird sehr viel Wert auf die soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gelegt. Es wird die Integration gelebt und gelehrt. Ein großer Dank geht an die vielen Ehrenamtlichen in den Sportvereinen, die eine hervorragende Arbeit leisten und Bewegung in die Integration bringen. Es ist notwendig in Zukunft unseren Sportvereinen zur Aufrechterhaltung des Sportbetriebes und zur Erhaltung der Sportanlagen und Sportheime die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bin froh,

dass ich mit Bürgermeister und Finanzreferent Dr. Rabl einer Meinung bin: Jeder Euro, den wir in Sportvereine investieren, kommt mehrfach zurück.

Großes Anliegen ist mir auch der Umgang mit jenen Jugendlichen, die in Sportvereinen oder anderen Vereinen nicht so aktiv sind, die unser Sport- und Freizeitangebot – aus welchen Gründen auch immer – nicht anspricht. Unsere Jugendbetreuer in den verschiedensten Jugendtreffs sind sehr aktiv, um eine Beziehung mit ihren Jugendlichen aufzubauen. Dieses Aufbauen eines Vertrauensverhältnisses ist wichtig, um weitere gemeinsame Aktivitäten zu setzen. Wir werden 2020 sehr viele Aktivitäten durchführen und Kinder und Jugendliche auf ihrem oft steinigen Weg zum Erwachsenwerden unterstützen.

Besonders freue ich mich wieder auf das Projekt „Du und deine Stadt“, wo Schüler der 8. Schulstufe verschiedenste Einrichtungen der Stadt kennenlernen und wo es abschließend immer eine sehr anregende Diskussion gibt. Die Schüler bringen unkompliziert ihre Vorschläge und Ideen ein. Manche dieser Ideen wurde auch umgesetzt, z.B. die Skaterhalle im Messegelände oder der Beachvolleyplatz im Welldorado.

Wenn nun lt. Messemasterplan die Skaterhalle weichen muss, dann werde ich mich natürlich um eine geeignete Ersatzfläche kümmern. Die Skaterhalle ist bei den Jugendlichen sehr beliebt.

Es freut mich ganz besonders, dass der neu errichtete Jugendtreff in der Noitzmühle sehr gut angenommen wird. Mit dem Welser Jugendrat – ein zartes Pflänzchen, das sehr langsam wächst – haben sich Jugendliche gefunden, die gemeinsam etwas in ihrem Stadtteil unternehmen wollen. Mein Dank gilt allen Jugendbetreuern, die sich engagiert um ihre Schützlinge kümmern und sie bei einem Teil des Erwachsenwerdens begleiten und unterstützen.

Ich bedanke mich auch bei allen Mitarbeitern für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Budgets, bei allen Mitgliedern für die Zustimmung, weil man als Referent die Zustimmung zum Budget als Arbeitsauftrag für die kommenden Jahre sieht.

GR. Mag. Simunovic: Der Schuldenabbau bei der Hochkonjunktur ist ein löbliches Ziel und findet meine Zustimmung. Die flotten Sprüche und verwendeten Superlative betrachte ich als Showeinlage zur Bewältigung der Problemfelder. In der Tat wurde ein konservatives, etwas populistisches Budget erstellt und vorgestellt. Schade, dass der Finanzreferent nicht die Gunst der Stunde nutzte und ein Gestaltungsbudget mit noch mehr wichtigen Themen erstellte. Jetzt wäre es verlockend über die Digitalisierung in der Kinderbetreuung oder ein modernes Schulsystem zu reden. Das tue ich nicht, weil mich die Sozialdemokratische Fraktion zum Integrations Sprecher ernannte und ich auf einige wichtige Herausforderungen in diesem Bereich hinweisen möchte.

Lt. Wohnerevidenz ist die Anzahl der in Wels lebenden Ausländer in den vergangenen vier Jahren von 15.419 auf 19.237 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 5 % und viele von den neu Zugewanderten kommen aus Afghanistan, Iran, Irak und Syrien. Das sind Menschen mit fremdem kulturellem Hintergrund. Lieber Integrationsreferent, ich fand im Budget nur, dass für die nächsten zwei Jahre jeweils 89.000 Euro für Integrationsmaßnahmen vorgesehen sind. Große Sprünge wird man

mit diesem Budget nicht machen können. Dadurch ist die Gefahr sehr groß, dass die neuen Welser Bürger die Zuflucht in ideologische und religiöse Vereine suchen und finden. Weil ohne Heimat und ohne Zugehörigkeit kann der Mensch einfach nicht leben.

Ich habe mir einige Gemeinderatsprotokolle aus der Vergangenheit angesehen und konnte feststellen, dass in der Vergangenheit die Bürgermeisterpartei für die Zuwanderung und Ausländerpolitik immer beschuldigt und kritisiert wurde. So eine große Baustelle wie jetzt war die Integration in Wels schon lange nicht. Das ist die Verantwortung der Bürgermeisterpartei, das ist die Verantwortung der regierenden Koalition. 19.237 Ausländer leben in Wels, das ist fast jeder dritte Bewohner. Würden wir die Eingebürgerten der letzten 10 oder 20 Jahren dazuzählen, dann sieht es noch einmal anders aus.

Die Stadtregierung ist gut beraten das Integrationsbudget und die Integrationsmaßnahmen neu zu überdenken. Die Integration der neu Zugewanderten soll als wichtige Aufgabe wahrgenommen werden. Dabei dürfen die traditionellen Zuwandergruppen nicht vergessen werden. Ich bin tief davon überzeugt, die Stadt Wels braucht ein überparteiliches Integrationskonzept begründet auf wissenschaftlichen Grundlagen. Ein Konzept, das uns in die Zukunft führt. Anstatt über Heimatverlust oder Heimatstadtverlust zu jammern und zu klagen, reden wir lieber über Heimatfindung und Heimatgewinnung. Das ist die Lösung für die Zukunft, das ist die beste Verhinderung des Heimatverlustes.

Lieber Integrationsreferent, über diese Art des Budgets würde ich mich gerne einmal unterhalten, weil eines ist sicher: „Fordern und Fördern“ – das ist der Punkt, den ich bestimmt teile, nur soll ganz klar überlegt werden wie das am besten zu machen ist.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. MMag. Rumersdorfer: Was sie hier sehen ist erneut ein Sparbudget, hier wird gespart bei den Frauen, der Integration und der Umwelt, also an unserer Zukunft. Das ist keine Angst- und Panikmache, auch kein Horrormärchen. Es liegt in der Natur der Sache und der unterschiedlichen Weltanschauung, dass wir GRÜNE das Budget anders verteilen würden. Ja, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, sagte vorhin Bürgermeister Dr. Rabl. Ja, es ist definitiv in Zahlen gegossene konservative Politik, die hier vorgelegt wird.

Lassen sie es mich ein bisschen erläutern: Ich freue mich natürlich über den Bau des Kindergartens in der Pernau. Er ist längst überfällig, wir bräuchten noch mehr Plätze in der Kleinstkinderbetreuung. Aber auch hier bin ich sehr zuversichtlich, das bis 2021 zu schaffen.

Über einige Investitionen bin ich sehr froh, vor allem darüber, dass endlich das Gutachten für die „Baumstadt Wels“ in Auftrag gegeben werden kann. Ich hoffe jetzt schon, dass es nicht in irgendeiner Lade verschwindet, sondern die Stadt grüner, die Luft besser und die Menschen somit glücklicher macht. Die beantragten 1.000 Bäume brauchen wir und wir werden auch einen Platz dafür finden – da bin ich mir sicher.

Natürlich bin ich froh, wenn die Parks ausgebaut, saniert und attraktiviert werden. Hierzu brauchen wir auch noch viel mehr – ich sehe es als grundsätzliche Aufgabe der Stadt Plätze für die Bevölkerung zu schaffen, wo man sich wohl fühlt und seine Zeit verbringen kann. Allerdings sind die erwähnten 25.000 Euro für Umweltschutzmaßnahmen pro Jahr schlichtweg viel zu wenig, wenn man sich diesem Thema ernsthaft widmen will.

Wie Kollege Mag. Teubl bereits erwähnte, brachten wir unzählige Anträge zum Klima- und Umweltschutz ein, die weder steinzeitlich sind noch die GRÜNEN als die Verbotspartei deklarieren, die wir so gerne genannt werden. Wir wissen, auch der Gemeinderat ist kein Kinderspielplatz und wir wissen, dass wir groß denken müssen, um wirklich große Würfe in diesem Gebiet zu schaffen. Wir müssen! Es bleibt uns nichts anderes übrig.

Schauen sie sich das Dezember-Bild in den uns aufliegenden Kalender an. Dieses Bild zeigt eine Schmidtgasse mit Autos. Das habe ich nicht mehr erlebt. Mittlerweile ist es für mich undenkbar, dass es das noch geben könnte. Also unsere Anträge zur autofreien Innenstadt und/oder von Teilen der Innenstadt sind definitiv nicht utopisch, denn man sieht anhand der Schmidtgasse wie attraktiv die Fußgängerzone dadurch wurde. Jetzt stellen sie sich vor hier würden immer noch die Autos stehen.

Wir kümmern uns um die Lebenswelt unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen der Bevölkerung in der Pflicht ihr Umfeld besser zu machen. Seien wir ehrlich – es ist doch mehr als peinlich, wenn wir als Stadt den Umwelt- und Klimaschutz derart stiefmütterlich behandeln, gleichzeitig aber die Klimabündniskonferenz im September 2020 in Wels abhalten. Mein Hausverstand sagt mir, dass hier gehandelt werden muss, und zwar im großen Stil.

Die Investitionen in die Parkanlagen sind notwendig, schön und gut, aber wir brauchen noch mehr. Und zwar jetzt und nicht irgendwann im nächsten oder übernächsten Budget oder Doppelbudget.

Ja, lieber Markus, wir wollen den Kindern einen lebenswerten Planeten und eine lebenswerte Zukunft hinterlassen. Wir vor allen anderen! Wir werden es als Stadt nicht alleine schaffen und brauchen die Bevölkerung, weswegen wir die notwendige Bedeckung der Umweltschutzmaßnahmen benötigen. Wo ich bei den Bürgern bin. Seit den Wahlen 2015 wird Bürgerbeteiligung offenbar sehr groß geschrieben. Es gab ja auch diese Bürgerumfrage. Ich frage mich also, warum die Kollegen Hoflehner und Lehner keine Bedeckung für Bürgerbeteiligung in der Verkehrs- und Stadtplanung erhalten? Es steht alles auf 0.

Wie schon so oft erwähnt – ich werde es nicht müde es noch öfter zu erwähnen – sind die Bürger die Experten in ihrer Lebenswelt und sie, nur sie wissen was in ihrer Umgebung, in ihrer Stadt und auf ihren Wegen benötigt wird. Ich möchte nur an den BürgerInnenrat des Kaiser-Josef-Platzes erinnern, der sehr erfolgreich war, von dem aber nie wieder jemand etwas hörte. Diese Ergebnisse sollten bitte auch nicht in der Schublade verstauben, denn auch das kostete Geld und die Meinung der BürgerInnen sollten wir auch ernst nehmen. Warum werden diese nicht eingebunden, warum ist dafür keine Bedeckung vorgesehen? Bürgerbeteiligung muss ein fixer Bestandteil

unserer Politik werden, wenn wir eine zukunftsfähige Politik und eine Politik für die Bevölkerung machen wollen. Ich als Bürgerin möchte ernst genommen werden von dieser Politik und ich als Politikerin will den Bürgern genau dieses Gefühl und diese Möglichkeit geben. Brot und Spiele reichen nämlich nicht.

Wenn ich mir anschau, jährlich fließen 1,6 Mio. Euro in das Wels Marketing, dann sehe ich hier schon ein großes Ungleichgewicht. Ja, Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, es ist wichtig die Stadt zu beleben und Events spülen Geld in die Kassen. Aber es ist genauso wichtig, dass der soziale Unterbau der Stadt nicht ausgehungert wird. Geht es den Menschen nicht gut, geht es der Wirtschaft nicht gut.

Es braucht auch mehr Mut im Bereich der Integration zu investieren. Wels ist eine wachsende Stadt und Wels wächst auch am Sektor der Menschen aus anderen Herkunftsländern. Es muss unser Ziel sein diese in Wels lebenden Menschen zu integrieren. Denn sie sind da, ob wir das wollen oder nicht. Sie haben in Wels eine neue Heimat gefunden. Natürlich liegt es auch an den neuen Bürgern am Leben in Wels teilhaben zu wollen. Aber es liegt vor allem an der Stadt hier ein entsprechendes Angebot für diese Menschen bereitzustellen. Nämlich – und das betone ich – sehr niederschwellig und vor allem ehrlich.

Vielleicht sollten wir damit einmal anfangen uns über den Begriff Integration zu unterhalten. Offensichtlich verstehen wir hier alle etwas anderes darunter. Lassen sie mich eine kurze Geschichte erzählen: Meine Kollegen und ich lernten einen Syrer ungefähr in meinem Alter kennen, der vor einigen Jahren nach Wels flüchtete. Er musste für die Deutschkurse und den dazugehörigen Prüfungen nach Linz fahren, hat in Windeseile Deutsch gelernt und einen Job gefunden. Allerdings ist er jetzt auch nach Linz gezogen, zahlt dort Miete, Steuern und wäre eigentlich ein großer Gewinn für Wels gewesen. Hier wollte er allerdings nicht bleiben, weil er nicht das Gefühl hatte, in Wels gut aufgehoben zu sein. Solche positiven Integrationsbeispiele brauchen wir.

Generell wurden die großen Bereiche Soziales, Umweltschutz und Gesundheit bei den Ermessenssubventionen zusammengefasst, die sich 23,3 % davon teilen müssen. Jeder Bereich hätte sich diesen Prozentsatz verdient – ich weiß, das ist ein Wunschdenken und es muss immer geschaut werden, wie diese gegenfinanziert werden. Kultur und Jugend gemeinsam schaffen es überhaupt nur auf 12,6 %. Die Stadt hat einen Auftrag, und zwar eine lebenswerte Umgebung den Bürgern heute und auch in Zukunft bereitzustellen. Die Gesundheitsziele mit 10.000 Euro im Jahr zu erreichen, stelle ich mir ebenso schwierig vor. Umweltschutz darf nicht irgendwie nebenbei passieren, Soziales und Gesundheit sind die Pfeiler unserer Gesellschaft und bedürfen ein entsprechendes Budget.

Zu guter Letzt war ich tatsächlich entsetzt, dass es für die Frauenpolitik quasi kein Geld gibt. Beispielsweise bekommt das wichtige Projekt StoP – Kollegin Huber erwähnte es bereits, Stadtteile ohne Gewalt - keine Bedeckung. Im Zeitraum 16 Tage gegen Gewalt an Frauen die Fahne zu hissen und eine Presseaussendung zu machen, reicht leider nicht. Worten müssen Taten folgen. Frauenpolitik ist kein Orchideen-Thema, Frauenpolitik hört nicht bei der Gleichstellung auf, von der wir noch weit entfernt sind – aber das ist ein anderes Thema. Frauenpolitik gehört ganz oben auf die Agenda, denn Gewalt an Frauen ist so präsent wie noch nie. Erst vorige

Woche traf ich mich mit den Vertreterinnen der Frauenorganisationen der ÖVP, FPÖ und den NEOS (die SPÖ war leider zeitlich verhindert), um gemeinsam, parteiübergreifend gegen Gewalt an Frauen aufzustehen. Alle wollen das, nicht nur wir GRÜNE. Also tun wir was! Wo ein Wille, da ein Weg.

Aber leider kann ich aufgrund der fehlenden Bedeckungen im Umweltbereich, in der Frauenpolitik und im Integrationsbereich, die keine Investitionen zulassen, keinen Grund erkennen den vorgelegten Voranschlägen und der Mittelfristigen Investitionsplanung zuzustimmen.

GR. Stojanovic, BSc: Entkräften möchte ich ein paar Wortmeldungen zu den angesprochenen Integrationsmaßnahmen und behaupten, dass dieses Aussagen der Wahrheit nicht entsprechen.

Kollege Mag. Simunovic, auch du bist im Integrationsausschuss, in den du in den letzten vier Jahren deine Idee eines Integrationskonzeptes hättest einbringen können. Das hast du leider nicht getan. Jetzt zu behaupten, wir machen nichts für die Integration ist schlichtweg falsch.

Im Integrationsausschuss diskutieren wir sehr viel. Ich werde nun ein paar Punkte aufzählen, was wir in den letzten Jahren umgesetzt haben und weiterhin tun werden im Bereich der Integration.

Die Aufgabenbetreuung wurde nicht – so wie behauptet – eingestellt sondern wurde flächendeckend ausgeweitet. Vorher hatten wir zwischen 140 und 160 Schüler, die diesem Angebot folgten. Mittlerweile sind es 260 Schüler, 62 % mehr Schüler nehmen dieses Angebot an. Ein Projekt der Integration.

Projekt Blockflötenspatzen: Die Kinder, die in diesen integrativen Projekten mitwirken, wurden nicht ausgetauscht, es sind die gleichen Schüler, die in dem Musikantenprojekt weiterhin in der Landesmusikschule noch besser unterstützt werden.

Projekt Sprachwerkstatt für Frauen: Dieses Projekt wird nach wie vor über Wohnen im Dialog im Quartier Gartenstadt angeboten. Orientierungskurse mit Wertevermittlung für Neuzuwanderer finden weiterhin statt. Es gibt wesentlich mehr Angebote im Quartier Gartenstadt als in den Jahren davor. Wesentlich mehr Sprachkurse inklusive Wertevermittlung, vorher gab es sehr wenige. Ebenso wurde die Sprachförderung in den Kindergärten eingeführt – ein besonders wichtiger Punkt in der Integrationspolitik der Stadt Wels, der durch die FPÖ umgesetzt wurde.

Es wurden diverse Workshops im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds angeboten. Wir veranstalten als integratives Projekt jedes Jahr in der Noitzmühle das Maibaumaufstellen, wo zahlreiche Kulturvereine zusammen mit uns gemeinsam an dieser Veranstaltung teilnehmen. Genau da holen wir diese Menschen zu uns, um sie aus diversen Kulturvereinen rauszuholen und ihnen zu zeigen, dass sie auch bei uns angekommen sind mit ihrer Kultur.

Die Lernförderung wurde bereits mehrmals erwähnt. Diese wird in den Pflichtschulen umgesetzt. Wir haben wirklich sehr viele Integrationsprojekte, wie Familiensprachförderworkshops in der VS 10 Lichtenegg, Kreativwerkstatt und Wohnen im Dialog –

ein Projekt wo Siedlungsfeste, der Tag der Kultur und Nachbarschaftsgärten organisiert werden.

Das Quartier Gartenstadt erwähnte ich bereits mehrmals. Das ist ein Zentrum für verschiedene Angebote im Integrationsbereich. Die aufgezählten Projekte leisten dabei wichtige Unterstützung beim Spracherwerb, bei der Vermittlung von Werten und Regeln des Zusammenlebens.

Nicht zu vergessen sind die bereits von Vzbgm. Kroiß angesprochenen Schnittstellenprojekte im Bereich Integration/Sport und Integration/Jugend. Genau diese Schnittstellenprojekte werden am meisten gefördert, genau dort passiert die größte Integration der Kinder. Die Sportvereine versuchen die Kinder für ihren Verein zu begeistern. Es besteht die Möglichkeit ihnen zu zeigen, dass sie bei uns angekommen sind. Genau das fördert die Stadt Wels im Rahmen des Sports und der Integration.

Integration und Jugend: Für Kinder und Jugendliche, die nicht unbedingt einem Verein angehören möchten, schufen wir die Möglichkeit diese aufzufangen und ihnen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten in Form von Jugendzentren. Auch dort wird viel für die Integration getan.

Lese ich die Presseaussendung von heute, so ist enthalten: „... Insgesamt werden die unmittelbar der Integration zuzurechnenden Maßnahmen die Kosten von 1 Mio. Euro übersteigen.“ Ist das ein Nichtstun? Nein! Investieren wir im Bereich der Integration? Ja! Viel mehr als je zuvor!

GR. Kittenbaumer: Meine Wortmeldung möchte ich mit dem kurzen Sprichwort „Gut Ding braucht Weile“ beginnen. Wir haben in der Gemeinderatssitzung im September 2018 mittels Initiativantrag auf die Idee des Feuerwehrkommandanten hingewiesen, das bestehende alte Feuerwehrbootshaus an der Traun und die alte Feuerwache in der Pernau an einen neuen Standort zu verlegen. Damit kann den Feuerwehrkameraden in der Feuerwache Pernau ein moderner, zukunftssicherer Einsatzort gewährleistet werden.

Das uns nun vorliegende Doppelbudget beinhaltet einen Neubau des Bootshauses und der Feuerwache Pernau. Als Pernauer freue ich mich sehr über die im Jahr 2020 geplante Umsetzung und möchte an dieser Stelle einen herzlichen Gruß an die Kameraden der Feuerwache Pernau senden. Eurer Warten hat sich gelohnt und wird bald belohnt werden. Ich möchte mich beim Feuerwehrreferenten Vzbgm. Gerhard Kroiß und Bgm. Dr. Rabl für die Berücksichtigung im Budget und die geplante Umsetzung bedanken.

Der Stadtteil Pernau bekommt nicht nur eine neue Feuerwache, sondern auch einen neuen Kindergarten. In letzter Minute konnten wir den Standort Kaiserschützenpark verhindern. Unser Dank gebührt der Grundstücksbesitzerin, die bereit war dieses Grundstück an die Stadt Wels zu verkaufen. Aber auch unsere Vzbgm. Silvia Huber zeigte hier tolles Engagement, in dem sie mit der Grundstücksbesitzerin verhandelte.

„Es ist leider nicht alles Gold, was glänzt“ – das hörten wir heute bereits. So möchte ich auf ein paar Kritikpunkte aufmerksam machen. Fraktionsobmann GR. Ganzert wies in seiner Rede schon auf das Kinderschutzzentrum TANDEM hin. Im Gemeinderats-

beschluss vom Juli 2015 wurde von allen Fraktionen einstimmig eine Erhöhung der Subvention beschlossen. Ein Jahr später wurde diese um 15.000 Euro gekürzt. Im Doppelbudget 2020/21 ist leider wieder nur die gekürzte Version budgetiert. Das ist wirklich sehr schade, weil in diesem Verein hervorragende Arbeit geleistet wird von Mitarbeitern, die sich um besonders schutzbedürftige Kinder kümmern. Die Lohnkosten, die Lohnnebenkosten, die Mieten usw. steigen, aber es wird leider von Seiten der Stadt Wels und auch seitens des Landes Oberösterreich diese Unterstützung nicht erhöht.

Ein weiterer für mich wichtiger Punkt ist das Freiwilligenzentrum der Stadt Wels. Hier wird anstelle der Erhöhung der dringend benötigten finanziellen Mittel – wie von Kollegen Ganzert schon erwähnt – eine zweite Struktur seitens der Stadt Wels aufgebaut. Das finden wir absolut inakzeptabel und ineffektiv. Es zeigt, dass die über zehn Jahre bestehende wertvolle Arbeit des Vereins von Seiten der Stadt nicht gewürdigt wird. Es hätte auf die Kompetenz der Mitarbeiter zurückgegriffen, diese genutzt und besser gelöst werden können.

Auch das Altstoffsammelzentrum ist für die Pernau immer wieder ein Thema. Es wurde für 2022/2023 budgetiert. Es ist für die Bürger im Stadtteil Pernau wirklich wichtig eine Möglichkeit zu haben auch in Zukunft alle Müllsorten entsorgen zu können. Ich ersuche sie, Herr Bürgermeister, das in Zukunft zu berücksichtigen.

GR. Weidinger: Ich möchte mich einigen Wortmeldungen der Referenten anschließen bzw. dazu ein Feedback abgeben. Beginnen darf ich mit GR. Mag. Teubl, der behauptete, dass in den Ausschüssen nicht über die Anträge der GRÜNE-Fraktion abgestimmt wird. Das stimmt nicht! Im letzten Verkehrsausschuss wurde sehr wohl über den Antrag der GRÜNEN betreffend autofreie Innenstadt abgestimmt. Ich finde es wichtig der GRÜNE-Fraktion ein entsprechendes Feedback zu geben.

Über die Einführung der Ganztageschule in der Mozartstraße freue ich mich ganz besonders. Ein Anliegen der ÖVP-Fraktion und ein ganz wichtiger Beitrag zum heutigen Leben einer modernen Familie.

Mit dem Kollegen StR. Hoflehner ist die Zusammenarbeit immer sehr produktiv. Ein kleines Problem sieht die ÖVP in Zukunft mit der Aussage, dass Wels Platz hätte für ca. 100.000 Einwohner. Wollen wir das irgendwann erreichen, dann müssen wir auch verkehrstechnisch sehr viel tun, denn diese Menschenmassen wollen bewegt werden. Hier sehe ich ein größeres Problem auf uns zukommen. In Linz als Beispiel gibt es nur mehr verstopfte Straßen und keiner will mehr nach Linz fahren. Es ist zu vernehmen, dass gewisse Firmen Abwanderungstendenzen zeigen und sich andere Standorte suchen, da die Mitarbeiter das Problem haben nicht mehr rechtzeitig zur Arbeit zu kommen.

Das eröffnet Wels die Chance unseren attraktiven Standort hervorzuheben. Das erfordert eine gewisse Kontinuität betreffend Verkehr. Wir müssen uns zu diesem Thema noch einmal zusammensetzen. Es soll uns nicht wie Linz ergehen, wo wir dann nicht mehr wissen, was wir tun.

Ich möchte mich für die lobenden Worte von Vzbgm. Gerhard Kroiß bedanken, unsere Zusammenarbeit ist sehr gut. Das Thema Sicherheit ist beiden Parteien sehr wichtig und

es freut mich immer wieder, wenn wir hier etwas erreichen. Die Projekte „Polizei-Innenstadt“ sowie „Polizeischule“ wurden bereits auf Schiene gebracht. Vielen Dank.

GR. DI. Haydinger: „Klimaschutzankündigungspolitik und geschickte PR“ - so haben die GRÜNEN heute jene Maßnahmen betitelt, die die Stadt Wels bereits in den letzten Jahren im Bereich Umweltschutz umsetzte und in den nächsten beiden Jahren noch umsetzen wird. Meines Erachtens nach ein Schlag ins Gesicht der Welser Stadtpolitik, aber insbesondere ein Schlag ins Gesicht jener Beamten und Mitarbeiter in den stadtnahen Betrieben, die sich tagtäglich mit großem Engagement für die Umsetzung dieser Maßnahmen einsetzen. Ich möchte diese Maßnahmen im Großen und Ganzen skizzieren.

Aus dem Bereich der Infrastruktur wurden für den Neubau des Kraftwerks Traunleiten 48 Mio. Euro investiert. Durch dieses neue Kraftwerk werden jährlich 85.000 t Co₂ eingespart. Mit über 30 Stromtankstellen verfügt die Stadt Wels über das bestausgebaute Lade-Netz für Elektromobilität – ein großer Meilenstein.

1,5 Mio. Euro wurden veranschlagt für die Erweiterung, Verbesserung und Sanierung der Parkanlagen. Meiner Meinung nach eine der wichtigsten Maßnahmen für den Bereich Umweltschutz. Darin sind die Neupflanzungen von 200 Bäumen pro Jahr inkludiert.

Aus dem Bereich der Bewusstseinsbildung rief die Wels Strom AG für Welser Hausbesitzer eine Wärmebildkamera-Aktion ins Leben. Hier können sich Hausbesitzer die Kameras ausborgen, um sich über den thermischen Zustand ihres Hauses zu informieren.

Seit dem Jahr 2015 veranstaltet die Stadt Wels jährlich Mobilitätstage, um auch dort ein besseres Bewusstsein bei der Bevölkerung für alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu schaffen. Weiters wurde von der Referentin Vzbgm. Silvia Huber ein mit 1.500 Euro dotierter Umweltschutzpreis ins Leben gerufen. Dieser stand heuer unter dem Motto „Reduktion und Vermeidung von Plastikabfall“.

Aus dem Bereich der Fördermaßnahmen wurden in den Jahren 2015 bis 2019 rund 100.000 Euro an Zuschüssen für private Solar- und Photovoltaikanlagen, für thermische Sanierung sowie für Heizungserneuerung gewährt.

Aus den Bereichen Gebäude, Sanierung und öffentlicher Neubau darf ich erwähnen, dass das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle bereits im Jahr 2016 in Passivhausbauweise errichtet wurde. Ebenfalls unter der Federführung der geschätzten Referentin StR. Josseck-Herdt das Leopold-Spitzer-Haus, welches zusätzlich über eine Photovoltaikanlage mit einer Fläche von 640 m² verfügt.

Aus dem Bereich der öffentlichen Beleuchtung sind im Doppelbudget 2020/2021 1 Mio. Euro veranschlagt. Bereits jetzt beträgt der Grad der Umstellung auf LED-Technik 65 %.

Aus dem Bereich der Mobilität beschäftigt die Stadt Wels mit Frau DI. Berghofer eine eigene Radfahrbeauftragte. Das Radwegenetz verfügt jetzt schon über ein Netz von ca. 60 km und wird laufend ausgebaut. Darüber hinaus darf ich die im Servicecenter

kostenlos aufliegende Welser Radlerkarte erwähnen. Es gibt für städtische Neubauten und Sanierungen laufend einen Radverträglichkeitscheck. Die Mitarbeiter am Magistrat können Elektro-Diensträder benutzen. Seit dem Jahr 2017 betreibt die Wels Strom AG ein E-Car-Sharing. Der Großraum Wels und die Umlandgemeinden wurden zur ersten Fahrradmodellregion Österreichs ausgerufen.

Bei den Welser Linien wurde letztes Jahr der Abendbus mit großem Erfolg eingeführt. Es wird das Umweltticket verlängert, mit dem um 260 Euro das ganze Jahr die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt werden können. Darüber hinaus gibt es von der Linie Wels auch noch das Bestpreisticket. Alles Maßnahmen, die zum großen Teil bereits umgesetzt sind bzw. sich in Umsetzung befinden.

Herr Mag. Teubl, sie erwähnten vorhin, ihre Anträge wurden schubladisiert. Auch das stimmt nicht! Der Antrag zur Förderung des Radverkehrs ist zum großen Teil bereits umgesetzt. Ebenfalls ihr Antrag zur Öffi-Offensive sowie der Antrag zur Baum-Offensive sind in Umsetzung und der geforderte Solarflächenkataster wird nächstes Jahr in Wels bereits angewendet. Die klimafreundliche Verwaltung ist unter der Vorsitzführung von Bgm. Dr. Rabl bereits in Umsetzung.

Beim Thema Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs weiß ich schon, dass ihre zwangsideologische Verbotspolitik etwas anders aussieht als wir uns das vorstellen. Ein Verbot von PKW in der Innenstadt wird es mit uns nicht geben. Wir wollen den Individualverkehr dadurch eindämmen, indem wir den Radverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver gestalten. Sie mögen all das als Klimaankündigungspolitik bezeichnen. Ich bezeichne es als verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Umweltpolitik.

GR. Mag. Simunovic: Wenn ich in Wels nicht leben würde, dann müsste ich meine Feststellungen und Ausführungen in Frage stellen. Ich lebe aber hier und weiß genau, was sich abspielt. Es geht mir nicht so sehr um die Kritik. Wenn der Herr Vizebürgermeister über Integration spricht, dann redet er über die Polizeischule, über Strafen, über Überwachungskameras ua. Ja, das gehört unter Umständen auch dazu.

Wir bekamen in den letzten vier Jahren ein paar Polizeischüler für Wels, aber auch gleichzeitig 4.000 Ausländer, die Integrationsmaßnahmen brauchen. Wenn Kollegin Stojanovic, BSc über die Integration spricht, dann erzählt sie schöne Geschichten über großartige Kurse. Die wenigen Kurse in Wels haben so wenig Ausstrahlungskraft, dass wir uns ernsthafte Gedanken machen müssen, wie wir die Integration in Wels beschleunigen bzw. verbessern können.

Besuchen wir einmal an einem Tag die Jugendzentren und am Abend besuchen wir gleichzeitig viele ausländische Vereine und sehen wo die Menschen zu Hause sind. Das wäre interessant. Und reden wir nachher darüber, ohne irgendeine Vorverurteilung zu machen.

Vzbqm. Kroiß: Eine kurze Berichtigung: 450 Polizeischüler sind nicht ein paar Schüler, das sind sehr viele Schüler und Polizeischüler brauchen keine Integration.

GR. Mag. Schindler: Ich möchte heute auf zwei wesentliche Bereiche eingehen. Zum einen auf den Frauenbereich und zum anderen auf die Kinderbetreuung. Der

Frauenbereich ist ein Bereich, über den sehr gerne geredet wird, der in Wels aber – so wie es mir erscheint – finanziell etwas ausgehungert wird.

Frau Vzbgm. Huber nannte hier ganz explizit als Beispiel das Projekt StoP. Ein Beispiel, welches nicht nur eine Fotostrecke zur Reduzierung von Gewalt bringen würde, sondern effektiv in den Stadtteilen genutzt werden könnte, um hier Verbesserungen zu bringen.

Was ist grundsätzlich mit Gender-Budgeting in diesem Budget? Gender-Budgeting ist ein Tool mit dem Gender-Mainstreaming gefördert werden kann – die Gleichstellung von Männern und Frauen. Hierzu findet sich relativ wenig. Ich denke, dass in Wels Frauen auch sprachlich mehr sichtbar gemacht werden sollen zugunsten einer leichteren Verständlichkeit. Das wurde bereits widerlegt und mich wundert es nicht, dass der Frauenbereich nicht so in dem Maße berücksichtigt wird, wie es vielleicht sein sollte.

Zur Kinderbetreuung möchte ich zur Richtigstellung sagen: Der heute von der Arbeiterkammer OÖ veröffentlichte Kinderbetreuungsatlas, der Wels die Bestnote 1A im Bereich Kleinstkinderbetreuung und der Kinderbetreuung für die Drei- bis Sechsjährigen ausstellt, sagt nur grundsätzlich aus, dass Kinderbetreuung zu gewissen Zeiten verfügbar ist. Es sagt aber nichts darüber aus, ob dieser Bedarf auch gedeckt wird. Deshalb ist das eine Aussage, die für etwas hergenommen wird, was tatsächlich nicht vom Kinderbetreuungsatlas geprüft wird.

Wenn sie sagen „ein Kinderbetreuungsplatz für alle Kinder“, dann denke ich zurück an das Jahr 2013, als ich hier in der Bürgerfragestunde die Frage an den zuständigen StR. Zaunmüller stellte, warum zu wenig für die Kleinstkinderbetreuung gemacht wird. Es war damals sehr schwierig einen Kinderbetreuungsplatz für meine Tochter zu finden. Bereits in den Jahren 2012/2013 gab es eine FPÖ/ÖVP-Mehrheit, die damals bereits Kinderbetreuungsplätze sehr gut hätte ausbauen können. Man heftet sich das seit 2015 an den Hut, es lässt sich sehr gut Schlagzeilen damit machen.

Es ist sehr gut die Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsplätze, Krabbelstubenplätze) auszubauen. Auch ich erkenne das an, diese 6,8 Mio. Euro sind wirklich ein wesentlicher Schritt für Wels. Aber Kinderbetreuung bedeutet nicht nur einen Platz zu haben, sondern eine qualitativ hochwertige Betreuung zu erfahren. Das Budget zeigt, dass die Gelder für die Kindergartenplätze bereitgestellt werden, aber nicht für die Qualität der Betreuung.

Es gab in vielen Gruppen zwei Pädagoginnen. Diese zwei Pädagoginnen wurden abgezogen, um Sprachförderung einzubauen. Gleichzeitig wurde die Pädagogin aus der Gruppe herausgenommen. Das führt wiederum zu einer Verschlechterung der Situation in den Gruppen. Es wurde eine Helferin eingesetzt - aber eine Helferin ist eine Helferin. Eine Helferin ist lieb, nett und mag sicher eine sehr gute Beziehung zu den Kindern aufbauen können, aber sie hat keine langjährige Ausbildung wie eine Kindergartenpädagogin.

Eine Pädagogin kann sich alleine in der Gruppe eben „nicht zerreißen“. Sie hat sehr viele organisatorische Aufgaben, auf die sie alleine nicht so gut eingehen kann, wie mit einer zweiten Pädagogin. Anstatt hier ein bestehendes, sehr gut funktionierendes

System mit zwei Pädagoginnen zu belassen, einigte man sich das nach unten zu nivellieren – nur mehr eine Pädagogin in den Gruppen.

Dabei bezog man sich auf das gültige Landesgesetz, ein vor mehreren Jahrzehnten erstelltes Gesetz mit Mindeststand. Es bleibt somit sehr viel Zeit auf der Strecke, um eine sehr wesentliche Bindung zwischen den Kindern und den Pädagoginnen herzustellen. Zeit, die das Kind braucht, um sich in den Gruppen wohl zu fühlen und Zeit, die die Pädagogin in den Gruppen dafür verwenden, um die Kinder sprachlich und kulturell zu integrieren.

Zusammengefasst ist das eine Verschlechterung der Betreuungsqualität in den Kindergärten und Krabbelstuben durch den Wegfall dieser Pädagoginnen und durch eine Nachmittagsgebühr, die von Seiten des Landes eingeführt und nur bedingt von der Stadt Wels aufgefangen wurde.

Frau Stadträtin, sie bezogen sich auf 34 Kinder, die es jetzt effektiv weniger in der Nachmittagsbetreuung gibt. Gesagt wird aber nicht, um wie viele Stunden Betreuung es sich hier wirklich handelt, denn dann würden die Zahlen anders aussehen. Ich habe mir die Frage gestellt, warum die Elternbefragung nicht auch in den privaten Kindergärten durchgeführt wird? Das soll aber keine Kritik, sondern nur eine Frage sein.

Zu den Themen Lernwerkstätten und Blockflötenspatzen sagen sie, dass es sich dabei um Integrationsmaßnahmen handelt, die qualitativ ausgebaut wurden. Bei den Integrationsmaßnahmen ist ein niederschwelliges Angebot oft sehr wichtig. Ich sehe bei meiner Tochter (1. Klasse) wie müde sie oft nach einem Vormittag in der Schule ist, so stelle ich mir die Frage, wie das funktionieren soll, dass Kinder im Volksschulalter von A nach B selbstständig fahren sollen? Sie sollen oder können nicht immer von den Eltern gefahren werden. Insofern greifen diese Integrationsmaßnahmen nicht mehr so wie vorher.

GR. Stojanovic, BSc: Ich möchte zur zweiten Wortmeldung des Kollegen Mag. Simunovic etwas sagen. Mato, vielleicht verstehst du unter Integration etwas anderes als ich. Für mich heißt Integration selbst etwas dafür zu tun. Wir beide haben Migrationshintergrund und wir wären heute nicht hier, wenn wir nicht selber etwas dafür getan hätten. Wir als Stadt Wels geben die Rahmenbedingungen vor, die Möglichkeiten für zugewanderte Menschen, damit sie unsere Sprache erlernen, unsere Regeln und Pflichten wahrnehmen und diese einhalten können. Es liegt sehr wohl an jedem Einzelnen das auch anzunehmen.

GR. Haböck: Sie haben Glück, meine Kollegin Stojanovic, BSc sagte bereits was ich eigentlich sagen wollte. Wir diskutieren immer schön über Integration, es gibt 19.000 Ausländer in Wels und es muss etwas für die Integration getan werden. Ich finde es komisch, wenn die SPÖ-Fraktion glaubt, dass Ausländer integriert werden müssen, weil sie selber dazu nicht in der Lage sind. Ein etwas komisches Menschenbild - ich habe Mato sicher missverstanden.

Integration ermöglicht grundsätzlich eine Eingliederung in eine Gesellschaft. Ist es für jemanden, der nach Wels kommt möglich sich hier wohlfühlen, hier zu arbeiten, zu wohnen, zu leben, einer Freizeit nachzugehen und Kinder aufzuziehen? Das ist eher

eine gesellschaftliche Einstellung. Es ist völlig egal, ob jemand aus Vöcklabruck, aus Bangladesch, China oder aus den USA nach Wels zieht. Es ist eine Einstellung, die wir als Stadt Wels haben sollten, dass jeder, der bei uns selbstbestimmt leben möchte sich hier auch wohlfühlt.

Der die Bürger oder die Politik betreffende Punkt ist, wo die Integration bzw. das Zusammenleben mit gewissen Gruppen nicht funktioniert. Das betrifft jetzt nicht die 19.000 Ausländer in Wels, sondern das betrifft gewisse Gruppen, gewisse Kreise, um die man sich kümmern muss. Die Stadt Wels soll nicht nur die Geldbeutel öffnen und das Steuergeld verteilen wie es gerade passt, sondern es muss neben der Förderung mit Konsequenz vorgegangen werden. Von den 19.000 Ausländern schaffen es sehr viele sich selber zu integrieren. Es kann nicht sein, dass alle sich darum kümmern müssen, dass für die Nichtwilligen noch mehr Geld investiert wird. Es soll zielgerichtet und konsequent sein. Es gibt schon auch „Ausländer“, die selber Sprachkurse finden und sich selber etwas aufbauen können. Hier muss unterschieden und nicht immer mehr Geld gefordert werden.

Ich bin immer etwas irritiert, wenn Politiker sich nicht mehr vorstellen können, dass Menschen auch leben können ohne dass jeder Gemeinderat fordert noch mehr Geld auszugeben – egal in welchem Bereich. Die Einstellung vieler Mandatäre ist, dass das Leben nur dann gut ist, wenn der Staat sich um alles kümmert.

GR. Wiesinger: Meine Wortmeldung richtet sich nicht primär an das Publikum, sondern ist als Replik zur GR. Mag. Schindler gedacht. Ich möchte nichts zur Kritik an der Arbeiterkammer betreffend Qualität der Umfrage anmerken, sondern mich schützend vor die Kindergartenhelferinnen stellen. In ihrer Rede schwang mit, dass die Qualität in den Kindergärten deshalb nicht gut ist, weil es Kindergartenhelferinnen sind. Ich finde meinen Sohn im Kindergarten sehr gut aufgehoben und bin froh, dass er den städtischen Kindergarten besuchen kann.

GR. Mag. Schindler: So habe ich das nicht gesagt!

GR. Wiesinger: Sie haben das schon so gesagt - die Stadt Wels richtet sich nach dem Mindeststandard! Das würde nach ihrer Wortmeldung bedeuten, weil es der Mindeststandard ist, ist die Qualität in der Betreuung der Kindergärten schlecht. Und das spreche ich absolut in Abrede, weil ich glaube, dass die Kindergartenbetreuung in ganz Oberösterreich mit dem System Pädagogin und Kindergartenhelferin sehr gut ist.

GR. KR. Schönberger: Ich möchte dem Herrn Bürgermeister gratulieren! Nicht zum Budget, sondern zu seiner Darstellung. Viele hatten Angst, dass er uns in Richtung Bundespolitik und nach Wien verlässt. Ich glaube, es werden eher die Showbühnen dieser Welt sein – als Illusionist und Mentalist mit dieser Fortschreibung des Budgets - nach eigenen Worten - die in Zahlen gegossene Politik. Kein Mensch sagt, dass Politik visionsbefreit sein muss.

Zum Weiterverwalten und auf die Schuldenbremse zu treten braucht es keine Politik. Das ist zur Zeit bei der Bundesregierung gut ersichtlich, denn dort können das die Beamten sehr gut. Sie sind einfach dafür da, das zu machen, was gemacht werden muss. Warum nun Mentalist? Der Wirtschaftsreferent ist auf einmal mit 1,6 Mio. Euro

für die Markthalle zufrieden, obwohl er 3,4 Mio. Euro angemeldet hat. Das ist weniger als die Hälfte.

Der Bürgermeister redet von mehr Regionalität und vom Einkauf im Umland. Wo ist der Ansatz, um in den Stadtteilen Wochenmärkte einzurichten? Ich sehe es nirgends. Wo sind die großen Visionen? Wo ist die Vision für die neue Messehalle, um den Wirtschaftsstandort Wels zu stärken? Kein Ansatz in den nächsten fünf Jahren! Wo ist die Vision, mit der günstige Baugründe angekauft werden, damit die Bauwirtschaft angekurbelt werden kann? Wo sind diese Visionen? Die einzige Vision ist zu sparen.

Jeder Wirtschaftstreibende, der die Kennzahlen erreicht, freut sich Kredite so günstig wie noch nie zu bekommen, um Visionen, Weiterentwicklungen und Innovationen voranzutreiben. Wir gehen den falschen Weg bzw. den Weg zurück und die Visionen sind nicht zu sehen, weder im Wirtschafts- noch im Verkehrsbudget. Auf diese gehe ich wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr ein, aber ein Verkehrskonzept auch bei den Bürgermeisterstammtischen anzukündigen, welches sich über ganz Wels erstreckt und dann nur mit 30.000 Euro zu budgetieren, kann nur ein Hohn sein. Das ist nur eine Erinnerung. Es hätte 1,-- Euro hineingeschrieben werden können, denn um 30.000,-- Euro bekommt man nichts. Hier spitzt kein Verkehrsplaner seinen Bleistift und mit drei Telefonaten ist das Budget erschöpft.

GR. Wildfellner: Kollege Wiesinger, man kann bei allem „Flöhe finden“ oder sonst etwas Negatives auslegen. Das könnte ich bei dir auch! Und zu ihnen, Herr Haböck: Es geht nicht immer um Geld! Es geht um Projekte, es geht um Maßnahmen für die Integration. Es kann sich auch um kleinere Summen handeln. Ich verwehere mich gegen die Aussage, dass die SPÖ-Fraktion immer die Fraktion ist, die sinnloserweise Geld ausgibt. Es ist eine Zumutung!

Jetzt komme ich zum Alten- und Pflegebereich. Hier haben wir in den letzten Jahren sehr Gutes geleistet und sind sehr gut aufgestellt. Der demografische Wandel ist im Kommen bzw. ist zum Teil schon vorhanden und wir müssen uns darauf einstellen. Bei den Mobilien Diensten fehlen mir die finanziellen Mittel, noch dazu, wenn für eine Aufnahme ins Alten- und Pflegeheim Pflegestufe 4 benötigt wird. Ich hätte für die Menschen gerne, dass in den Alten- und Pflegeheimen in der Nacht eine Diplomkrankenschwester Dienst macht, damit sie die Patienten mit Schmerzmitteln versorgen kann. Außerdem müssen wir beim BEP nicht immer an der untersten Grenze sein, sondern eventuell auch an der Obergrenze. Dafür würde ich mir die nötigen Mittel wünschen.

Was die Welser wirklich brauchen ist ein Hospiz, wo in Würde der letzte Weg eines Lebens betreut gegangen werden kann und das unabhängig vom Krankenhaus und Altenheim. Es gibt zwar diese wunderbare Palliativstation, dort wird eine tolle Arbeit geleistet, aber ich denke wir werden in Zukunft mehr brauchen. Wir könnten dieses Hospiz gemeinsam mit der Versorgungseinrichtung WG 42 in Angriff nehmen und uns die Kosten mit den Bezirkshauptmannschaften teilen.

Abschließend möchte ich allen Personen meinen Dank aussprechen, die in der Pflege und in anderen Dienstleistungen mit Bürgern arbeiten.

GR. Schatzmann: Folgendes zum Thema Mobile Dienste: Im Amtsbericht ist zu lesen, dass die Stadt Wels im Rahmen der Sozialen Dienste als Sozialhilfeträger gemäß § 12 Oö. Sozialhilfegesetz 1998 bzw. regionaler Träger Sozialer Hilfen auftritt. Sie ist dabei in der Lage die Organisation und Durchführung von Mobilien Diensten im Einvernehmen mit der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich an geeignete Wohlfahrtsorganisationen im Sinne des Oö. Sozialhilfegesetzes 1998 zu übertragen, wobei dabei die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu beachten sind.

Wir sprachen im Ausschuss darüber, 2019 wurden aufgrund dieser neuen Sprengelaufteilung mehr Personalstunden benötigt. Jetzt spricht ihr davon wieder auf den Stand von 2018 zurückzufallen. Das stimmt nicht, weil zwischen 2018 und 2020 einige Mehrstunden enthalten sind. Es gibt auf jeden Fall einen politischen Konsens, dass, wenn mehr Stunden gebraucht werden, diese auch bewilligt werden. Das heißt nicht wir lassen die zu Betreuenden einfach sitzen und pflegen sie nicht mehr weiter. Bis heute ist keine Warteliste vorhanden, daher werden alle Menschen versorgt. Wir sollten doch die Kirche im Dorf lassen. Es gibt jetzt nur noch Vorwürfe.

Ich möchte noch über den Friedhof sprechen, weil die Referentin angegriffen wurde. Der Welser Friedhof wurde 1886 gegründet, wurde 1917, 1965, 1975 und in den 80er-Jahren auf 13,6 ha erweitert. Damit ist er zugleich auch die größte Parkanlage in der Stadt. 18.500 Grabstätten werden jährlich beherbergt, es gibt 500 Begräbnisse und davon sind 90 % bereits für bestehende Gräber. Nur 10 % werden gebraucht und diese werden damit abgedeckt, dass ca. 30-50 Gräber im Jahr aufgelassen werden. Bei einem Bevölkerungszuwachs von 5 % besteht für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte kein Bedarf für eine Friedhoferweiterung.

Erwähnen möchte ich, dass der Friedhof noch nie so schön war, wie er in den letzten Jahren barrierefrei ausgebaut wurde. Das ist ein Schmuckstück und wunderschön zum Spaziergehen. Der Dank gehört unserer Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger. Ich hoffe, meine Freunde aus der Opposition, ihr seht das genauso wie ich. Wenn nicht, dann geht es wieder nur darum „Hauptsache wir sind dagegen!“.

GR. Scheinecker, BA: Beginnen möchte ich mit einer Replik an dich, lieber Markus. Unserer Kinder gehen in dieselbe Kindergartengruppe und wir teilen uns die Liebe zu den Helferinnen, insbesondere zu denen, die meine Kinder betreuen, aber auch über die anderen bin ich froh. Es war ein Missverständnis.

Die SPÖ-Forderung nach guter und ausreichender Betreuung ist nicht in Frage zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viel Personal für die Betreuung der Kinder vorhanden ist, dass laut Personalschlüssel idealerweise nicht eine Pädagogin und eine Helferin für 23 - 25 Kinder zuständig sind, sondern wir hätten gerne eine zweite Pädagogin in der Gruppe. Das und die Sprachförderung haben wir jetzt schon oft genug diskutiert.

In der Pressegesprächsunterlage steht, die Stadt Wels tut so viel für den Klimaschutz und die Integration. Dann habe ich verstanden, dass die Sprachförderung, d.h. die zweite aus der Gruppe abgezogene Pädagogin jetzt als Integrationsmaßnahme erhalten muss. In diese investieren wir sehr viel. Das ist Geld, das wir woanders – bei den Kindern in den Gruppen - eingespart haben und jetzt wird gesagt, das ist unsere

Integrationsarbeit. Bei anderen Integrationsprojekten machten wir de facto einen Rückschritt.

Wir hörten heute bereits Markthallen sind Klima- und Umweltschutzmaßnahmen. Ich finde es toll Parks zu errichten - nur das sind bereits Wiesen. Wenn ich jetzt noch eine Parkbank aufstelle, wird das den Klimawandel nicht stoppen. Ich freue mich über schönere Parks und hoffe auf eine Umweltrentabilität, weil die dort spielenden Kinder alle Umweltaktivisten werden und rückwirkend den Klimawandel stoppen. Das ist super, aber etwas wenig. Die Kollegin der GRÜNE sagte es zuerst - es ist und bleibt ein konservatives Budget.

Es bestehen Differenzen zwischen der linken und der rechten Seite des Gemeinderates. Nichts desto trotz sind Projekte enthalten, die ich nicht schlecht finde, glaube aber, dass viele Sachen visionslos sind. Bei vielen Dingen reden wir uns heraus, denn im September führten wir eine ähnliche lange hitzige Debatte über den Klimaschutz. Dabei beteuerten wir wie wichtig dieser ist. Aber unter dem Strich sind es nur 25.000 Euro für Bäume, die wir schon seit Ewigkeiten beschlossen haben.

Bei der Integration ist es das Gleiche - wir haben die Sprachevaluierung dabei! Das heißt, die Sprachförderung in den Kindergärten ist die ultimative Integrationsmaßnahme der Stadt. Bitte mich nicht falsch zu verstehen, ich finde es wichtig, dass unser Kinder Deutsch lernen. Aber wenn das die große Integrationsmaßnahme ist, haben wir in den letzten Jahren einen Blindflug hingelegt. Wir benötigten zwei bis drei Jahre, um jemanden für die Sprachevaluierung zu finden. Das wollte keiner machen, weil wir als Stadt Wels beschlossen haben, das ist die beste Maßnahme zum Erlernen der deutschen Sprache. Bis heute wissen wir nicht, ob das funktioniert oder nicht.

Wenn Integration ein solch wichtiges Thema bzw. ein solch großes Problem ist und wenn der Klimawandel eine anerkannte Tatsache im Gemeinderat ist, dann fehlt es diesem Budget wirklich an Visionen und an einem „Wir packen das jetzt an!“

GR. Kroiß: Das Thema Integration und Kinderbetreuung möchte ich jetzt mit dem Thema Sport verbinden, weil wir über das Thema Sport noch nicht ausführlich sprachen. Jedes Kind im Schul- oder Kindergartenalter ist in einem Sportverein. Dort werden integrative Maßnahmen, wie das Erlernen der deutschen Sprache, Zusammenhalt, Engagement und Ehrgeiz erlernt. Auch das ist Integration. Wir schätzen das sehr!

Zum Thema Kindergarten kann ich mich noch an die letzte Diskussion im Jahr 2018 erinnern. Wir gingen damals - wie auch jetzt - alle sehr emotional an diese Diskussion heran. Jeder schätzt die Kinder als das wichtigste Gut ein. „Soziale Kälte, Husch-Pfusch-Aktionen oder einfach nur eine unüberlegte Idee“, das musste sich damals unsere Referentin anhören. Doch schon vor der Einführung der Nachmittagsbetreuung war der Kindergartenbesuch nicht umsonst. Es kostete einen Mindesttarif und am Nachmittag, ab Mittag wurden 20 % und bis zum Abend 40 % eingenommen. Also kein Nulltarif! Ich verstehe diese Diskussion nicht ganz, weil es damals auch eine Kostendeckung für den Nachmittag gab und jetzt hat es einfach einen Namen.

Aber, das musste sich die FPÖ-Referentin gefallen lassen, denn in der schönen Stadt Linz gibt es eine Nachmittagsbetreuung, die zur Gänze von der Stadt übernommen

wird. Ob das fair oder gerecht ist gegenüber wohlhabenderen Elternteilen sei dahingestellt. Auch in anderen von der SPÖ regierten Bundesländern gibt es Nachmittagsbetreuungstarife, die das Dreifache kosten. Hier regt sich keiner über die soziale Kälte auf. Nein, hier ist es gerechtfertigt. Schlecht reden und anpatzen, das kann jeder! Aber aktiv mitarbeiten und Vorschläge einbringen, wie wir das Thema anders angehen könnten, das hat die letzten zwei Jahre gefehlt, denn „umsonst“ kann jeder sagen.

Die Welt ist bis jetzt nicht untergegangen. Ja, sie hat sich weitergedreht und manche Kinder besuchen nicht mehr den Nachmittagsunterricht. Das ist wirklich tragisch. Vielleicht haben die Eltern beschlossen, sie wollen das nicht, es kostet ihnen zu viel und sie bleiben lieber bei den Kindern zuhause. Die Gründe sind nicht immer nachvollziehbar.

Wir Welser können dennoch stolz auf unser Kindergartensystem sein. Die Mitarbeiter arbeiten täglich sehr hart (auch die Helferinnen) und in anderen Einrichtungen, wie die Tagesmütter. Sie alle geben ihr Bestes. Die Sprachförderpädagogin unterstützt dennoch die Kinder. Die Öffnungszeiten wurden gerade wegen der hohen Qualität der Öffnungszeiten ausgezeichnet. Nachweislich fördert die Stadt noch die zweieinhalb Stunden pro Woche für Eltern, die ihre Kinder kurz nach 13 Uhr abholen. Somit sind diese auch kostenfrei.

Blicken wir doch einmal optimistisch in die Zukunft. Die Pernaue wird um 6,6 Mio. Euro mit zwei neuen Kindergärten ausgebaut, wobei der Kindergarten in der Negrellistraße 2021 und der Kindergarten in der Lessingstraße 2022 eröffnet wird. Auch zukünftige Zubauten wurden eingeplant. Für die gesunde Verpflegung in den Kindergärten sind in den nächsten fünf Jahren 200.000 Euro vorgesehen.

Ich möchte mich noch ganz herzlich bei den Kindergärtnerinnen und bei den Helferinnen bedanken, die bei unseren Diskussionen meistens zu kurz kommen. Wir wollen immer nur, dass alles besser wird - aber das Kindergartenpersonal gibt schon ihr Bestes!

GR. Mag. Humer: Als Gemeinderat sage ich, dass sich im Budget absolut vernünftige Ansätze im Sport befinden und als Sportfunktionär meine ich, es könnte ruhig ein bisschen mehr sein. Der Sport leistet sehr viel. In diesen fünf Stunden wurde darüber diskutiert, dass bei der Integration da und dort Mittel fehlen. Der Sport leistet sehr viel durch die Ehrenamtlichen, die sehr viel für die Integration tun.

Natürlich gibt es Städte mit mehr freien Ermessenssubventionen im Sport. Linz erhält höhere Ermessenssubventionen, jedoch muss die Sporthalle vom Verein bezahlt werden. Die Vereine bekommen in Wels die Hallen zur Verfügung gestellt. 2.000 Euro mehr Sportförderung zu bekommen bringt nicht viel, wenn der Verein für die Hallenbenutzung bezahlen muss.

Natürlich können wir uns nicht mit den großen europäischen Ländern, wie Frankreich und Deutschland vergleichen. Ein französischer Vizebürgermeister erklärte mir einmal, er habe 5 Mio. Sportförderbudget und 10 Mio. Euro Budget für den Sportstättenbau. Allerdings ist das Finanzsystem in Frankreich anders aufgestellt.

In der heutigen Diskussion ist auch das Thema Adaptierung Sportanlage Wimpassing gefallen. Laut meinen Erkundigungen ist das noch nicht budgetiert, weil es noch nicht wirklich auf dem Tisch liegt.

Insgesamt leistet der Sport sehr viel für eine Gesellschaft, ich spreche hier für alle Ehrenamtlichen. Würden die geleisteten Stunden der Ehrenamtlichen zusammengerechnet und bezahlt werden, dann würden im Sportbereich wahrscheinlich 20 bis 30 Mio. Euro benötigt werden.

GR. Mag. Schindler: Ich möchte noch ergänzen, die Kindergartenhelferinnen leisten eine sehr wertvolle Arbeit. Der Herr Bürgermeister und ich wissen, gerade in unserem Kindergarten sind ganz, ganz tolle Helferinnen. Aber Kindergartenhelferinnen haben nicht dieselbe Ausbildung wie eine Kindergartenpädagogin. Kinderbetreuung in Oberösterreich mit einer Pädagogin und einer Helferin ist schön und gut, aber es könnte besser sein. Um das geht es!

StR. Josseck-Herd: Wir haben 46 Sprachförderinnen und diese sind nicht irgendwo im Nirvana, sondern sie sind bei den Kindern. Es stimmt, wenn Eltern ihre Kinder in Kindergärten mit wenigen Migrationskindern bringen, dann ist weniger pädagogisch ausgebildetes Personal vorhanden. Wir brauchen die Pädagogen für die Integration, für den Deutschunterricht in unseren Gruppen.

Wir haben die besten Helferinnen, die ich persönlich aussuche und die sehr gute Zeugnisse haben. Wenn sie mir eine Pädagogin bringen, dann stellen wir sie ein. Wir suchen Pädagoginnen - diese sind nicht zu bekommen. Das müssen sie als Sozialdemokratin sehr wohl wissen, denn die Kinderfreunde konnten sogar eine Krabbelstübchengruppe nicht rechtzeitig aufsperrern - erst Mitte November -, weil sie keine Pädagogin fanden. Warum fordern sie Pädagoginnen, wenn sie genau wissen, dass es keine gibt?

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese engagierte und über fünf Stunden dauernde Diskussion. Das zeigt, wie wichtig diese Beschlussfassung für den Gemeinderat ist. Immerhin ist es die letzte Budgetdiskussion in dieser Legislaturperiode. Wir hatten zwei Mal die Möglichkeit zu üben. Ich bedanke mich für die zum Teil sehr sachlich geführte Diskussion und um die in jede Richtung aufgezeigten Aspekte. Bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar und GR. Mag. Sönser haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

3.)

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2020 – 2025 (MFPL)
FD-Fin-50-2019

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 02.12.2019:

Die beiliegende Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2020 und dem Voranschlag 2021 und den Planjahren 2022 bis 2025 inkl. des Nachweises über die Investitionstätigkeit (Investitionsplan) wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar und GR. Mag. Sönser haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (9. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2019

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 02.12.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 9. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig eingenommen.

5.)

VRV 2015 – Änderung der Bilanzierungsmethode
Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG
FD-BetM-24-2019

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 02.12.2019:

Die im Amtsbericht vom 10.6.2005 enthaltene Formulierung „Bei der KEG entstehen durch die geringe Mietverrechnung insbesondere durch die Zinsen für die Finanzierung der Investitionen Verluste, die durch die Stadt Wels durch Gesellschafterzuschüsse abzudecken sind bzw. die Stadt Wels hat für die erforderliche Liquidität der KEG zu sorgen.“ wird durch folgende Formulierung konkretisiert:

Die Stadt Wels leistet jährlich Gesellschafterzuschüsse in Höhe der bei der Holding Wels GmbH & Co KG entstehenden jährlichen cash-wirksamen Jahresverluste und die Stadt Wels verpflichtet sich für die erforderliche Liquidität der Holding Wels GmbH & Co KG durch Gesellschafterzuschüsse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu sorgen. Die bisher in der Bilanz Holding Wels GmbH & Co KG als Investitionszuschüsse ausgewiesenen Verpflichtungen der Stadt Wels sind daher zum 31.12.2019 als nicht gebundene Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals auszuweisen.

Einstimmig eingenommen

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/025

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.12.2019:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlagen 1 und 2) und Kreditüberschreitungen (Anlage 3) werden genehmigt.

Einstimmig eingenommen.

7.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/023

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.12.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

GR. Mag. Teubl: Unsere Fraktion hätte zu diesen Kreditüberschreitungen noch die Frage, warum der Ring Freiheitlicher Jugend noch einmal eine Sondersubvention in

Höhe von € 8.000,-- zusätzlich zu der im Budget festgelegten Größenordnung zuerkannt bekommt?

Bgm. Dr. Rabl: Um diese Frage zu beantworten, muss ich das Wort an den Jugendreferenten weitergeben. Soweit ich weiß, hat der RFJ eine neue Räumlichkeit bezogen und diese Subvention steht im Zusammenhang mit den Räumlichkeiten und den zusätzlichen Aktivitäten, die der RFJ abhält.

Vzbgm. Kroiß: Damit ist die Frage beantwortet, weil ich dieselbe Antwort gegeben hätte.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar und GR. Mag. Sönser haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen. GR. Ganzert war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

8.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/024

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.12.2019:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar und GR. Mag. Sönser haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen. GR. Ganzert war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Dr. Csar nimmt ab 18.30 Uhr wieder an der Gemeinderatsitzung teil.

9.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend einheitliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen im Stadtgebiet von Wels; Resolution an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Verf-015-I-33-2019

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion vor, der lautet: „Der Beschlussantrag möge wir folgt abgeändert werden: „.....bzw. um eine einheitliche Tempobeschränkung auf 80 km/h“. Der neue Beschlussantrag lautet daher folglich: „Der Gemeinderat möge beschließen, dass folgende Resolution an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ergeht: Auf Grund der Öffnung der Autobahnabfahrt Wimpassing am 16.11.2019 im Stadtgebiet von Wels bzw. der Freigabe an den Individualverkehr ersucht der Gemeinderat um eine einheitliche Regelung hinsichtlich Geschwindigkeitsbeschränkungen bzw. um eine einheitliche Tempobeschränkung auf 80 km/h auf den Autobahnen im gesamten Stadtgebiet von Wels.“

Das heißt, anstelle von 100 km/h soll auf 80 km/h beschränkt werden. Ich ersuche das in die Diskussion mitaufzunehmen.

Vzbgm. Kroiß: Es geht hier um eine Resolution der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion: „Der Gemeinderat möge beschließen, folgende Resolution an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zu richten: Auf Grund der Öffnung der Autobahnabfahrt Wimpassing am 16.11.2019 im Stadtgebiet von Wels und der Freigabe an den Individualverkehr ersucht der Gemeinderat um eine einheitliche Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h im Bereich der Autobahnen im Stadtgebiet von Wels.“

Nämlich aus lärmschutztechnischen Gründen, weil wir schon in gewissen Bereichen eine 100 km/h-Lärmschutzbeschränkung in Wels haben. Wir sind der Meinung, dass wir zum Schutz der Bevölkerung von Wels-West bis Wels-Ost durchgehend eine 100 km/h-Beschränkung aus lärmschutztechnischen Gründen möchten.

Dem Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion auf 80 km/h werden wir nicht zustimmen, weil wir bereits eine 100 km/h-Lärmschutzbeschränkung in diesem Bereich haben und wir wollen diese auf das Stadtgebiet ausweiten. Diese 100 km/h ist die richtige Geschwindigkeit dazu. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

GR. KR. Schönberger: Warum diese Abänderung auf 80 km/h? Es geht in erster Linie um den Lärmschutz entlang der Autobahn für die Bevölkerung von Wels. Nicht umsonst wird in Wien nur 80 km/h auf allen Stadtautobahnen gefahren und abends dürfen Fahrzeuge über 7,5 Tonnen nur 60 km/h fahren. Das hat damit zu tun, dass die Abrollgeräusche der

Reifen die größten Lärmverursacher in diesem Bereich sind. Einer dieser Knackpunkte bei den LKW's sind die 60 km/h. Hier wird das Abrollgeräusch der Reifen wesentlich lauter als das Motorengeräusch. Bei den PKWs tritt das nachgewiesenerweise bei 80 km/h auf.

Es geht darum unsere Bevölkerung speziell bei dem verkehrstechnischen Knoten zwischen Ost-West und Nord-Süd entsprechend zu schützen. Das hat für mich nicht unmittelbar etwas mit der Autobahnabfahrt Wels-Wimpassing zu tun. Es ist ein guter Anlass das zu tun.

Studien zeigen, Belastungen über 65 dB - und in Wels haben wir hier eine sehr große Zone - machen krank. Das wird vom Gesundheitsministerium auch auf der Webseite dargestellt. Lärm ist mittlerweile die viertgrößte Ursache für Erkrankungen. Das kann nicht übersehen werden. Zum Schutz der Welser sollten wir gleich diese 80 km/h fordern und 60 km/h ab 22 Uhr für LKWs über 7,5 Tonnen.

StR. Lehner: Es mag schon sein, dass die 80 km/h noch ein bisschen besser sind, aber man muss nicht immer das berühmte „Gold Plating“ durchführen. Es ist sinnvoller, wenn von Beginn Tunnel Noitzmühle durchgängig bis Marchtrenk 100 km/h gefahren werden kann. Das schafft Übersichtlichkeit, Lärmreduktion und eine Reduktion des Feinstaubes.

Sicherheits- und Lärm Aspekte sowie der Schutz der Bürger ist passend zu diesen 100 km/h. Stellt sich heraus es ist noch zu wenig, kann es evaluiert werden. Derzeit halte ich die 100 km/h für den richtigen Schritt in eine durchaus richtige Richtung. Wir sollten das gemeinsam als großes Signal beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich recherchierte warum 80 km/h so viel besser sein sollen. Ehrlicherweise bin ich keine so große Expertin für Lärmschutz- bzw. Klimaschutzmaßnahmen, habe allerdings die Zahlen überzeugend gefunden und halte mich gerne an wissenschaftlichen Fakten fest.

Bei einer Tempoabnahme von 100 km/h auf 80 km/h werden die Lärmemissionen um 2 dB reduziert. Das entspricht einer wahrgenommenen PKW-Fahrzeuganzahlreduktion um etwa 35 % - ein Drittel überzeugt mich tatsächlich! Das ist eine handfeste Größe und ich denke, wir sollten auch bei den Klimaschutzmaßnahmen etwas mutiger werden. Dazu sollten die Menschen idealerweise nicht durch die Innenstadt fahren. Wenn jemand aus Wels-West nach Marchtrenk möchte, sollte dieser in Wels-West auf die Autobahn auffahren. Wird hier dementsprechend beschleunigt, werden mehr Schadstoffe ausgestoßen, weil die Beschleunigung immer einen relevanten Faktor ausmacht. Hier zeigte sich genauso, dass 80 km/h sehr schnell erreicht werden und es eine effektive Maßnahme ist.

Die Reduktion von 100 km/h auf 80 km/h bringt 15 % weniger Stickoxide. Es gibt sehr viele Argumente und wir wissen eine Resolution ist eine Verhandlungsgrundlage. Andere Städte, wie Linz und Salzburg, haben eine 80 km/h-Beschränkung, teilweise gibt es eine 60 km/h-Beschränkung für große LKWs in Wien. Deshalb könnten wir uns durchaus an 80 km/h orientieren. Wenn wir etwas mutiger in die Verhandlungen gehen, erreichen wir vielleicht im Endeffekt die 100 km/h-Beschränkung. Damit wäre ich auch schon zufrieden. Wir könnten hier durchaus etwas forscher hineinstarten.

GR. Mag. Teubl: Ich finde es durchaus apart, dass ausgerechnet jene Parteien, die sich auf der Autobahn für Tempo 140 km/h eingesetzt und den „Lufthunderter“ vom Kollegen Anschöber kritisiert haben, plötzlich so sehr für Temporeduktionen sind und ein Tempolimit befürworten. Aber man kann ja durchaus dazulernen – das ist nicht schlecht!

Man kann über die richtige Bemessung dieses Tempolimits lange streiten. Kollege Schönberger hat sehr gut argumentiert, warum Tempo 80 km/h durchaus angebracht wäre. Mir ist der Lärmschutz für die Anrainer wichtig. In diesem Zusammenhang liegt es mir besonders am Herzen, dass es im Westen von Wels Lärmschutzwände an der Autobahn speziell nach dem Bau der Autobahnauffahrt Wirtschaftspark gibt. Es werden hier verstärkt LKWs unterwegs sein. Das ist uns ganz wichtig. Natürlich ist jede Maßnahme, die die Belästigung der Anrainer durch den Lärm der Autobahn hintanhält, gut und deshalb werden wir den Antrag samt Zusatzantrag unterstützen.

GR. Weidinger: In der vorletzten Sitzung des Gemeinderates sprach Kollege Schönberger von Tempo 100 km/h und jetzt fordert er Tempo 80 km/h. So schnell ändern sich die Zeiten. Ich halte mich an die Fakten und sah mir die Verkehrslage in Salzburg näher an. Dort sprechen sie vom Ende Tempo 80 km/h. Die 80 km/h-Beschränkung wurde damals von der GRÜNEN Abgeordneten Dr. Astrid Rössler eingeführt. Dazu gab es ein Vertragsverletzungsverfahren von Seiten der EU - deswegen wurde das Tempolimit eingeführt.

Mittlerweile sind einige Jahre vergangen. Es gibt dazu eine Unfallstatistik, die sich gegen die 80 km/h auf der Autobahn in Salzburg ausspricht. LHStv. Dr. Heinrich Schellhorn fordert ebenfalls das Ende der 80 km/h-Beschränkung. Alexander Kranebitter (Referat für Immissionsschutz im Land Salzburg) begründet, dass die Emissionen der Fahrzeuge immer besser werden bzw. der Schutz vorhanden ist und die auf uns zukommenden „sauberen“ Autos eine 80 km/h-Beschränkung nicht mehr rechtfertigen. Der Artikel ist aus dem Kurier vom 17.10.2019. Deswegen werden wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte dazu ein paar Sätze anmerken, weil es symptomatisch für die heutige Debatte zum Budget ist. Wir tun etwas, aber wir tun nicht alles was möglich und vertretbar ist. Mit der 80 km/h-Beschränkung geht es letztendlich um die Gesundheit der Welser. Es geht darum für ein Teilstück der Stadtautobahn eine vernünftige Reduktion in Form einer Resolution einzubringen. Es gibt mehrere Möglichkeiten bei den Verhandlungsergebnissen und wir sollten, um den Anspannungsgrad zu erhöhen, diese 80 km/h-Regelung gemeinsam beschließen, denn Lärm ist eine der wesentlichsten Ursachen für Erkrankungen im städtischen Bereich.

GR. KR. Schönberger: Ich kenne diesen Artikel - darin geht es in erster Linie um Emissionen und um Unfallhäufung. Als beruflicher Vielfahrer kenne ich diesen Abschnitt in Salzburg sehr gut. Die dortigen Unfallhäufungen sind nicht nur der 80 km/h-Beschränkung zuzuschreiben, sondern eher der Verkehrsführung, die im Zentralraum Salzburg stattfindet mit den Autobahngabelungen.

Es geht in erster Linie um die Lärmentwicklung. Mein Freund Werner Gruber sagt: „Über physikalische Gesetze zu diskutieren ist schwachsinnig“.

GR. Dr. Csar: Wir brachten diese Resolution ein, weil wir der Meinung sind, dass dieser Lückenschluss auf der Autobahn sinnvoll und zweckmäßig ist. Es ist ein Lückenschluss, weil wir vorher und nachher eine 100 km/h-Beschränkung haben. Das ist nur sinnvoll und zweckmäßig. Es kann schon sein, dass mit 80 km/h weniger Emissionen und Lärm verursacht werden, es bei 60 km/h noch einmal besser wird, bei 50 km/h und bei 40 km/h nochmals. Es würde sich alles verbessern lassen.

Wir müssen aber etwas Realistisches zusammenbringen - es gibt keine Verhandlungen. Es ist eine Resolution, ein Wunsch von uns, der dadurch ausgedrückt wird. Das ganze sollte Hand und Fuß haben, damit es dementsprechend umgesetzt wird. Die Erfolgsmöglichkeiten zur Umsetzung sind sehr groß.

Wir tun was möglich ist. Eines ist sicher nicht der Fall – damit möchte ich auf Herrn Mag. Teubl replizieren – wir haben nicht die 140 km/h verlangt oder realisiert. Die Welser ÖVP hat hier kein Mitspracherecht und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Welser FPÖ-Fraktion das beschlossen hat. Das wäre eine Überbewertung unserer Funktionen. Bleiben wir bei den Aufgaben, die wir haben.

GR. Weidinger schilderte sehr kompetent und seriös was notwendig und sinnvoll ist. Daher wird die ÖVP-Fraktion diesen Zusatzantrag mit 80 km/h nicht unterstützen.

Vzbgm. Kroiß: Ich bin überzeugt es handelt sich dabei um eine vernünftige Resolution. Es geht dabei um diesen Lückenschluss. Wir sollten realistisch in die Verhandlungen gehen und nicht nach dem Motto „Darf es ein bisschen weniger sein“. Daher werden auch wir diesen Zusatzantrag ablehnen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 10) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Initiativantrag (Anlage 11) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

GR. Mag. Sönser hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

10.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe;
Leistungsvereinbarungen 2019 – Aufstockung
SHoR-418-03-540-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 26.11.2019:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Aufstockungen der Leistungsvereinbarungen 2019 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ und Heimhilfe zwischen den Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „Rotes Kreuz“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ sowie „Seniorenbetreuung Mobil“ und dem Magistrat der Stadt Wels beschließen:

1. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Hauskrankenpflege (HKP) – Aufstockung: Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 1)
2. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“) – Aufstockung: Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 2)
3. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Heimhilfe (HH) – Aufstockung: Magistrat Wels – Volkshilfe GSD GmbH Stützpunkt Wels (Beilage 3)
4. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Hauskrankenpflege (HKP) – Aufstockung: Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 4)
5. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“) – Aufstockung: Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 5)
6. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2019 Heimhilfe (HH) – Aufstockung: Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 6).

Einstimmig eingenommen.

11.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe;
Leistungsvereinbarungen 2020
SHoR-418-03-222-2019

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 26.11.2019:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Leistungsvereinbarungen 2020 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe

zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, Rotes Kreuz“ sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels beschließen:

1. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Hauskrankenpflege (HKP): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 1)
2. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 2)
3. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 3)
4. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 (Hauskrankenpflege (HKP): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 4)
5. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 5)
6. Leitungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 6)
7. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Hauskrankenpflege (HKP): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 7)
8. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 8)
9. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 9)
10. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Hauskrankenpflege (HKP): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 10)
11. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 11)
12. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 12)
13. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Hauskrankenpflege (HKP): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 13)
14. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB „A“): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 14)
15. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2020 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 15)

Vzbgm. Huber: Ich führte es bereits im Sozialausschuss aus – die SPÖ-Fraktion wird sich hier der Stimme enthalten, weil von Entlastung der Angehörigen, von mehr mobiler und stationärer Betreuung gesprochen wird. Das muss sich im Budget widerspiegeln. 2018 hatten wir mit der Aufstockung bereits 78.662 Leistungsstunden, die die Welser im Jahr gebraucht haben. 2019 waren es knapp 80.000 Stunden, wobei hier die Sprengeinteilung hineinfiel – vielleicht war das der Grund. 2020 wären es dann wieder 73.922. Das ist für die SPÖ-Fraktion das falsche Signal, daher werden wir uns der Stimme enthalten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es tut mir leid, dass die SPÖ-Fraktion sich der Stimme enthält, obwohl wir eine Steigerung geplant haben. Wir sprachen auch immer davon, falls eine Aufstockung benötigt wird, wird diese bereits auf politischer Ebene akkordiert.

Deshalb verstehe ich diese Enthaltung nicht ganz. Außerdem gibt es im Bereich der Mobilen Betreuung derzeit keine Wartelisten. Die Stadt Wels würde sicher auf eventuelle Wartelisten reagieren.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
9 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)
angenommen.

GR. Mag. Sönser hat die Sitzung bereits verlassen. Bgm. Dr. Rabl und GR. KR. Schönberger waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Mobile Familiendienste – Caritas;
Leistungsvereinbarung 2020
SO-KJH-12-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 26.11.2019:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Leistungsvereinbarung betreffend Mobile Familiendienste zwischen der Caritas und der Stadt Wels genehmigen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

13.)

Messe Jugend und Beruf 2020 – 2024;
Mietzuschuss, Verlängerung 2020 – 2024
FD-Fin-6205-2019

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 02.12.2019:

1. Die Stadt Wels gewährt den Veranstaltern der Berufsinformationsmesse Jugend und Beruf am Standort Wels in den Jahren 2020 bis 2024 nach Maßgabe der verfügbaren Mittel einen jährlichen Mietzuschuss von 25 % der Platzmiete, wobei der Zuschuss mit dem VPI 2010 = 100 des Monats Jänner 2019 wertgesichert ist.
2. Voraussetzung ist, dass die genannte Veranstaltung am Welser Messegelände durchgeführt wird, ein entsprechendes Ansuchen seitens der Wirtschaftskammer OÖ und eine diesbezüglich zugrunde liegende schriftliche Vereinbarung vorgelegt werden sowie ein Verwendungsnachweis gelegt wird.
3. Nachträgliche Änderungen, beispielsweise die Form der Rechtspersönlichkeit betreffend, sind in diesen Beschluss miteingeschlossen, sofern sie im Einklang mit den Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Wels stehen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wenn wir als Stadt Wels diese Berufsinformationsmesse fördern, sollten wir uns bewusst sein welches Kleinod für Jugendliche wir hier in der Messe Wels haben. Es ist ein sehr wichtiger förderungswürdiger Punkt, weil sich die Berufsinformationsmesse seit 1990 zu der führenden Informationsmesse für Jugendliche in Österreich entwickelte. In Oberösterreich kann keine Schule, keine Bildungseinrichtung daran vorübergehen ohne die Kompetenzen dieser Messe zu nutzen. An diesen Tagen wird von Seiten der Pädagoginnen und Schüler den jungen Menschen, die im Bereich der Neuorientierung unterwegs sind, Substanzielles vorgefunden. Würde es diese Messe nicht geben, müssten wir sie erfinden.

Schade finde ich, dass es seit drei Jahren die Kooperation mit der Arbeiterkammer nicht mehr in ursprünglicher Form gibt. Wir müssten jetzt wahrscheinlich darüber diskutieren, ob der Antrag, wenn wir ihn beschließen, überhaupt das beschließt, was wir beschließen wollen. Unter Antragsteller sind die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer angeführt, im Text steht aber dann der Veranstalter. Hier müsste geklärt werden, ob Gelder überhaupt fließen können, weil der Veranstalter nunmehr die Wirtschaftskammer alleine ist.

Die Messe finde ich super, halte es aber nicht für sehr gut, die Arbeitnehmervertretung von Seiten der Wirtschaftskammer hinauszudrängen. Aber das kann ja wieder besser werden.

StR. Lehner: Johnny, du hast Recht, aktuell ist die Veranstalterin nur mehr die Wirtschaftskammer. Das kann sich aber wieder ändern. Wir wollen diesem möglichen Kooperationsgespräch nicht vorgreifen. Uns ist es wichtig die Messe hier in Wels zu haben - das Angebot ist einmalig. Daher ist der Beschlussantragstext auch neutral. Neben den Veranstaltern, wenn es wieder mehrere sind - ich gehe davon aus, dass die Arbeiterkammer durchaus wieder Partnerin werden kann - wollen wir diese Förderung den Schülern, den Berufsinteressierten zukommen lassen. Diese sind die Adressaten der Förderung.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 50) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 18)
BauR-269-05-5-2018

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 02.12.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 50) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 18) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 53) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 22)
BauR-269-05-13-2018

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 02.12.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 53) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 22) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 58) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 24)
BauR-269-05-2-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 02.12.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 58) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 24) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, bei den Mitarbeitern für ein weiteres Jahr Arbeit für Wels. Wir haben auf unterschiedliche Weise alle versucht diese Stadt nach vorne zu bringen, die Lebens- und Aufenthaltsqualität für unsere Bürger zu verbessern. Ich bin überzeugt davon, dass wir das auch die letzten eineinhalb Jahre dieser Legislaturperiode noch weiter versuchen werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches, ruhiges Weihnachtsfest. Nutzen Sie diese Tage für einen Rückblick und vielleicht auch für einen Blick nach vorne, damit alle auf das vorbereitet sind, was das Jahr mit sich bringen wird. Genießen Sie Ihre Ferien und kommen Sie gesund zurück. Alles Gute! Frohe Weihnachten!

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 10.03.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.